

Einverständnis zu häuslichen An-
gnisses nach Massgabe der Poli-

AUSSTELLUNG



IM EHEMALIGEN POLIZEIGEFÄNGNIS
IN DER KLAPPERFELDSTRASSE 5

nheiten zu besteigen,

ar zu beschmutzen oder zu be-

durch Klopfen, Rufen, Pfeifen
n Unterhaltung zu treten und ihnen
übergeben,

genen zu tauschen,

von 7-19 Uhr zu benutzen, wenn

eien zu unterhalten,

DOKUMENTATION:

ERWEITERTE DAUERAUSSTELLUNG ZUR

GESCHICHTE DES KLAPPERFELDS

EINE BROSCHÜRE DES ARBEITSKREIS

GESCHICHTE DER INITIATIVE FAITES VOTRE JEU!

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT: DIE AUSEINANDERSETZUNGEN MIT DEM UND UM DAS KLAPPERFELD	4	ORTE DER UNTERDRÜCKUNG	25
ERZÄHLUNGEN UND NICHT ERZÄHLBARES	5	JENNY UND RUTH ILLER: VERFOLGUNG UND FLUCHT IM NATIONALSOZIALISMUS	26
KRIMINALITÄT VERSUS KRIMINALISIERUNG	6	DAS PRINZIP DER SCHUTZHAFT IM NATIONALSOZIALISMUS	27
FRAGMENTE AUS DER GESCHICHTE DES KLAPPERFELDS	7	»AUF TRANSPORT GEHEN«	28
DIE ENTSTEHUNG DES KLAPPERFELDS UND DIE AUSBILDUNG EINES POLIZEIAPPARATS	11	DIE BELEGUNG DES KLAPPERFELDS IN DEN JAHREN 1943 UND 1944	29
DER BAU DES POLIZEIGEFÄNGNIS UND DAS PRINZIP DER HAFT	13	ZUSTÄNDE IM KLAPPERFELD	30
TOILETTENANLAGEN IM KLAPPERFELD	15	KONTAKT ZU ANGEHÖRIGEN	31
DAS GEFÄNGNIS IN DER WEIMARER REPUBLIK	16	WÄRTER_INNEN IM KLAPPERFELD	32
DIE WEIMARER REPUBLIK UND DER MACHTANTRITT DER NSDAP	17	ALLTAG IM KLAPPERFELD?	32
DIE FRANKFURTER POLIZEI IM NATIONALSOZIALISMUS	19	ELSIE KÜHN-LEITZ	32
GLEICHSCHALTUNG	20	KALFAKTOREN IM KLAPPERFELD	34
DIE FRANKFURTER GEHEIME STAATSPOLIZEI	21	KARL VEIDT	34
AUFBAU UND STRUKTUR VON GESTAPO, SS UND POLIZEI	22	HERBERT »BERRY« WESTENBURGER	36
VERHÖRMETHODEN DER GESTAPO	23	DIE ZEITZEUG_INNEN	38
NATIONALSOZIALISTISCHE VERFOLGUNG	24	LEBENS LAUF WOLFGANG BRECKHEIMER	38
VERFOLGUNG VON JÜDINNEN UND JUDEN	24	LEBENS LAUF HANS SCHWERT	39
		»EVAKUIERUNG« DER GEFÄNGNISSE	40
		DAS KLAPPERFELD AB 1945	41
		LITERATUR- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS	42

IMPRESSUM

Herausgebende:

Arbeitskreis Geschichte der Initiative »Faites votre jeu!«

V.i.S.d.P.: Maja Koster

Anschrift:

Faites votre jeu! | c/o Arbeitskreis Geschichte | Klapperfeldstraße 5 | 60313 Frankfurt am Main

Telefon: 0163 9401683

E-Mail: info@klapperfeld.de

Web: www.klapperfeld.de
www.faitesvotrejeu.tk

DANKE!

Im letzten Jahr haben uns unzählige Menschen aber auch einige Institutionen in unterschiedlichster Weise bei unserer Arbeit zur Geschichte des Klapperfelds unterstützt.

Einige haben ihre sehr privaten Erinnerungen mit uns geteilt oder wussten die Geschichte von Freund_innen oder Angehörigen zu erzählen. Von Anderen wurden wir auf uns unbekannte Dokumente oder Quellen aufmerksam gemacht oder fachlich und inhaltlich beraten. Manche haben uns Material aus ihren teils privaten Archiven frei zur Verfügung gestellt. Weitere haben uns

bei technischen Problemen mit guten Ratschlägen aber auch ganz praktisch unter die Arme gegriffen.

Schon diese Aufzählung kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Noch schwerer würde es uns fallen, alle namentlich zu nennen, ohne Gefahr zu laufen, einen vielleicht sehr wichtigen Menschen zu vergessen. Deshalb möchten wir uns hier noch einmal ausdrücklich und aufrichtig bei allen Menschen und Institutionen bedanken, die uns geholfen und unterstützt haben. Ohne Euch wäre diese Ausstellung nicht zu Stande gekommen!

VORWORT: DIE AUSEINANDERSETZUNGEN MIT DEM UND UM DAS KLAPPERFELD

Liebe Leser_innen,

Anfang August 2008 besetzten wir als Initiative »Faites votre jeu!« ein ehemaliges, leerstehendes Jugendzentrum in der Varrentrappstraße 38 in Frankfurt/Bockenheim. Ziel der Besetzung war die Schaffung eines selbstverwalteten, unkommerziellen Zentrums. Die Vertreter_innen der Stadt Frankfurt wollten den wiederbelebten Ort allerdings zu einem Verwaltungsgebäude für eine angrenzende Schule machen. Nach Räumungsdrohungen und Strafanzeigen gegen uns kam es wohl auf Grund des öffentlichen Drucks und der breiten Unterstützung für unser Projekt endlich zu ernsthaften Verhandlungen. Auch ein für den 15. Januar 2009 angesetzter Räumungstermin war bereits verstrichen, als die Stadt am 27. Januar ein Ersatzobjekt präsentierte: Das ehemalige Polizeigefängnis Klapperfeld.

Während die Stadt ihr Angebot feierte und die regionale Presse bereits vermeldete, »Hausbesetzer müssen in den Knast«, begannen innerhalb unserer Initiative heftige Diskussionen. Für uns stellte sich die Frage, ob man ein selbstverwaltetes Zentrum und den damit verbundenen Anspruch an eine progressive, emanzipatorische Politik und Kultur an einem Ort fortführen kann, der über 100 Jahre zur Verfolgung und Unterdrückung von Menschen genutzt worden war.

Bereits damals begannen unsere Recherchen zur Geschichte des Klapperfelds. Im Zuge dieser ersten Beschäftigung mit der Thematik wurde für uns immer klarer, dass eine grundlegende und kontinuierliche Auseinandersetzung mit der gesamten Geschichte des Klapperfelds unabdingbar für eine Nutzung wäre.

Ernstgenommen wurden wir mit unseren Bedenken nur von Wenigen. Während unsere Zweifel in der Presse auf ein »Hausbesetzern ist Gefängnis zu klein« herunter gespielt wurden, erklär-

ten die Vertreter_innen der Stadt, kein Verständnis für derartige Bedenken zu haben.

Nach nächtelangen Diskussionen einigten wir uns letztendlich auf den Umzug. Der Arbeitskreis zur Geschichte gründete sich und im Juli 2009 präsentierten wir bei der ersten öffentlichen Veranstaltung die vorläufigen Ergebnisse unserer geschichtspolitischen Auseinandersetzung. Im August eröffnete der erste Teil unserer Dauerausstellung mit dem Schwerpunkt auf der nationalsozialistischen Vergangenheit des Klapperfelds.

Seitdem ist das Klapperfeld zu einem wichtigen Zentrum für viele Menschen geworden. Die Räume werden für kritische, politische, künstlerische und kulturelle Arbeit genutzt. Das Programm ist vielfältig und so besuchten im letzten Jahr nicht nur jüngere Menschen das ehemalige Polizeigefängnis. Selbstverwaltet und unkommerziell organisiert finden verschiedenste Veranstaltungen von Zeitzeug_innengesprächen, Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen über Ausstellungen, Lesungen und Theateraufführungen bis hin zu Barabenden und Konzerten statt.

Trotz aller Bedenken, die wir bis heute haben, sind wir mittlerweile gerne im Klapperfeld. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte wird kontinuierlich fortgeführt.

Die öffentliche Wahrnehmung für unser Projekt hat, nicht zuletzt auch wegen unserer geschichtspolitischen Auseinandersetzung, massiv zugenommen. Auch über Frankfurts Grenzen hinaus ist das Klapperfeld mittlerweile als selbstverwaltetes Zentrum aber auch als »Ort der Erinnerung« bekannt. Interessierte sich vor unserem Einzug kaum ein Mensch für die Geschichte des ehemaligen Gefängnisses in der Frankfurter Innenstadt, so kommen mittlerweile Schulklassen und andere Gruppen zu von uns organisierten Führungen.

Um so mehr erstaunt uns, wie die Vertreter_innen von Stadt und Stadtverwaltung mit uns und dem Klapperfeld verfahren. Während das Stadtplanungsamt im Innenstadtkonzept bereits den Abriss des Klapperfelds plant, um an dieser Stelle einen kleinen Park und ein Wohnhaus zu errichten, scheinen andere die Bedeutung des Klapperfelds und unserer Arbeit erkannt zu haben. Doch statt unsere Auseinandersetzung um einen Erhalt ernsthaft zu unterstützen, versucht unter anderem die SPD-Fraktion im Ortsbeirat 1 das Klapperfeld als historischen Ort zu vereinnahmen, um dort ein sogenanntes »Kriminalitätsmuseum« einzurichten.

Allerdings sollte den städtischen Vertreter_innen mittlerweile klar sein, dass wir weder einen Abriss des Klapperfelds einfach so hinnehmen, noch uns auf irgendwelche Vereinnahmungsstrategien einlassen werden. Das Klapperfeld ist uns wichtig: Als »Ort der Erinnerung« und als selbstverwaltetes Zentrum. Wir nehmen unsere Arbeit und die Auseinandersetzung mit dem Ort sehr ernst. Es ist wohl an der Zeit, dass auch die Stadt anfängt, uns und unsere Arbeit ernst zu nehmen.

Wir werden uns nicht einfach räumen lassen und ein weiteres Ersatzobjekt kommt für uns in keinem Fall in Frage. Gegen Vereinnahmungsstrategien von Seiten der Stadt, dem Parteienspektrum oder durch andere Akteure oder Institutionen verwahren wir uns. Mit unserer Erweiterung der Dauerausstellung haben wir einen nächsten Schritt in der Auseinandersetzung mit der Gebäudegeschichte gemacht. Dafür, dass noch viele weitere folgen können, hoffen wir auch auf Eure Solidarität und Unterstützung bei der Auseinandersetzung um den Erhalt des Klapperfelds und unseren Verbleib in dem Gebäude.

Wir hoffen, mit dieser Ausstellung zum Nachdenken und Diskutieren anregen zu können.

»Faites votre jeu!«, September 2010

ERZÄHLUNGEN UND NICHT ERZÄHLBARES

DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT DER GESCHICHTE DES KLAPPERFELDS

Im August 2008 besetzten Angehörige der Initiative »Faites votre jeu!« das ehemalige Jugendzentrum in der Varrentrappstraße 38. Ein selbstverwaltetes, unkommerzielles Zentrum entstand. Nach einigen Monaten der Besetzung, Anfang des Jahres 2009, drohte die Stadt Frankfurt der Initiative mit der Räumung des Gebäudes. Die Initiative war jedoch trotz dieser Räumungsandrohung nicht bereit, das von ihr besetzte Haus zu verlassen und damit ihr Projekt aufzugeben. Gegen die Mitwirkenden der Initiative wurden Strafanzeigen gestellt. Nach langen Verhandlungen wurde ein Ersatzobjekt angeboten: das ehemalige Polizeigefängnis Klapperfeld.

Damals wurde innerhalb der Initiative »Faites votre jeu!« heftig darüber diskutiert, ob das ursprüngliche Programm an einem solchen Ort fortgesetzt werden könne. Während das ehemalige Jugendzentrum in Bockenheim in einer Tradition der Selbstverwaltung stand, war und ist das Klapperfeld ein Ort, der über hundert Jahre der Repression und Unterdrückung von Menschen diente. In dem Bau – in dem die Gestapo während des Nationalsozialismus Menschen gefoltert und ermordet hatte und in dem noch bis vor wenigen Jahren Abschiebehäftlinge inhaftiert waren – Ausstellungen, Infoveranstaltungen, Barabende oder gar Konzerte und Partys zu veranstalten, ohne eine Auseinandersetzung mit der Geschichte zu führen, war für die Initiative ausgeschlossen. Schnell war es Konsens, dass die Beschäftigung mit der Vergangenheit des Gefängnisses eine unerlässliche Bedingung für die zukünftige Nutzung des Gebäudes als selbstverwaltetes Zentrum sein würde.

Schon im Februar 2009 noch während der laufenden Verhandlungen mit der Stadt fanden sich mehrere Personen der Initiative »Faites votre jeu!« im »Arbeitskreis Geschichte« zusammen. Dokumente und Literatur zur Historie des ehemaligen Polizeigefängnisses wurden in Archiven und Bibliotheken ausfindig gemacht. Auch eines der immer noch im Rahmen der Dauerausstellung gezeigten biographischen Interviews wurde bereits vor unserem Einzug ins Klapperfeld geführt.

Im August 2009 präsentierten wir den ersten Teil unserer Ausstellung. Seit September 2010 ist nun die erste Erweiterung dieser zu sehen. Sie stellt wie gehabt die bisherige geschichtspolitische Auseinandersetzung der Nutzer_innen des Gebäudes mit der Geschichte des Klapperfeldes dar.

Im Prozess der Selbstaneignung von Kenntnissen und Methoden und ohne über irgendwelche institutionellen Mittel zu verfügen, haben wir uns der Arbeit mit historischen Quellen gestellt und die Dauerausstellung konzipiert und verwirklicht. Dabei ist nach wie vor vorgesehen, dass die Ausstellung mit der Zeit kontinuierlich erweitert wird.

Gerade aus einem politischen Anspruch heraus sehen wir uns in unserer Arbeit mit grundsätzlichen Fragen einer kritischen Annäherung an die historische Bedeutung des Gebäudes konfrontiert: Wie gelingt es, sich in angemessener Form der Geschichte eines Gefängnisses, das über ein Jahrhundert Ort der Ausgrenzung war, zu nähern? Und wessen Vergangenheit soll überhaupt erforscht und dargestellt werden – die Vergangenheit der Inhaftierten und Verfolgten, die Vergangenheit des Gefängnispersonals und der Verfolgungsbehörden oder die des Gefängnisses als gesellschaftliche Institution, die bis in die Gegenwart als Mittel zur Maßregelung von Menschen genutzt wird?

BIOGRAFISCHE INTERVIEWS UND DIE PERSPEKTIVE DER VERFOLGTEN

Die biographischen Interviews in der ersten Ausstellung gaben eine erste und vorläufige Antwort auf diese Fragen und sie sind auch weiterhin ein Bestandteil der erweiterten Dauerausstellung. Sie geben Auskunft über die Lebens- und Verfolgungsgeschichten von ehemals im Klapperfeld Inhaftierten und konzentrieren sich dabei insbesondere auf die Nutzung des Gefängnisses durch die Gestapo zwischen 1933 und 1945.

Wir haben die Interviews als eine zentrale Form der Annäherung an die Vergangenheit des Klapperfelds gewählt, weil sie die historischen Blickwinkel der Ereignis- und der Erlebnisgeschichte miteinander verbinden. Als einzelne, subjektive Blicke auf die Geschichte aus der Erzählperspektive von Zeitzeug_innen können sie zugleich als biographische Zeugnisse und als zeitgeschichtliche Dokumente der Historie des Gefängnisses gelesen werden.

Die lebensgeschichtlichen Erzählungen bieten damit einerseits die Möglichkeit, Informationen über das Klapperfeld zu erhalten, die aus der Arbeit mit schriftlichen Quellen nicht hervorgehen. Denn auf Grundlage von Akten und Dokumenten ist es nur eingeschränkt möglich, sich ein Bild von der Bedeutung des Polizeigefängnisses im Nationalsozialismus zu machen, zumal viele Akten der Gestapo in Frankfurt am Main zum Ende des Zweiten Weltkriegs hin vernichtet wurden.

Andererseits halten wir biographische Interviews aber auch für eine angemessene Form der Beschäftigung mit der Vergangenheit des Gefängnisses, weil sie die Perspektiven der Opfer von Verfolgung und Repression im Klapperfeld wiedergeben. Und den Perspekti-

ven der Verfolgten – davon gehen wir aus – sollte der hier geöffnete Raum für Erinnerung und Auseinandersetzung mit der Vergangenheit vorbehalten bleiben. Gerade im Kontext eines gesellschaftlichen Erinnerungsdiskurses, in dem die Grenzen zwischen Opfern und Täter_innen des NS-Regimes immer öfter verwischt werden, ist es uns wichtig, dass Täter_innen an diesem Ort nicht zu Wort kommen.

Jenseits aller Bemühungen die Geschichten der Verfolgten in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen, mussten die gezeigten Interviews aber auch als Zeichen der Unabgeschlossenheit der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit des Polizeigefängnisses Klapperfeld stehen.

Als individuelle Geschichten von Verfolgung können sie auch weiterhin nicht repräsentativ für die womöglich vielen tausend anderen persönlichen Erfahrungen von Repression, Disziplinierung und Misshandlung stehen, die Menschen in diesem Gebäude über ein Jahrhundert hinaus gemacht haben. Sie können höchstens den Blick darauf len-

ken, wie viele Geschichten nicht mehr erzählt und wie viele Erfahrungen nicht mehr bezeugt werden können.

DIE ARBEIT GEHT WEITER! MÖGLICHKEITEN ZUR AUSEINANDERSETZUNG

In der Erweiterung der Ausstellung haben wir an diesem Punkt angesetzt und versucht, jenseits von Interviews mit Zeitzeug_innen durch die Aufarbeitung weiterer Biographien von ehemaligen Insassen des Klapperfelds die Lücken der Erinnerung zumindest zu reduzieren. Dabei richteten wir unseren Blick auch darauf, was die im Klapperfeld inhaftierten Menschen tagtäglich ertragen mussten. Auch wurden neue Themenfelder wie die Planung und Nutzung des Gefängnisses am Ende des 19. Jahrhunderts, während der Weimarer Republik und der Nachkriegszeit erschlossen.

Im Laufe unserer Arbeit kamen wir nicht umhin zu konstatieren, wie viel brauchbares Material für unsere Auseinandersetzung in den Archiven und der Literatur immer noch zu finden ist. Dies

löste einige Überraschung aus, wurde uns doch von verschiedenen Seiten vermittelt, dass zur Geschichte des Klapperfelds und seiner Insassen kaum Quellen existieren würden. Gerade vor dem Hintergrund des aktuellen Erinnerungsdiskurses, demzufolge die ›Aufarbeitung‹ des nationalsozialistischen Terrors abgeschlossen sei, zeigt nicht nur die Arbeit zur Geschichte des Klapperfelds, dass es einen dringenden Bedarf an einer andauernden Rekonstruktion der nationalsozialistischen Vergangenheit gibt. Im Hinblick auf diesen Zusammenhang und die Allgegenwart antisemitischer und rassistischer Positionen innerhalb der deutschen Gesellschaft kann die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wohl kaum als ›abgeschlossen‹ bezeichnet werden.

Nicht zuletzt deshalb hoffen wir, dass unsere Beschäftigung mit der Geschichte des Klapperfelds Anstoß für die weitere Auseinandersetzung mit der Vergangenheit an diesem und anderen Orten für kritische Diskussionen und nicht zuletzt für die Erweiterung dieser Ausstellung bietet.

KRIMINALITÄT VERSUS KRIMINALISIERUNG

In der Übersetzung des aus dem Lateinischen stammenden Wortes »Kriminalität« (lat.: *crimen*) spiegelt sich die Problematik wieder, die die Nutzung des Begriffes als feste Kategorie unmöglich zu machen scheint (oder unmöglich macht). Beschuldigung und Schuld, sind zwei der Übersetzungen. Beide beziehen sich auf ein und denselben Begriff, gehen aber von zwei verschiedenen Sachverhalten und Perspektiven aus. Kriminalität als feste Kategorie, mit der die verschiedensten »Straftaten« beschrieben werden, fasst zu kurz und ist als Kategorie zu abstrakt, um die Phänomene, die hinter Handlungen stecken, zu beschreiben. Personen und ihre Handlungen, die als kriminell beschrieben werden, werden kriminalisiert. Es geschieht eine Zuschreibung oft aufgrund von Merkmalen, die den Sachverhalt der Tat

nicht beschreiben und ihn verkürzen. Somit wird die Verantwortlichkeit alleine in die Obhut der Person gedrängt, die die Handlung begangen hat.

»Im gesellschaftlichen Wissen über ›Verbrechen und Strafen‹ geht es auch darum, bestimmte Phänomene der Verstehbarkeit zu entziehen. Bestrafen und Ausschließen kann man am leichtesten, wenn man über die Menschen und die Handlungen, um die es geht, möglichst wenig weiß.

Das Geschehen oder die Person wird damit unverstündlich und unverstehbar gemacht, kann aber ›erklärt‹ werden.«

Deshalb ist es unumgänglich, die Normen, an denen wir »kriminelles« Verhalten festmachen, zu hinterfragen. Auch die Kontrollinstanzen, die Verhalten als kriminell festlegen, müssen kritisch be-

trachtet werden, um die Hintergründe, dieser Festschreibung als nicht feste Kategorien erfahrbar zu machen. Denn auch »Recht« und »Gesetz« sind Kategorien, deren Auslegungen sich im Wandel befinden und die sich zu gesellschaftlichen Veränderungen verhalten. Was noch bis vor wenigen Jahren als strafbar festgemacht wurde, befindet sich heute nicht mehr im Katalog der Handlungen, die als kriminell definiert werden.

FRAGMENTE AUS DER GESCHICHTE DES KLAPPERFELDS

Der Ort, an dem heute das ehemalige Polizeigefängnis steht, war schon lange vor seinem Bau ein Ort der Überwachung und Ausgrenzung. Bereits 1492 wurde auf dem Klapperfeld ein Haus zur Unterbringung von Pestkranken gebaut, welches 1679 zu einem Armen-, Weisen- und Arbeitshaus umgebaut wurde. Seit der Errichtung des Polizeigefängnisses im Jahr 1886 lassen sich viele verschiedene Nutzungsphasen feststellen. Den traurigen Höhepunkt der Geschichte dieses Ortes markiert die Nutzung während des Nationalsozialismus. In dieser Zeit diente der Bau unter anderem der Frankfurter Gestapo zur Verfolgung aller Menschen, die nicht in das nationalsozialistische Weltbild passten. Auch nach 1945 wurde das Klapperfeld bis 2002/03 weiter als Gewahrsam genutzt und ab den 1980er Jahren als Abschiebehaft.

Heute beherbergt das Klapperfeld die Initiative »Faites votre jeu!«, die sich der geschichtspolitischen Auseinandersetzung mit dem Gebäude angenommen hat.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des ehemaligen Polizeigefängnisses ist für uns unabdingbar – ohne käme eine Nutzung des Gebäudes als selbstverwaltetes Zentrum für uns nicht in Frage. Ein Baustein im Bemühen um eine angemessene Auseinandersetzung ist diese Chronologie.

Mit dem hier angebrachten Zeitstrahl versuchen wir die verschiedenen Epochen dieses Ortes fragmentarisch nachzuzeichnen. Verschiedene Epochen, Veränderungen und Kontinuitäten, Reformen im Staats- und Rechtswesen und einzelne Ereignisse werden hier in zeitlicher Abfolge kurz dargestellt.

Der Zeitstrahl soll einen Überblick bieten, erhebt jedoch nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Ergänzend zur Dauerausstellung wollen wir diesen ebenfalls kontinuierlich weiterentwickeln.

Haus zur Einsperrung von Pestkranken auf dem Klapperfeld

Im Jahr 1492 wurde auf dem Klapperfeld ein Haus zur Unterbringung von Pestkranken gegründet. Die Einrichtung solcher Anstalten markierte eine bedeutende Veränderung der Sozial- und Ordnungspolitik in den europäischen Städten zu Beginn des frühen Kapitalismus. Im Mittelalter wurden Opfer von Seuchen vertrieben und außerhalb der Stadt eingesperrt. Nun wurden sie innerhalb der Stadtmauern separiert und überwacht.

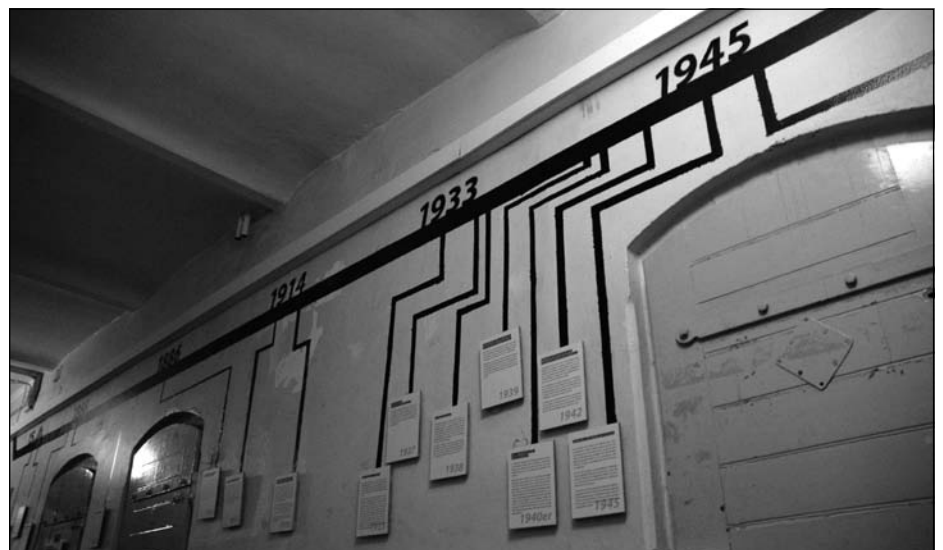
Bau eines Waisen, Armen und Arbeitshaus auf dem Klapperfeld

Das seit dem 15. Jahrhundert auf dem Klapperfeld bestehende Pestilenzhaus wurde im Jahr 1679 zu einem Armen-, Waisen- und Arbeitshaus umgebaut. Betrieben von einer privaten Stiftung, finanzierte es sich unter anderem durch die Ausbeutung der Arbeitskraft der darin untergebrachten Armen und

Waisenkinder. Das Arbeitshaus wurde von den Exekutivgewalten der Stadt bald auch als Zuchthaus genutzt. So genannte Bettelvögte – die Polizei der damaligen Zeit – griffen Menschen, die keiner geregelten Beschäftigung nachgingen, auf der Straße auf und verbrachten sie ins Arbeitshaus, wo sie interniert und unter Androhung von Gewalt zur Arbeit gezwungen wurden. Das Haus bestand bis Anfang des 19. Jahrhunderts.

Bau eines Gefängnisses auf dem Klapperfeld im 19. Jahrhundert

Anfang des 19. Jahrhunderts plante die damals noch freie Reichsstadt Frankfurt am Main auf dem Klapperfeld den Bau eines großen Gefängnisses. Mit der Neuordnung der städtischen Verwaltung im Zuge der Annexion Frankfurts durch Preußen im Jahr 1866 und der städtebaulichen Erweiterung in dieser Zeit wurde dieser Plan jedoch nicht umgesetzt.



Der Zeitstrahl im Klapperfeld: Im Rahmen der Ausstellungserweiterung im September 2010 wurde vom Arbeitskreis Geschichte im Flur des Erdgeschosses ein Zeitstrahl von über 12 Metern Länge angebracht. Dieser stellt den Versuch dar, die verschiedenen Epochen dieses Ortes fragmentarisch nachzuzeichnen. Am Ende des Zeitstrahls folgen vier Zellen in der Mitte des Flurs, die in dem bei Einzug vorgefundenen Zustand belassen worden sind. Die Chronologie soll allen Besucher_innen die Möglichkeit geben, sich einen groben Überblick über die Historie des ehemaligen Polizeigefängnisses zu verschaffen. Die erhaltenen Zellen sollen – besonders in dem hauptsächlich als selbstverwaltetes Zentrum genutzten Teil des ehemaligen Gefängnisses – immer daran erinnern, dass hier noch bis vor wenigen Jahren Menschen inhaftiert wurden.

Frankfurt wird preußisch

Im Zuge des preußisch-österreichischen Krieges besetzten preußische Truppen am 16. Juli Frankfurt ohne militärische Auseinandersetzungen. Frankfurt hatte sich zu Beginn des kriegerischen Konfliktes innerhalb des deutschen Bundes zwar auf die Seite Österreichs gestellt, sich aber nicht am Krieg beteiligt und sich zur »offenen Stadt« erklärt. Diese Neutralität fand jedoch keine Anerkennung von preußischer Seite. Da Frankfurt als feindlicher Staat angesehen wurde, kamen kriegsrechtliche Maßnahmen von Seiten Preußens zu tragen. Dies bedeutete zunächst die Unterstellung der Frankfurter Regierungsorgane unter militärische Führung. Am 3. Oktober erfolgte dann die offizielle Inbesitznahme durch ein Patent des preußischen Königs und am 1. Oktober 1867 die Einführung der preußischen Verfassung. Die Einverleibung in den Staat Preußen zog eine Umbildung der städtischen Organe gemäß der preußischen Städteordnung nach sich. Des Weiteren wurde ein Polizeipräsident eingesetzt, unter dessen Leitung der Aufbau eines Polizeiapparats nach preußischem Muster in Frankfurt begann.

Das Polizeigefängnis auf dem Klapperfeld wird gebaut

20 Jahre nach der Annexion Frankfurts durch Preußen und 15 Jahre nach der Reichsgründung wurde das Polizeigefängnis auf dem Klapperfeld gebaut. Bevor der Bau zusammen mit dem Polizeipräsidium 1886 fertig gestellt wurde, hatte es langwierige Verhandlungen über einen möglichen Bauplatz gegeben. Bis zur Ingebrauchnahme der Gebäude auf dem Klapperfeld sind die Konstabler Wache und der Clesernhof an der Karpfengasse als Polizeigefängnis und Polizeipräsidium genutzt worden. Diese hatten sich aber als zu klein für die Ansprüche des Frankfurter Polizeiapparates erwiesen, welcher seit den siebziger Jahren ausgebaut worden war.

Umzug des Polizeipräsidioms

Seit dem Bau des Polizeipräsidioms und des Polizeigefängnisses wurden die polizeilichen Befugnisse immer wieder er-

weitert und der Apparat weiter ausgebaut. Am Hohenzollernplatz (heute: Platz der Republik) in der Nähe des Hauptbahnhofs entstand ein neues, größeres Polizeipräsidium, das 1914 bezogen wurde. Das ehemalige Präsidium neben dem Klapperfeld ging in den Besitz des Oberlandesgerichts über. Das Polizeigefängnis wurde jedoch neben den zusätzlichen Zellen im neuen Präsidium im Bahnhofsviertel weiterhin genutzt.

Verschärfung der Polizeihaft im Zuge des ersten Weltkrieges

Eine Formalisierung und gleichzeitige Verschärfung der rechtlichen Grundlagen, unter denen Menschen im deutschen Kaiserreich im Klapperfeld inhaftiert waren, ergab sich mit einem am 4. Dezember 1916 durch Kaiser Wilhelm erlassenen »Gesetz betreffend die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes«. Es regelte die Verhängung der sogenannten »Schutzhaft«.

Während des Krieges wurde das Gesetz vor allem zur Niederschlagung von Demonstrationen und Streiks angewendet. Es blieb auch in der Weimarer Republik in Kraft. Vor allem im Jahr 1919 diente es zur Verfolgung von Separatist_innen, Spartakist_innen und Kommunist_innen.

Machtantritt der NSDAP

Bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 erhielt die NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) über 37 Prozent aller Stimmen, was sie zur größten Fraktion im Reichstag machte. Große Teile der Wählerschaft hatten so der parlamentarischen Demokratie eine klare Absage erteilt.

Die SA lieferte sich blutige Kämpfe mit der SPD und der KPD. Saal- und Straßenschlachten standen auf der Tagesordnung. Der Widerstand gegen die Nationalsozialist_innen wuchs. Dennoch wurde Adolf Hitler am 30. Januar 1933 auf Geheiß von von Papen und Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Das Ende der Weimarer Republik war besiegelt. Im März 1933 verschaffte das Ermächtigungsgesetz Hitler beinahe

gänzliche staatliche Vollmacht. Dieses Gesetz stellte die Grundlage für die folgende Gleichschaltung aller Lebensbereiche da. Ziel war es, jede Art von Pluralismus in Staat und Gesellschaft aufzuheben und durch einheitliche, der nationalsozialistischen Ideologie treuen Organisationen zu ersetzen.

»Vorbeugende Verbrechensbekämpfung«

Mit dem Erlass des Reichsministeriums des Inneren am 14. Dezember 1937, über »Vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei« konnte die Polizei im Sinne der NS-Ideologie alle als »gemeinschaftsfremd« klassifizierten Menschen nicht nur überwachen sondern sie auch sofort in Haft nehmen oder in ein Konzentrationslager deportieren.

Novemberpogrome

Die Novemberpogrome – bezogen auf die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 – waren von den Nationalsozialist_innen organisierte, reichsweite Pogrome, bei dem fast alle Synagogen und viele jüdische Geschäfte zerstört sowie zahllose Juden misshandelt wurden. 91 Menschen wurden dabei ermordet, etwa 30.000 verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Auch das Klapperfeld diente als Ort zur Inhaftierung.

In Frankfurt wurden die Synagogen in der Börnestraße, am Börneplatz, in Höchst und an der Friedberger Anlage völlig niedergebrannt. Die Westend-Synagoge brannte im Innern aus, blieb aber äußerlich erhalten. Bei zwei weiteren Synagogen wurde die Inneneinrichtung zerstört.

Vereinigung von Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst

1939 wurde die Sicherheitspolizei mit dem Sicherheitsdienst im Reichssicherheitshauptamt vereinigt. Durch diesen Zusammenschluss war zwischen der Tätigkeit von Kriminalpolizei und Gestapo kaum mehr zu unterscheiden.

Beide Polizeien ermittelten selbstständig, folgten einzig den Weisungen der Polizeiführung und legten der Staatsanwaltschaft nur die Fälle vor, die

von der Polizeiführung zur Verfügung freigegeben wurden. Diese Vereinigung erleichterte auch den Gestapo-Beamten im Klapperfeld ihre Arbeit.

Die »Judenabteilung« im Klapperfeld

Im obersten Stockwerk des Polizeigefängnisses befand sich die eigens eingerichtete sogenannte »Judenabteilung«. Diese zeichnete sich durch besonders miserable Haftbedingungen aus und unterstand unmittelbar der Gestapo.

Die Inhaftierten wurden in einem großen Raum in Käfige gesperrt. Es war gerade mal so viel Platz, dass der Länge nach eine und der Breite nach zwei Pritschen hineingepasst hätten. Sie waren durch Gittertüren verschlossen, so dass die jeweils gegenüberliegenden Verschlüsse gegenseitig einsehbar waren. Die Eingesperrten blieben hier oft mehrere Monate ohne Beschäftigung und ohne die Möglichkeit, sich zu bewegen. Kurze Hofgänge bildeten die Ausnahme. Dabei hatten sie kaum Licht, denn die Fenster waren mit blauer Farbe verdunkelt. Bei herrschender Überfüllung wurden zwei Menschen gemeinsam in einen Käfig gesperrt.

Dramatische Zuspitzung der Haftbedingungen im Klapperfeld

Insbesondere für die Jahre 1942 bis 1945 weisen diverse Quellen auf besonders dramatische Zustände hin. Das Gefängnis war offenbar ständig überfüllt, was unter anderem auch darauf zurückzuführen ist, dass Häftlinge aus anderen Städten für einige Zeit dort untergebracht wurden, ehe sie weiter transportiert wurden.

Ein Gefängnisarzt beschrieb die Situation in einem Bericht vom Januar 1944 als so dramatisch, dass er selbst die kurzzeitige Begehung als eine Zumutung empfand und schließlich drohte, seiner Beschäftigung dort nicht mehr nachzugehen, sollte keine Änderung eintreten.

Die Zellen waren hoffnungslos überfüllt. Aus den Kübeln, die es anstelle von Toiletten gab, zog ein unerträglicher Gestank durch das ganze Haus, das Ungeziefer tummelte sich und viele der Häftlinge trugen nichts als Lumpen.

Befreiung von Frankfurt am Main

Am 29. März 1945 befreiten die amerikanischen Truppen Frankfurt am Main. Frankfurt gehörte von da an zur amerikanischen Zone. Die Stadt wurde von der amerikanischen Militärregierung verwaltet. Auch das Polizeigefängnis Klapperfeld wurde von den Amerikanern übernommen, um Nazis und straffällig gewordene Menschen zu inhaftieren.

Im April 1945 befanden sich 460 Häftlinge im Polizeigefängnis Klapperfeld, darunter 440 Politische. Im Mai 1945 waren 615 Menschen im Klapperfeld inhaftiert, 533 Männer und 82 Frauen. Der Anteil der politischen Häftlinge ist bisher noch nicht bekannt.

Im September 1945 beschloss die amerikanische Militärregierung, die staatlichen Gefängnisse nach einer vollständigen Entnazifizierung der verschiedenen Städte unter eine eigene verwaltungsmäßige Leitung zu stellen. Die Wachmannschaften sollten einheitliche Uniformen bekommen und bewaffnet werden.

Nutzung des Klapperfelds als »Jugendgewahrsam«

Nachdem das Klapperfeld durch die amerikanische Militärregierung unter eine eigene verwaltungsmäßige Leitung gestellt wurde, ist es auch zur Inhaftierung sogenannter »entwischener Fürsorgezöglinge« zwischen 14 und 18 Jahren genutzt worden.

Die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Abteilung »Heimatlose Jugend« des Frankfurter Jugendamtes brachte männliche Ausreißer grundsätzlich in Haft, wohingegen weibliche Ausreißerinnen nur bei »renitentem« Verhalten in Gewahrsam genommen wurden. Laut Jugendamt sollten die Jugendlichen nicht länger als 3 Tage inhaftiert werden, historische Dokumente zeigen jedoch Gegenteiliges. Aus Akten des Frankfurter Jugendamtes geht zum Beispiel der Fall des am 26. April 1934 geborenen Udo Manfred S. hervor, der vom 30. März bis zum 15. Mai 1950 inhaftiert war. Der letzte Verweis auf die Ingewahrsamnahme

von Kindern und Jugendlichen im Polizeigefängnis findet sich in einem Aktenvermerk aus dem Jahre 1961.

Hohe Zahlen von Verhaftungen in Folge von Demonstrationen

Bereits ab Mitte der 1940er Jahre wurden Menschen bei oder nach Demonstrationen im Klapperfeld inhaftiert. Allerdings gewann das Polizeigefängnis für den staatlichen Repressionsapparat zunehmend an Bedeutung.

Unter anderem während den Studierendenprotesten der 1960/70er Jahre wurden zum Teil hunderte Menschen im Klapperfeld inhaftiert. Auch in den folgenden Jahrzehnten wurden im Polizeigefängnis zahlreiche Demonstrant_innen in Gewahrsam genommen, beispielsweise während den Protesten gegen die Startbahn West.

Abschiebehaft im Klapperfeld

Ab den 1980er Jahren wurde das Klapperfeld nicht mehr nur als Gewahrsam sondern auch als Abschiebeknast genutzt. Die durch den Staat illegalisierten Flüchtlinge waren jedoch nicht nur mehrere Stunden oder wenige Tage im Klapperfeld inhaftiert, sondern mitunter wesentlich länger. Sie mussten ihre Zeit unter miserablen Bedingungen in viel zu kleinen und dunklen Zellen verbringen. Für die Flüchtlinge bedeutet die Abschiebung in der Regel den Weg in Armut, Verfolgung, Folter, Krieg oder gar den Tod.

Proteste nach dem Tod von Günter Sare

Im Rahmen von Demonstrationen nach dem Tod von Günter Sare, der am 28. September 1985 bei Protesten gegen eine NPD-Veranstaltung im Gallus von einem Wasserwerfer überrollt und getötet wurde, waren zeitweise mehrere hundert Demonstrant_innen im Klapperfeld inhaftiert worden.

Die Polizei verlor an einem Tag die Kontrolle über die Inhaftierten und es gelang einer Gruppe von Menschen in einer Sammelzelle im 2. Stock, Bänke aus der Wand zu brechen und mit diesen ein Loch in die Außenwand des Gefängnis-

ses zu schlagen. Mit einem Wasserwerfer beschoss die Polizei von außen das Gefängnis mit Wasser und Tränengas. Mehrere Inhaftierte wurden verletzt, mussten sich übergeben und litten an extremen Hautreizungen.

Misshandlungen nach Demo für die Opfer von Nazis in Solingen

Am 29. Mai 1993 kam es in Folge des Brandanschlages auf das Haus der türkischen Familie Genç in Solingen, bei dem fünf Menschen zwischen 4 und 27 Jahren von Neonazis ermordet worden waren, zu einer spontanen Gedenkdemo in Frankfurt. 63 Teilnehmer_innen wurden verhaftet und bereits bei den Festnahmen verprügelt und misshandelt.

Übereinstimmend berichteten die Gefangenen, dass auch bereits mit Handfesseln fixierte Menschen von der Polizei in den Gefangenentransportern geprügelt worden waren. Im Klapperfeld angekommen, wurden sie entwürdigenden Anal- und Genitaluntersuchungen ausgesetzt und weibliche Gefangene zum Teil nackt verhört. Immer wieder wurden sie dabei geschlagen, getreten, gewürgt, verhöhnt und beleidigt. Nach Berichten von damals Inhaftierten wurden besonders die Migrant_innen unter ihnen Opfer dieser »Sonderbehandlung« durch die deutsche Polizei.

Inhaftierung von Gegner_innen eines Naziaufmarschs

Zur letzten größeren Inhaftierung im Rahmen einer Demonstration kam es am 1. Mai 2001, als in Frankfurt mehrere tausend Menschen erfolgreich einen Naziaufmarsch verhinderten. 110 Nazi-gegner_innen wurden an diesem Tag in Gewahrsam genommen, der überwiegende Teil im Klapperfeld.

Schließung des Klapperfelds nach über 115 Jahren

Ende der 50er Jahre wurde zum ersten Mal über eine Schließung des Klapperfelds nachgedacht, da selbst von offizieller Seite anerkannt wurde, dass die Haftbedingungen nicht den Mindestanforderungen entsprachen. Zu-

letzt bemängelte ein Bericht des »Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT)« vom Dezember 2000 die Haftbedingungen im Polizeigefängnis in der Klapperfeldstraße.

Erst im November 2001 – in Zusammenhang mit der Fertigstellung des neuen Polizeipräsidiums an der Adickesallee – kam es zumindest offiziell zur Schließung des Klapperfelds.

Nutzung des Klapperfelds auch nach der »Schließung« 2001

Gerade weil von offizieller Seite behauptet wurde, das Klapperfeld würde mit der Eröffnung des neuen Polizeipräsidiums überflüssig, ist es um so erstaunlicher, dass verschiedene Hinweise darauf schließen lassen, dass das Gefängnis deutlich länger genutzt wurde. In vielen Zellen finden sich Graffiti von Häftlingen, die auf die Jahre 2002 beziehungsweise 2003 datiert sind. Am Klapperfeld lässt sich feststellen, welche miserable und unhygienische Zustände dort noch bis zur endgültigen Schließung geherrscht haben. Und das in Anbetracht der Tatsache, dass Haft, Gefangenschaft und jede andere Form von Freiheitsentzug an sich immer Entwürdigung und Entmenschlichung der Inhaftierten zur Folge haben.

»Faites votre jeu!« zieht ins Klapperfeld

Im August 2008 besetzte die Initiative »Faites votre jeu!« ein ehemaliges Jugendzentrum in Bockenheim. Anfang des Jahres 2009 drohte die Stadt Frankfurt mit der Räumung des Gebäudes. Nach langen Verhandlungen wurde ein Ersatzobjekt angeboten: Das ehemalige Polizeigefängnis Klapperfeld.

Eine Nutzung des Klapperfelds ohne eine Auseinandersetzung mit der Geschichte zu führen, war für die Initiative ausgeschlossen und so begannen noch während den Verhandlungen die ersten Recherchen zur Geschichte. Ende April 2009 zog die Initiative »Faites votre jeu!« ins Klapperfeld und begann mit den Renovierungs- und Umbauarbeiten. Im

Rahmen der ersten öffentlichen Veranstaltung im Juli 2009 präsentierte der aus der Initiative heraus entstandene Arbeitskreis zur Geschichte des Klapperfelds die vorläufigen Ergebnisse seiner Arbeit.

Eröffnung des ersten Teils der Dauerausstellung

Im August 2009 eröffnete der erste Teil der Dauerausstellung zur Geschichte des Polizeigefängnis Klapperfeld mit großem Medienecho.

Im folgenden Jahr ist das Klapperfeld zu einem wichtigen Zentrum für viele Menschen geworden. Die Räume werden für kritische, politische, künstlerische und kulturelle Arbeit genutzt. Das Programm ist vielfältig und so besuchten im letzten Jahr nicht nur jüngere Menschen das ehemalige Polizeigefängnis. Selbstverwaltet und unkommerziell organisiert finden verschiedenste Veranstaltungen von Zeitzeug_innengesprächen, Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen über Ausstellungen, Lesungen und Theateraufführungen bis hin zu Barabenden und Konzerten statt.

Erweiterung der Dauerausstellung

Im September 2010 wird die Erweiterung der Dauerausstellung zur Geschichte des Klapperfelds eröffnet: Den Kern stellt weiterhin die Rolle des Polizeigefängnisses während des Nationalsozialismus dar. Neu entstandene Ausstellungsteile richten den Blick zudem auf die Entstehung des Klapperfelds im 19. Jahrhundert, die Funktion des Gefängnisses in der Weimarer Republik und die Nutzung des Klapperfelds durch die US-Armee während der Entnazifizierung.

Parallel dazu eröffnet für sechs Wochen auch die Wanderausstellung »Frauen im Konzentrationslager 1933 – 1945. Moringen – Lichtenburg – Ravensbrück«. In diese Lager wurden auch im Klapperfeld inhaftierte Frauen gebracht. Die vom Studienkreis Deutscher Widerstand und der Lagergemeinschaft Ravensbrück konzipierte Ausstellung zeichnet die Biografien von Frauen nach, die in Konzentrationslagern inhaftiert waren und legt einen besonderen Schwerpunkt auf den Widerstand der Gefangenen.

DIE ENTSTEHUNG DES KLAPPERFELDS UND DIE AUSBILDUNG EINES POLIZEIAPPARATS

Die Entstehung des Polizeigefängnisses auf dem Klapperfeld als Teil der Ausbildung eines Polizeiapparates in Frankfurt am Main: Mit dem Jahr 1886 fällt die Erbauung des Polizeigefängnisses auf dem Klapperfeld in eine Hochphase tiefgreifenden sozialen Wandels, der gemeinhin mit der Industrialisierung in Verbindung gebracht wird, welche ab der Mitte des 19. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum intensiv einsetzte. Dieser Wandel beinhaltete einen enormen Bevölkerungszuwachs einhergehend mit fortschreitender Verstädterung und Urbanisierung, welche auch in Frankfurt ihre ortsspezifische Wirkung entfaltete. Mit diesen sozialen Entwicklungen ging eine Veränderung des Herrschaftsapparates einher. Sie fand in der Herausbildung des modernen europäischen Staates mit seinem Anstaltscharakter und der Monopolisierung physischen Zwangs ihren vorläufigen Endpunkt.

Die Errichtung des Polizeigefängnisses und des heute nicht mehr erhaltenen

Polizeipräsidiums auf dem Klapperfeld nördlich der Ost-Zeil waren Teil der Implementierung eines modernen Polizeiapparats nach preußischem Muster, welcher sich, historisch gesehen, nur kurz zurückverfolgen lässt. Allerdings bildeten sich schon relativ früh Strukturen heraus, die auf einen solchen Wandel hindeuten. So wurden, innerhalb des im Laufe des 13. Jahrhunderts zur »freien Reichsstadt« gewordenen Frankfurt am Main, vom Stadtrat erlassene Verordnungen meist von Personen wie z.B. dem Torwächter, Nachtwächter oder Gefangenenwärter vollzogen, die wenn nötig dazu bestellt waren, in alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens der Einwohner_innen einzugreifen. Ab dem 14. Jahrhundert wird auch zum ersten Mal ein öffentlich rechtliches Strafrecht greifbar, was nach und nach an die Stelle des auf materielle Entschädigung und Versöhnung abzielenden Sühneverfahrens trat. Es hatte sich somit die Überzeugung festgesetzt, dass eine institutionalisierte Geld-,

Leib-, oder gar Todesstrafe, welche in der Regel öffentlich vollzogen wurde, ein zur Aufrechterhaltung der »öffentlichen Ordnung« sinnvolles Mittel darstellen könnte. Dabei wurde dieses Mittel äußerst selektiv – zum Beispiel viel häufiger gegen Nicht-Bürger_innen als gegen Bürger_innen der Stadt Frankfurt – eingesetzt.

Diese selektive, an den Status bestimmter Personengruppen gebundene Rechtsanwendung änderte sich in Frankfurt zwischenzeitlich mit der Einführung des Code Civil (Bürgerliches Gesetzbuch) und des Code Pénal (Strafgesetzbuch) im Jahre 1811 in Folge der Eroberungen unter Napoleon Bonaparte. Im Zuge dessen wurde auch die mittelalterliche Struktur des Polizeiwesens, in der alle polizeilichen Funktionen auf verschiedene Funktionsträger verteilt waren, durch einen Polizeikörper als gegenüber der inneren Verwaltung selbstständigen Einrichtung ersetzt. Hierdurch wurde erstmals auch in Frankfurt eine systematische Polizeiarbeit eingeführt, diese Entwicklung allerdings in Folge der Restauration ab 1815 wieder rückgängig gemacht.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es dann in Frankfurt zu zwei einschneidenden Ereignissen: Sie lassen einen aufschlussreichen Blick auf obrigkeitliches Agieren zu, welches im heutigen Verständnis als polizeiliche Aufgabe aufgefasst würde. Das erste bestand im sogenannten »Frankfurter Wachensturm« 1833, bei dem es zu einem überwiegend von Burschenschaftlern getragenen Aufstand kam, im Zuge dessen die Hauptwache und Konstabler Wache mit dem Ziel der Auslösung einer nationalen Revolution gestürmt wurden. Das zweite ereignete sich im September 1848, als die in Frankfurt tagende »Nationalversammlung« vorübergehend den Anspruch auf Schleswig-Holstein aufgab, indem sie den Vertrag von Malmö annahm. Dies löste heftige, völkisch gesinnte Straßenschlachten aus. Beide



Aufnahme des nicht mehr erhaltenen Polizeipräsidiums an der Ostzeil und des dahinter stehenden Polizeigefängnisses rund zwei Jahre nach ihrer Fertigstellung aus süd-westlicher Richtung:

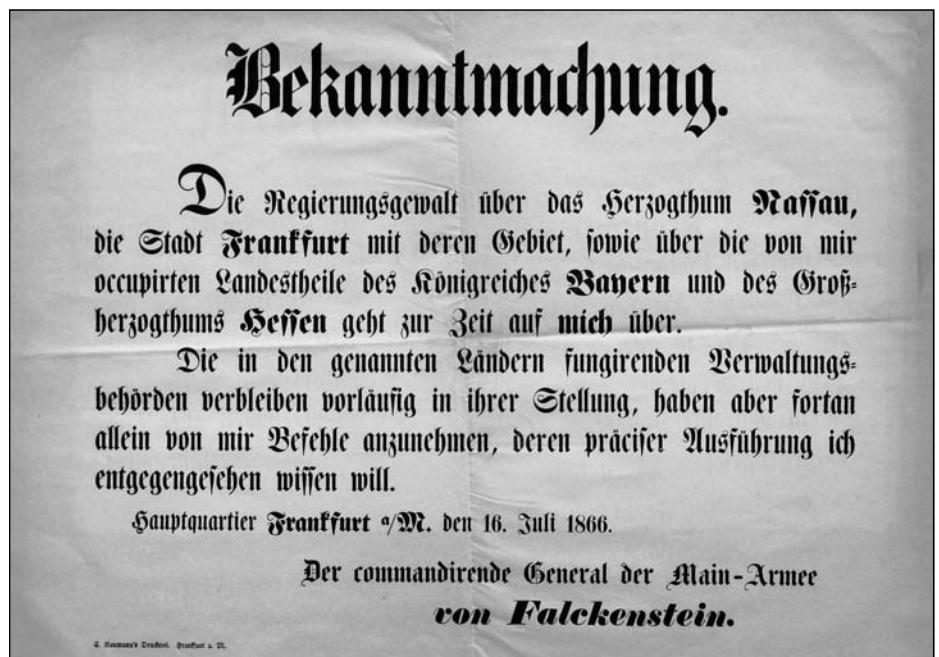
Im Hintergrund links am nördlichen Ende der Klingerstraße ist der noch eingerüstete sog. »Justizpalast« (heute Amtsgericht) zu sehen, welcher 1888 fertig gestellt wurde. Bei dem Gebäude, dessen Dach deutlich zwischen Polizeigefängnis und Polizeipräsidium zu sehen ist, handelt es sich um das sogenannte »Untersuchungs-Gebäude«, wo Prostituierte eine ärztliche Untersuchung über sich ergehen lassen mussten. Seine Grundrisse sind heute noch in der süd-westlichen Ecke des Gefängnishofs zu erahnen.

Erhebungen wurden mit militärischen Mitteln niedergeschlagen; dies verdeutlicht, dass die Aufrechterhaltung der »öffentlichen Ordnung« durch repressive Maßnahmen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht zuletzt als eine militärische Aufgabe angesehen wurde.

In dieselbe Periode fiel auch die nahezu vollständige Ablösung des Instruments der Körperstrafe durch dasjenige der Haft. Ein grundlegender Unterschied zwischen diesen beiden Formen der Repression bestand neben der vermeintlichen Zivilisierung vor allem darin, dass beide Methoden gegensätzlich mit dem Faktor Öffentlichkeit umgingen: Statt der auf Abschreckung zielenden öffentlichen Züchtigung wurde nun die Entfernung der Delinquenten aus der Öffentlichkeit als probates Mittel gegen abweichendes Verhalten erachtet.

Eine grundlegende Änderung der Verhältnisse bezüglich eines Frankfurter Polizeiapparats trat dann 1866 ein: Im Zuge des preußisch-österreichischen Krieges wurde Frankfurt dem von Militär und Beamtentum geprägten Staate Preußens einverleibt. Dies zog eine Neuordnung der städtischen Verwaltung gemäß der preußischen Gemeindeordnung nach sich. Hierdurch wurde die Polizei wieder als eigenständige Organisation eingeführt, mit einem Polizeipräsidenten an der Spitze, welcher nicht dem städtischen Magistrat sondern dem königlichen Justizminister in Wiesbaden unterstand.

Die zentralisierenden Entwicklungen, welche sich aus den verschiedenen von Preußen geführten Expansionskriegen ergaben, kulminierten in der Reichsgründung 1871. Sie sind vor dem Hintergrund der bereits angesprochenen tiefgreifenden sozialen Veränderungen zu sehen. Trotz des traditionell überwiegend bürgerlichen Profils der Stadt Frankfurt begann sich in erster Linie in den Vorstädten ein Proletariat zu bilden. Die Streikwellen, welche in der Gründerzeit nach dem Zugeständnis der Koalitionsfreiheit 1869 stattfanden und Phänomene wie das »Schreckensbild« der Pariser Kommune von 1871, führten dazu, dass die Angst der Obrigkeit und der bürgerlichen Klassen vor revolutionären Bewegungen zunahm.



Bekanntmachung General von Falckensteins anlässlich der militärischen Besetzung Frankfurts im Jahre 1866: Im Zuge des preußisch-österreichischen Krieges besetzte der commandierende General der Main-Armee Vogel von Falckenstein am 16. Juli Frankfurt ohne jegliche Kampfhandlungen. Dies bedeutete zunächst die Unterstellung der Frankfurter Regierungsorgane unter militärische Führung. Dabei wurden erstere bis auf das Amt des ersten Bürgermeisters als »Regierungsbevollmächtigter« zunächst aufgelöst und erst unter einer Zivilverwaltung am 20. Juli als weisungsgebundene Gremien wiederhergestellt.

In Frankfurt materialisierte sich das nun endgültig umgehende Gespenst am 21. April 1873 in einem sogenannten »Bierkrawall«. Als der Preis des Bieres, welches von den arbeitenden Klassen als Grundnahrungsmittel angesehen wurde, durch die Brauereien von 4 auf 4½ Kreuzer angehoben wurde, kam es am arbeitsfreien letzten Tag der Frühjahrsmesse (im Frankfurter Volksmund als »Nickelchestag« bekannt) zu gewalttätigen Ausschreitungen. Die städtische Polizei war mit ihren 52 Schutzmannern mit dieser Situation vollends überfordert, was ein weiteres Mal den Einsatz des Militärs nach sich zog. 18 Personen kamen nach offiziellen Angaben in Folge dessen ums Leben.

Dieses Ereignis, welches in Frankfurt den größten Aufruhr zwischen 1848 und 1918 konstituierte, hatte auf den gesamten deutschsprachigen Raum bezogen, keinen einmaligen Charakter. Aufgrund dessen und des in allen politischen Lagern zunehmenden Eindrucks eines akuten Klassenkampfes kamen die herrschenden Klassen Preußens zu der Ansicht, dass ein systematischer Ausbau des Polizeiapparates notwendig sei. Auffällig ist dabei die klare Motivation

zur Unterdrückung möglicher Umsturzversuche und die starke Gewichtung der politischen Polizei, welche vor allem bei der Implementierung der Sozialistengesetze seit 1878 eine große Rolle spielte. Nachdem der Ausbau in Berlin und den Städten des Ruhrgebiets bereits in vollem Gange war, kam er im Laufe der 1870er Jahre auch in Frankfurt zum tragen. Hier wurden die sog. »Schutzmannschaft« zahlenmäßig erweitert, sowie ein Polizeipräsidium direkt an der neuen Zeil und dahinter das Polizeigefängnis auf dem Klapperfeld gebaut. Bisher hatte die Polizei noch auf städtische Einrichtungen zurückgegriffen.

Unter den kapitalistischen Bedingungen der Hochindustrialisierung erfolgte also eine offensichtliche innere Aufrüstung von Seiten des Staates gegenüber seinen »Untertanen«. Dass es sich hierbei keineswegs um eine begrenzte Entwicklung handelte, wird vor allem dadurch deutlich, dass 28 Jahre nach der Fertigstellung des Polizeipräsidiiums auf dem Klapperfeld ein neues am Hohenzollernplatz bezogen wurde, wobei sich für das Gefängnis am ursprünglichen Ort noch über ein Jahrhundert weitere »Verwendung« finden sollte.

DER BAU DES POLIZEIGEFÄNGNIS UND DAS PRINZIP DER HAFT

DER GEFÄNGNISBAU AUF DEM KLAPPERFELD UND DAS SYSTEM DER HAFT

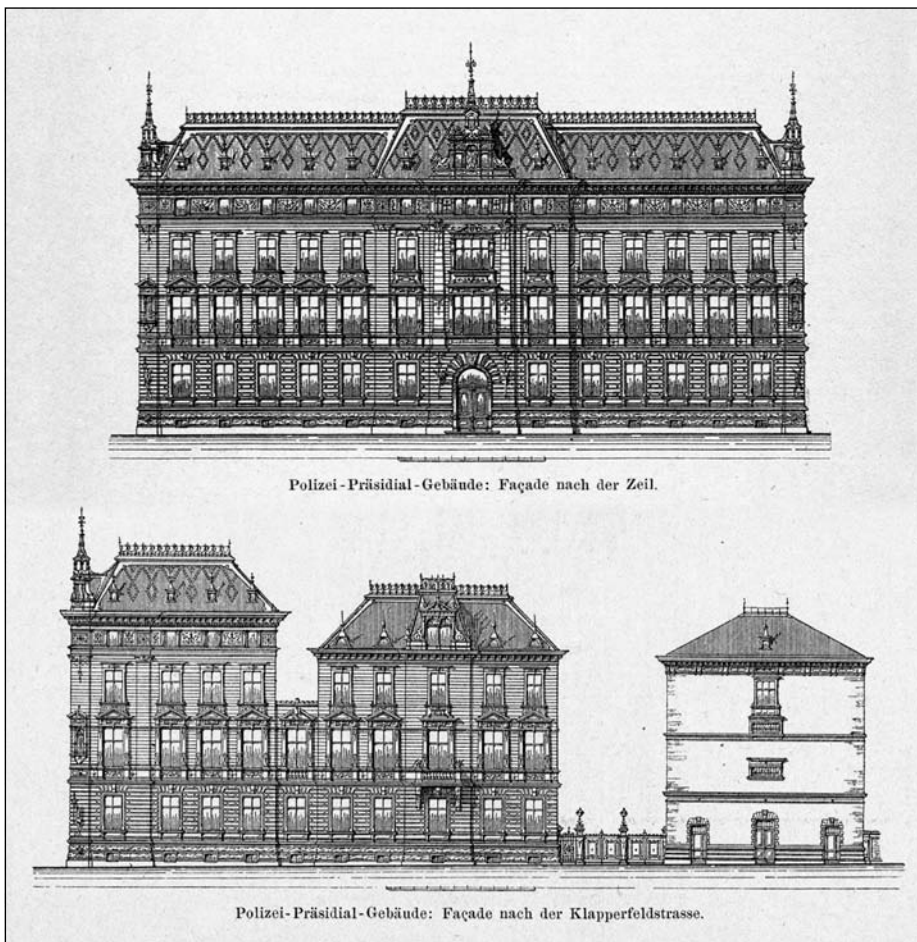
Bereits vor dem Bau des ehemaligen Polizeigefängnis wird auf dem Areal des Klapperfelds der Bau eines Gefängnisses geplant. Dieser wird jedoch mit der Neuordnung der städtischen Verwaltung im Zuge der Annexion Frankfurts durch Preussen im Jahr 1866 und der städtebaulichen Erweiterung in dieser Zeit nicht umgesetzt. Ab 1882 wird auf dem Gelände der heutigen JVA Frankfurt-Preungesheim mit dem Bau einer Haftanstalt begonnen.

Gefängnisbau ist in der bis 1866 bestehenden freien Reichsstadt Aufgabe der städtischen Verwaltung. Es sind daher Beam_t_innen des städtischen Bauamtes die sich mit den Planungen eines »Zellenstrafhauses« auf dem Klapperfeld befassen. Zwei Berichte des Bauamtes über die Planungen aus dem Jahr 1838 und 1861 zeigen, dass den Planungen von Gefängnisbauten bestimmte Vorstellungen einer soziale Ordnung zugrunde liegen, die sich in einer bestimmten Architektur der Haft niederschlägt, wie sie auch am Bau des ehemaligen Polizeigefängnis Klapperfeld zu sehen ist.

Die Baukommission aus dem Jahr 1838 orientierte sich an den englischen Gefängnisneubauten, die zu dieser Zeit als die modernsten in Europa galten. An ihnen manifestierte sich eine neue Ordnung der Haft. Verbunden mit Zwangsarbeit begann Haft schon seit der frühen Industrialisierung, die bis dahin angewandten Leibesstrafen zu ersetzen. Doch erst Anfang des 19. Jahrhunderts setzte sich in den meisten europäischen Staaten der Freiheitsentzug als allgemeines Mittel staatlicher Repression durch. In den englischen Gefängnisbauten wurde ab den 1840er Jahren das System der Einzelhaft angewandt:

»Das System erfordert:

- (1) Dass jeder einzelne Gefangene bei Tag und bei Nacht in ein abgesondertes Gefängniszimmer eingesperrt sey, welches hell, durchaus gelüftet und erwärmt und von gehöriger Größe sein soll, um zu gestatten, dass der Gefangene sich Bewegung mache und einen Theil seiner Zeit in anstrengender Handarbeit verwende.
- (2) Dass der Bau dieser Zellen jede Communication mit dem anderen hindere, und dass zu diesem Ende, die Scheidewände eine solche Dicke haben, und anderweitige Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, dass jede Communication so erschwert wird, dass jede Versuchung sie zu unternehmen wegfallen muss.
- (3) Dass die Zellen versehen seyen mit einem Wasserzulauf um Waschen mit einem Waser-Closet, mit Dienströhren, so dass es keinen Anlass für den Gefangenen geben kann seine Zellen zu verlassen, bis er die Weisung zu erhält, aber das er zugleich die Mittel in seiner Macht habe den Beamten, Kenntnis von seinem Wunsch zu geben, sie zu sehen, für den Fall von Krankheit oder in sonstigen dringenden Anlässen
- (4) Dass nicht nur Gelegenheit zu allgemeiner Aufsicht und Inspection vorhanden sey, sondern auch jeder einzelne Gefangene unbeobachtet überwacht werden



Fassaden des Polizeipräsidiums, des Dienstwohngebäudes und des Polizeigefängnisses:

Das obere Bild zeigt die zur Zeil gehende Fassade des nicht mehr erhaltenen Polizeipräsidiums. Unten ist dieses von der Seite sowie das Polizeigefängnis mit seinem heute noch genutzten Eingang in der Klapperfeldstraße zu sehen. Beim Gebäude in der Mitte handelt es sich nicht etwa um einen weiteren Trakt des Polizeipräsidiums sondern um das sogenannte »Dienstwohngebäude« des Polizeipräsidenten. Hier standen ihm ein Sekretariat im Erdgeschoss und eine »Präsidial-Wohnung« im ersten und zweiten Obergeschoss zur Verfügung.

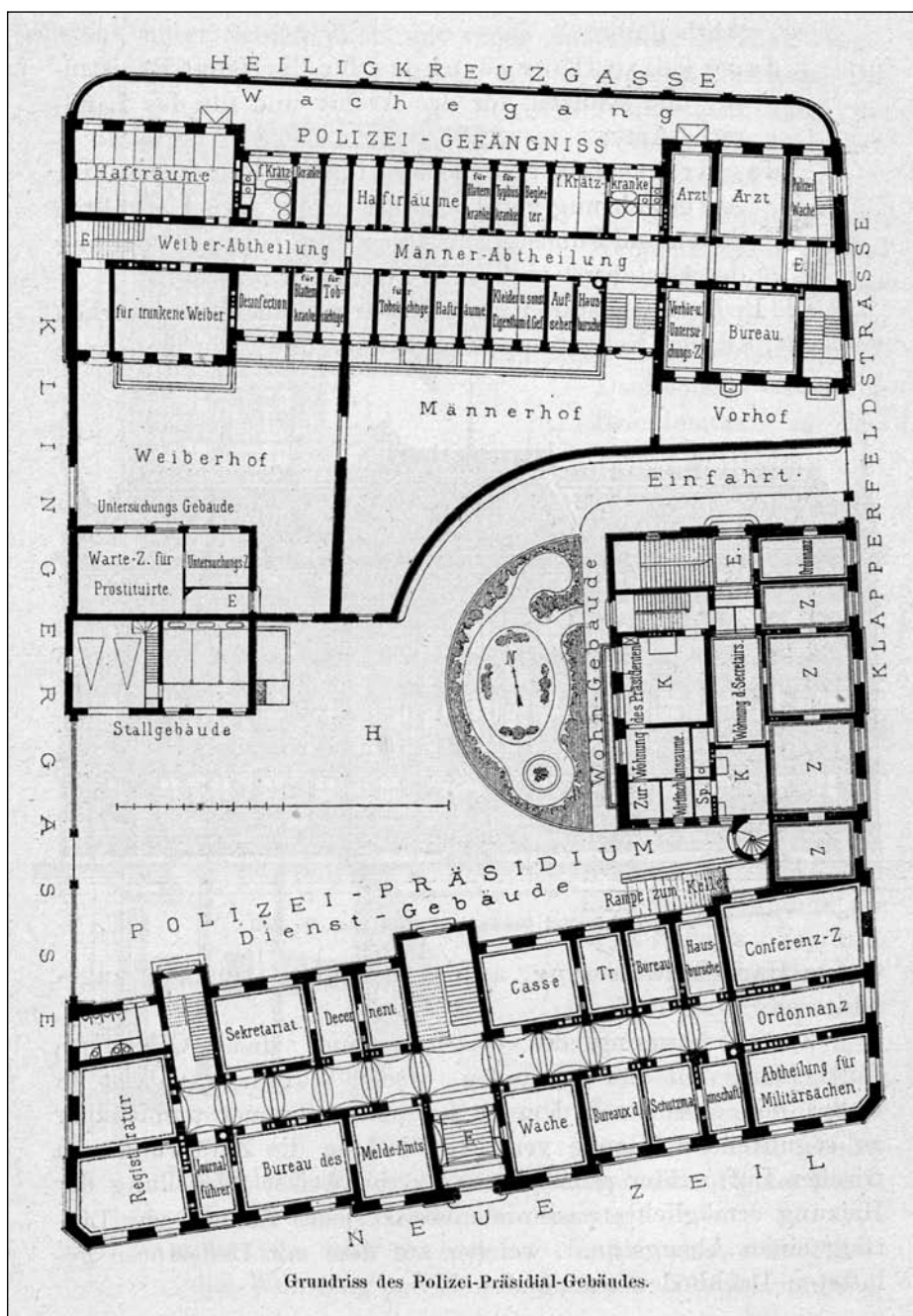
könne. Und da es einen wesentlichen Theil des Systems bildet, dass jedes Individuum im Laufe des Tages häufige Communication mit einem oder dem andern Gefängnisbeamten habe, so ist der möglichst erleichterte Zugang zu jedem Theil des Gebäudes zu jeder einzelnen Zelle äusserst wünschenswerth.

(5) Damit die Einheit des Systems nicht durch das gestattete Zusammenkommen der Gefangenen beim Gottesdienst oder zum Unterricht unterbrochen werde, ist es wesentlich, dass die Kapelle mit besonderen Stühlen versehen werde, und dass, damit es nicht nötig werde, Gefangene zusammenkommen zu lassen, wenn sie freie Luft geniessen, abgesonderte Höfe zu diesem Zweck eingerichtet werden.«

Anders als die bis dahin bestehenden Haftformen des Zuchthauses, in der die Gefangenen gemeinschaftlich eingesperrt und zur Verrichtung von Arbeiten gezwungen werden, hat die Einzelhaft die Isolierung der Gefangenen zum Ziel. Die Trennung der Gefangenen von sozialen Kontakten und allen sinnlichen Wahrnehmungen ausserhalb der Zelle sollte die Wirkungen der Haft verstärken. Die Arbeiten, die sie verrichten mussten, dienten ebenso wie im Zuchthaus nicht der Qualifizierung der Gefangenen. Ihr eigentlicher Zweck war die mit ihr verbundene körperliche Anstrengung. Sie war Teil der Strafe.

Nach den Vorstellungen der Strafretheoretiker, die sich für die Einzelhaft einsetzten, sollte diese die Gefangenen an ein »geregeltes Leben« in der bürgerlichen Gesellschaft anpassen. Die Haftzelle als gewaltsame Verweisung in Einsamkeit wurde dabei nach dem bürgerlichen Ideal des Menschen, der jede Lebenssituation selbstständig bewältigt, als positives Erziehungsinstrument begriffen.

Eingesperrt in die Zelle sind die Gefangenen jedoch in nahezu allen Belangen fremdbestimmt. Gegenüber dem Personal des Gefängnisses werden sie in ein Gehorsamsverhältnis gezwungen. Dieses setzt voraus, dass die Gefangenen ein Bewusstsein davon haben, dass sie während ihrem Aufenthalt in der Zelle



Grundriss des Erdgeschosses des Polizei-Präsidial-Gebüdes, des Dienstwohngebüdes und des Polizeigefängnisses, 1886

unter ständiger Beobachtung stehen. Haftzellen sind daher so gebaut, dass sich die gesamte Zelle von einem Punkt an der Tür jederzeit unbemerkt einsehen lässt.

Das Prinzip dieser Überwachungsmethode geht auf den Entwurf eines Gefängnisbaus des englischen Philosophen Jeremy Bentham zurück: Das Panopticon.

In einer abgeänderten Form findet es sich auch in dem Bauplan für ein Gefängnis, das ab 1838 auf dem Klapperfeld gebaut werden sollte. Anders als das Polizeigefängnis war dieser Bau in mehrere

Zellentrakte unterteilt, die sich strahlenförmig um eine zentrale Halle anordnen. Von einem darin befindlichen Beobachtungspunkt aus sollten alle Zellentüren sichtbar sein. Dies ermöglichte nicht direkt die Kontrolle der Gefangenen in den Zellen aber die Überwachung des gesamten Gefängnisbetriebes und der Arbeit der Aufseher_innen.

In einem weiteren Entwurf einer Kommission des Frankfurter Bauamtes von 1861 wird an den Gefängnisplanungen nichts grundlegendes geändert. Hinzu kommt jedoch der nachdrückliche Verweis darauf, die Gefangenen in Katego-

rien einzuteilen und sie nach dem Status ihrer Verurteilung und nach Geschlecht zu trennen. Dieses Prinzip liegt auch dem Bau des Polizeigefängnis Klapperfeld zugrunde.

DER BAU DES KLAPPERFELDS

Der Aufbau der Haftzellen im Klapperfeld folgt dem selben Prinzip der Haft wie in den geplanten Gefängnisbauten Mitte des 19. Jahrhunderts. Für die an den Inhaftierten ausgeübte Repression war die Architektur der Zelle stets nur ein Mittel unter Anderen. Dennoch ist ihr unveränderter Bestand während der über 115-jährigen Geschichte des Klapperfeld als Polizeigefängnis bemerkenswert.

Gebaut wurde das ehemalige Polizeigefängnis ab dem Jahr 1884 nach einem Entwurf des Frankfurter Stadtbaurats Gustav Behnke. Unter der Leitung des preußischen Regierungs-Baumeisters Temor wurde es 1886 fertiggestellt. Das viergeschossige Gebäude bestand aus einem Verwaltungstrakt und einem Zellentrakt. Im obersten Stockwerk des Verwaltungstraktes war eine Wohnung für den Direktor des Gefängnisses eingerichtet. Der Zellentrakt und die Höfe vor dem Gefängnis waren vertikal in eine »Männerabteilung« und eine »Weiberabteilung« unterteilt. In beiden Abteilungen befanden sich eine Reihe von Hafträumen, die zur Einsperrung von Gefangenen dienten. Im Erdgeschoß des Verwaltungstraktes befanden sich

Räumlichkeiten für einen Arzt. Auch auf dem »Weiberhof« befand sich ein separiertes Gebäude, in dem Prostituierte von einem Polizeiarzt untersucht wurden.

Die Funktion des Arztes war grundlegend für den Betrieb im Polizeigefängnis. Dessen Aufgabe bestand vor allem nicht in der Versorgung »kranker« Gefangener, sondern in medizinischen Untersuchungen, die auch gegen den Willen der Gefangenen durchgeführt wurden. Schließlich wurden die Gefangenen auch nach medizinischen Urteilen durch den Polizeiarzt in gesonderten Zellen eingesperrt.

Quelle: Institut für Stadtgeschichte; Bestand: Impresen Signatur: 143 (S. 104f)

TOILETTENANLAGEN IM KLAPPERFELD

»Auch in diesem Punkt hat sich die Baukunde bemüht, alle im Interesse eines Zellengefangenen zu hegenden Wünsche möglichst zu erfüllen.«

Die Architektur von Haftanstalten ist stets Bestandteil der Repression, die an den Gefangenen vollzogenen wird. Das betrifft auch vermeintlich ganz banale Dinge wie die Verlegung von Wasserleitungen und den Zugang zu Toiletten.

In den meisten Haftzellen im ehemaligen Polizeigefängnis Klapperfeld gibt es weder fließendes Wasser noch Toilettenanlagen. Das hat weniger mit dem Alter des Gebäudes zu tun. Schon ein halbes Jahrhundert vor dem Bau des ehemaligen Polizeigefängnis gehört der Einbau von Spülvorrichtungen und Wasserleitungen in den englischen Gefängnisneubauten zum Standard. Diese sind zunächst auch Vorbild für die im 19. Jahrhundert auf dem Klapperfeld geplanten Gefängnisbauten.

Eine andere Einstellung gegenüber Toilettenanlagen in Gefängnissen findet sich im Bericht der Kommission des Frankfurter Bauamtes aus dem Jahr 1861:

»Seit der Einführung der Einzelhaft, wobei man den Gefangenen jede Gemein-

schaft mit anderen abschneiden, ihnen alles zur Nahrung, Arbeit oder zu sonstigen Verrichtungen Nöthige in der Zelle selbst jederzeit zu bequemer Verfügung gestellt wissen wollte, wurden auch die stehenden Abtritte eingeführt...«

Gegen die vermeintliche Bequemlichkeit der Gefangenen durch die Nutzung von Toiletten wird dann jedoch eingewandt:

»Sie dienen dem Gefangenen zur Entfernung vieler Gegenstände, deren Beseitigung ihm wünschenswerth erscheinen mag. Auch böser Wille führt nicht selten dazu, dass sie mit Arbeitstoffen, Abfall der Arbeit u. f. m. verstopft und beschädigt werden, während die leichte Besichtigung des Inhalts der tragbaren Nachttöpfe in medizinischer wie hauspolizeilicher Beziehung häufig von Werth sein mag.«

Die Einsperrung der Gefangenen reichte offenbar nicht mehr aus. Das Verhalten der Gefangenen, das durch die Inhaftierung erzwungen werden sollte, wird schon in der Einrichtung der Räume voraus berechnet. Über die Kontrolle der Nachttöpfe sollen die Lebensgewohnheiten der Gefangenen unbemerkt analysiert werden. Zudem

wurden Spültoiletten als zu teuer und für den Gefängnisbetrieb ineffizient angesehen:

»Sie verlangen ... einen so großen Wasserverbrauch und dadurch so starke Verdünnung der menschlichen Ausleerungen, daß diese ihren Werth als Dünger verlieren.«

Die Fäkalien der Gefangenen sollten nicht in das städtische Abwassersystem geleitet werden sondern innerhalb des Gefängnisses aufgefangen, in Fässer abgefüllt und verkauft werden.

Das Polizeigefängnis Klapperfeld wurde dagegen an die städtische Kanalisation angeschlossen. Dennoch spiegelt der Bau und die Inneneinrichtung von Hafträumen im Klapperfeld nicht einmal den Stand der technischen Möglichkeiten im 19. Jahrhundert wieder. Die Entbehrungen welche den Gefangenen in der Zelle aufgezwungen wurden, waren Bestandteil der an den Gefangenen vollzogenen Ordnung.

Quelle: Stadtarchiv Frankfurt am Main; Impresen, Signatur 143 Ausschreibung einer ‚Concurrenz‘ zur Einreichung von Bauplänen für ein neues Strafgefängnis zu Frankfurt am Main, 1861, 6. Bemerkungen über einige Einzelheiten des Baus des Zellenstrafhauses bei Frankfurt a/M (S. 29ff)

DAS GEFÄNGNIS IN DER WEIMARER REPUBLIK

Zu Anfang der Weimarer Republik veränderte sich das Gefängniswesen und damit auch der ›Gefängnisalltag‹ im Klapperfeld in verschiedener Hinsicht.

Im Gegensatz zu den vorigen Jahrhunderten sollte das Gefängniswesen »nicht den Willen des Gefangenen brechen, den Gefangenen seelisch und körperlich zermürben, sondern im Gegenteil den Willen des Gefangenen stärken und in die richtigen Bahnen lenken« (Starke). Die Strafe wurde als pädagogisches Mittel aufgefasst, mit dem ein Häftling zu einem ›guten Staatsbürger‹ erzogen werden sollte.

Einerseits fand das Resozialisierungsprinzip Eingang ins deutsche Strafsystem, gleichzeitig wurde aber auch der Typ des »unverbesserlichen Straftäters« entwickelt. Unter diese Kategorie fielen diejenigen, die sich den Maßnahmen zur Resozialisierung entzogen und damit als nicht gesellschaftsfähig galten. Begründet wurde das mit biologischen Erklärungen.

Dem gegenüber sah das Resozialisierungsprinzip ein Stufensystem für Gefangene mit längeren Haftstrafen (mindestens 1 Jahr) vor. Durch ein System von Vergünstigungen sollten die Häftlinge in ihrem Verhalten gelenkt werden. Auch dieses Vorgehen erfüllte eine repressive Funktion. Die Angst vor dem Verlust von Privilegien stellte hier das disziplinarische Druckmittel dar.

Die Definition des »unverbesserlichen Straftäters« zeugt von der Reduzierung sogenanntem gesellschaftlich abweichendem Verhaltens auf biologische Faktoren.

Doch auch im Gefängnis zeigte sich ein Grundproblem der Weimarer Republik: Große Teile des Personals in Verwaltung und Justiz stehen der Demokratie ablehnend gegenüber. Die meisten Gefängniswärter_innen setzten weiterhin auf strenge militärische Ordnung und Disziplin und verweigerten sich den neuen Idealen.

Zudem kam es im Zuge der Wirtschaftskrise zu einem Abbau des Weimarer Wohlfahrtsstaates. Staatszuschüsse für Gefängnisse wurden gekürzt und damit auch die Grundversorgung durch Kleidung, Verpflegung und medizinische Betreuung.

Ganz abgesehen von den kaum durchsetzbaren Idealvorstellungen einer humanitäreren Haft, bildete das Strafsystem der Weimarer Republik weiterhin eine gute Grundlage für den nationalsozialistischen Staat. Insbesondere der Gedanke des »unverbesserlichen Straftäters« ließ sich einwandfrei in die nationalsozialistische Ideologie integrieren.

Quellen: Jürgen Simon: Kriminalbiologie und Zwangssterilisation. Eugenischer Rassismus 1920-1945, München 2001 | Starke: Die Behandlung der Gefangenen, in: Erwin Bumke: Deutsches Gefängniswesen. Ein Handbuch, Berlin 1928 | Nikolaus Wachsmann: Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat, München 2006



DIE WEIMARER REPUBLIK UND DER MACHTANTRITT DER NSDAP

DIE NOVEMBERREVOLUTION

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg fand das Kaiserreich in der Novemberrevolution sein Ende. In Frankfurt am Main, wie auch in anderen Städten Deutschlands gründeten sich zunächst Arbeiter- und Soldatenräte. Am 9. November 1918 erfolgte dann die jeweilige Ausrufung der Republik durch rivalisierende Sozialdemokraten und Sozialisten in Berlin, wobei sich die Sozialdemokratie letztendlich als durchsetzungsfähiger erwies. Eine provisorische Übergangsregierung – auch »Rat der Volksbeauftragten« genannt – aus SPD und USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) wurde gegründet. Diese entschied sich für die Wahl einer Nationalversammlung. Am 19. Januar 1919 fanden freie Wahlen statt, wobei sich erstmals auch Frauen an der Wahl beteiligen konnten. Eine parlamentarische Demokratie entstand.

KRISE UND STABILISIERUNG IN DER WEIMARER REPUBLIK

Die Lage für die neue Demokratie war alles andere als einfach. Die Unterzeichnung des Versailler Vertrages, der als Friedensvertrag nach dem Ersten Weltkrieg die Reparationsleistungen und Gebietsabtretungen Deutschlands an die Siegermächte regelte, wurde der Regierung stark angelastet. Die nationale Rechte setzte sich zur Aufgabe die Volksgemeinschaft von 1914 wieder herzustellen. Die politische Instabilität der Republik und das soziale Elend seit Ende des Krieges wurden als Ausgangslage für die Propaganda der völkisch-nationalen Parteien und Gruppierungen genutzt.

Auch auf Seiten des Staatsapparates gab es etliche strukturelle Probleme. So stützte man sich in Militär, Justiz und Verwaltung weiterhin auf das alte Personal des Kaiserreiches, das der neuen Staatsform meist ablehnend gegenüber stand.

Es herrschten viele unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie die politische Gestaltung der neuen Republik aussehen sollte. Die Linke hatte sich während der Novemberrevolution gespalten. Für völkische und nationalistische Rechte in Deutschland erschienen die Novemberrevolution und die ihr nachfolgenden Jahre als bolschewistisches und anarchistisches Chaos. Sie behaupteten, dass die Niederlage des Ersten Weltkriegs durch vaterlandslose Teile der Zivilbevölkerung verursacht worden sei, was in weiteren Verschwörungstheorien gipfelte. So hätten Revolutionäre mitunter aus jüdischen Familien dem deutschen Volk einen Dolch in den Rücken gestoßen und den Umsturz herbeigeführt (Dolchstoßlegende). Bolschewismus und das

Judentum galten als die Hauptfeinde völkisch nationaler Kreise. Derartige Erklärungsmuster fanden in der Bevölkerung zunehmend Anklang.

Als die Weimarer Republik die Reparationsleistungen nicht auszahlen konnte, besetzten französische und belgische Truppen am 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet. Ein blutiger Bürgerkrieg drohte und die Bereitschaft zu Putsch und Aufstand innerhalb der Gesellschaft wuchs.

PUTSCHVERSUCH DER NSDAP

Die NSDAP organisierte am 8. November 1923 einen Putschversuch in München. Angelehnt an Mussolinis (ab 1922 Führer des faschistischen Regimes in Italien) »Marsch auf Rom« wollte die NSDAP den



Polizeieinsatz gegen Demonstrant_innen in Frankfurt, Ende 1932 – Anfang 1933

»Marsch nach Berlin« verwirklichen. Der Putschversuch wurde jedoch bereits am folgenden Tag niedergeschlagen und die Putschist_innen, darunter Adolf Hitler, festgenommen und inhaftiert. Die Entlassung Hitlers erfolgte allerdings schon ein halbes Jahr später. Auch das unmittelbar erfolgte Verbot der NSDAP wurde 1925 aufgehoben und die Partei neu gegründet.

Die nationale völkische Bewegung befand sich zu diesem Zeitpunkt auf einem Tiefpunkt. Hitler sicherte sich als Führer die uneingeschränkte Macht innerhalb der NSDAP. Während der Haftzeit hatte er den ersten Teil seiner Schrift »Mein Kampf« verfasst, die 1925 und 1926 in zwei Bänden erschien. In »Mein Kampf« forderte Hitler eine »rassenreine Volksgemeinschaft« und die »Ausschaltung« der Jüdinnen und Juden aus der Gesellschaft. Auch propagierte er die Herrschaft der »arischen Rasse« über die »slawischen Untermenschen« Osteuropas.

ZWISCHENZEITLICHE STABILISIERUNG UND WIEDERKEHREN DER KRISE – AUFSTIEG DER NSDAP

Währenddessen regierten zwischen 1924 und 1928 bürgerliche Kabinette. Mit dem Tod des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert wurde der einstige königlich-preußische Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg 1925 zum Reichspräsidenten gewählt. Zwischen 1923 und 1929 kam es zu einer Aussöhnung mit den Siegermächten und die außenpolitische Lage entspannte sich zunehmend.

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise ab dem Jahre 1929 brach dann die Wirtschaft in Deutschland zusammen. Anfang 1931 gab es fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland. Das soziale System der Weimarer Republik hielt den Folgen der Wirtschaftskrise nicht stand. Armut und Hunger prägten das Alltagsleben breiter Bevölkerungsschichten.

Die NSDAP entwickelte sich in der Krise der parlamentarischen Republik zu einer Massenbewegung. Die

Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise brachten der Partei einen starken Wähler_innenzuwachs.

Der Antisemitismus war ein bedeutendes Bindeglied zwischen den heterogenen Mitgliedern der Partei. In der Wahlpropaganda standen indes der Kampf gegen den Versailler Vertrag und den Bolschewismus im Vordergrund. Zugleich versprach die NSDAP die Überwindung der inneren Zerrissenheit und die Herstellung der Volksgemeinschaft. Diese sollte vor allem durch eine scharfe Grenzziehung, durch Exklusion und Selektion verwirklicht werden. Antisemitismus nahm in dieser Vorstellung einen hohen Stellenwert ein. Die Volksgemeinschaft sollte durch rassistische Ausgrenzung hergestellt und die Politik der NSDAP durch Gewalt durchgesetzt werden.

Linke und Kommunistische Kreise versuchten das Erstarken der NSDAP zu bekämpfen. Doch schon bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 hatte die NSDAP einen großen Wähler_innenzuwachs zu verzeichnen. Sie strebte den Sturz des parlamentarischen Systems offen an und zog ab 1930 als zweitstärkste Fraktion mit 107 Abgeordneten in den Reichstag ein.

Nach dem Zusammenbruch der großen Koalition im März 1930, welche sowohl die Sozialdemokratie, das Zentrum und Kräfte des liberalen Lagers umfasste, trat zur Wirtschaftskrise eine Staatskrise hinzu. Schon vorher hatten rechtsgerichtete Kräfte um Hindenburg damit begonnen, eine Verlagerung der Macht und Handlungskompetenzen weg vom Parlament und hin zur Präsidialgewalt voran zu treiben. Hinzu kam, dass ab 1930 keine parlamentarischen Mehrheiten mehr für die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung bestanden. Es folgten sogenannte Präsidialkabinette unter Brüning, von Papen und Schleicher, wobei diese antiparlamentarisch gesinnt waren.

Bei den zweiten Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 erhielt die NSDAP über 37 Prozent aller Stimmen, was sie zur größten Fraktion im Reichstag machte.

Die Sturmabteilung (SA) lieferte sich blutige Kämpfe mit der SPD und der KPD. Saal- und Straßenschlachten standen auf der Tagesordnung. Der Widerstand gegen die Nationalsozialist_innen wuchs.

Dennoch wurde Adolf Hitler am 30. Januar 1933 auf Betreiben vom Kreis um von Papen und Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Das Ende der Weimarer Republik war besiegelt.



NSDAP-Kundgebung auf dem Römerberg um 1933

DIE FRANKFURTER POLIZEI IM NATIONALSOZIALISMUS

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wurde die deutsche Polizei nach nationalsozialistischer Ideologie verändert. Schon am 22. Februar 1933 wurde die Sturmabteilung (SA) zur Hilfspolizei erklärt und somit stand die Polizei unter direktem Einfluss der SA.

Mit der Notverordnung vom 28. Februar 1933, »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat« (auch Reichstagsbrand-Verordnung genannt) wurden die polizeilichen Befugnisse ausgedehnt. Die Grundrechte wurden außer Kraft gesetzt. Die Polizei konnte von nun an »in unmittelbarer normenfreier Anwendung der Staatsgewalt alle hierfür erforderlichen Maßnahmen (...) treffen«. Hausdurchsuchungen und Festnahmen konnten willkürlich

durchgeführt werden. Massenverhaftungen gegen SPD und KPD fanden statt, Gewerkschaftshäuser und Zeitungsredaktionen wurden besetzt.

Nach dem Machtantritt der NSDAP und dem Erlass des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 hatte man alle Beamten, die nicht der nationalsozialistischen Ideologie zustimmten, ohne Pensionsansprüche aus dem Dienst entlassen. Die Frankfurter Polizei wurde »gleichgeschaltet«.

Am 17. Juni 1936 wurde die Polizei im Reichsinnenministerium neu gegliedert und Heinrich Himmler unterstellt. Heinrich Himmler, Reichsführer Schutzstaffel (SS) und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern

hatte von nun an zwei reichszentrale Hauptämter inne: Die Ordnungspolizei und die Sicherheitspolizei, welche sich aus dem Staatspolizeiamt und dem Preußischen Landeskriminalamt zusammensetzten. Schutzpolizei, Gendarmerie und Gemeindepolizei wurden unter der Leitung von Kurt Daluego unter dem Dach der Ordnungspolizei gesammelt und die Sicherheitspolizei setzte sich aus der Kriminalpolizei und der Geheimen Staatspolizei unter der Führung von Reinhard Heydrich zusammen.

Eine Neuordnung und Zentralisierung der gesamten deutschen Polizei wurde umgesetzt. Die Polizeibehörden wurden unter einer reichsweiten Zentralbehörde zusammengeführt und eine Verselbstständigung gegenüber Gerichten und der

Versorgungsbogen		0088
des ehemaligen		
Polizei-Obermeister (Dienstgrad)	Wilhelm (Vorname)	Voigt (Familienname)
1.	Geboren am	23.9.1905 zu Roggenstorf, Kreis Grevesmühle
2.	Beruf des Vaters	Neber
3.	Schulbildung	Volksschule
4.	Berufsausbildung	Tischler
5.	Im Heeresdienst vom	5.10.95 bis 30.11.01
	letzter Truppenteil	1. Inf. Regt. 14
	letzter Dienstgrad	Unteroffizier
6.	Eintritt in die Schutzmannschaft, kommunale Kriminal- Polizei oder sonstiger Dienststelle der Polizei	am 1.12.1901
7.	Eintritt in die Sicherheits- und Schutzpolizei	1.4.1924
8.	Laufbahn in der Sicherheits- und Schutzpolizei:	1.9.1926 Polizeimeister 1.4.1930 Polizeiobermeister
9.	Verwendung seit dem 30. Januar 1933 bis zur Zwangsbeurlaubung am	29.7.1933
	bis 6.6.33	Polizeiobermeister in II. R.,
	danach bis 29.7.33	Revierzweigstellenleiter - 17. R. - Revierzweigstelle Sindlingen.

10.	Familienverhältnisse: Verheiratet, geschieden oder verwitwet seit	17.7.1903
	Kinder (Zahl und Alter)	keine
	Bemerkenswerte Verwandte:	Nicht bekannt
11.	Vermögensverhältnisse:	Kein Vermögen Schulden sind der Dienststelle nicht bekannt.
12.	Anlaß zum Entlassungsverfahren:	Mitglied der SPD. (Partei, Verband) von 1928 Am Februar 1933 des Reichsbanners von 1926 bis Februar 1933. Vorstandsmitglied im Schützerverband, Mitglied der Deutschen Beamtenbund. Galt in der Beamtenschaft allgemein als marxistisch eingestellt. Hat sich in abfälliger Weise über die Person eines SA-Führers und in kritischer Weise über die Aufstellung der Hilfspolizei geäußert. Im nationalen Sinne unzuverlässig. Über das Verhalten nach seiner Zwangsbeurlaubung bzw. Ent- lassung ist Nachteiliges nicht bekannt geworden.
13.	Entlassung wurde verfügt zum	31.8.1933
	unter folgenden Bedingungen:	frei mit bekannt.
	Aufgestellt durch:	Frankfurt a/M., den 11. Okt. 1933
	Revierpolizei Abschn. West.	(Ort und Tag)
	(Dienststelle)	Pol. Major und Kommandeur
	Polizei - Hauptmann.	des Abschnitt West.

Versorgungsbogen des ehemaligen Polizei-Obermeister Wilhelm Voigt: Im Rahmen der »Gleichschaltung« der Frankfurter Polizei wurden er und alle anderen Polizisten, die im Verdacht standen, nicht die nationalsozialistische Ideologie zu vertreten, entlassen. Der Versorgungsbogen gibt Auskunft über die Begründung der Entlassung. So wurde Wilhelm Voigt seine Mitgliedschaft in der SPD vorgeworfen. Er gelte als »marxistisch eingestellt« und sei »im nationalen Sinne unzuverlässig«. Sein Dienst endete am 31. August 1933 ohne Pensionsansprüche.

Staatsanwaltschaft fand statt. Die Polizei wurde nach und nach der Weisungsgewalt der allgemeinen Staatsverwaltung entzogen, indem eine eigene Personalverwaltung aufgebaut und eine Disziplinar- und Strafrichterbarkeit für die Polizei eingeführt wurde.

Mit dem Erlass des Reichsministeriums des Inneren am 14. Dezember 1937 über »Vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei« konnte die Polizei im Sinne der NS-Ideologie alle als »gemeinschaftsfremd« klassifizierten Menschen nicht nur überwachen sondern sie auch sofort in Haft nehmen oder sie in ein Konzentrationslager deportieren.

1939 wurde die Sicherheitspolizei mit dem Sicherheitsdienst (SD) in dem Reichssicherheitshauptamt vereinigt. Durch diesen Zusammenschluss war zwischen der Tätigkeit von Kriminalpolizei und Geheimer Staatspolizei (Gestapo) kaum mehr zu unterscheiden. Beide Polizeiabteilungen ermittelten selbst-

ständig, folgten einzig den Weisungen der Polizeiführung und legten der Staatsanwaltschaft nur die Fälle vor, die von der Polizeiführung zur Verfügung freigegeben wurden.

Die angebliche Kriminalprävention wurde im Sinne des Nationalsozialismus radikalisiert. Angeblich »kriminelle und sozialschädliche Erbanlagen« standen im Vordergrund der Verfolgung. Zur »Verhinderung der Weitergabe eines schlechten Erbstroms an den gesunden Volkskörper« und die »Ausmerzungen von Volksschädlingen« sind ab 1933 Gründe für Haft, Zwangsarbeit und Mord.

Mit der Gründung einer weisungsbefugten deutschen Polizei wurde ein umfassendes Netz zur Verfolgung errichtet. Zur Unterbringung von Gefangenen standen der Polizei und der Gestapo unter anderem das Polizeigefängnis in der Klapperfeldstraße, das Untersuchungsgefängnis in der Hammelgasse und verschiedene Notgefängnisse zur Verfügung.

GLEICHSCHALTUNG

Mit dem Begriff der Gleichschaltung wird der Prozess der Vereinheitlichung des gesamten politischen, gesellschaftlichen und privaten Lebens in Nazi-Deutschland bezeichnet. Dieser Prozess begann nach dem Machtantritt durch die Nationalsozialist_innen 1933 und war 1934 größtenteils abgeschlossen. Ziel war es, jede Art von Pluralismus in Staat und Gesellschaft aufzuheben und durch einheitliche, der nationalsozialistischen Ideologie treue Organisationen zu ersetzen.

Die entscheidende Voraussetzung für die Maßnahmen war das Ermächtigungsgesetz vom März 1933, das Hitler im gesetzlichen und vertraglichen Bereich Vollmachten verschaffte.

Ausgangspunkt für den Gleichschaltungsprozess auf der Landesverwaltungsebene waren die zwei Gleichschaltungsgesetze vom März 1933 und vom April 1933, mit denen die Länder ihrer relativen Souveränität enthoben wurden. Die Landesparlamente wurden aufgelöst.

An die Stelle der Landesregierungen traten die NS-Reichsstatthalter. Sie kontrollierten die weitere Umsetzung der »Gesetze über den Neuaufbau des Reiches«.

Der Abschluss der »Gleichschaltung der Länder« wird allgemein auf den Februar 1934 mit der Auflösung des Reichsrates und der Übernahme der Landesjustizverwaltungen datiert. Legalisiert wurde dieser Prozess dann im Nachhinein über die Reichstagsbrandverordnung. Die Reichsregierung übernahm die legislativen, exekutiven und judikativen Kompetenzen, die zuvor bei den einzelnen Ländern des Deutschen Reiches gelegen hatten.

Im März 1933 begann ebenfalls die schrittweise »Gleichschaltung von Partei und Staat«. Zuerst wurde die KPD verboten, im Juni 1933 folgte das Verbot der SPD. Die Mitglieder beider Parteien wurden Opfer von Massenverhaftungen. Nachdem sich die bürgerlichen Parteien selbst aufgelöst hatten und im

St. von Westrem Der neue Frankfurter Polizeipräsident

Wie von einem Alpdruck befreit, atmete die deutsche Bevölkerung Frankfurts auf, als sie von der „Beurlaubung“ des Genossen Steinberg erfuhr. Es war gewiß, daß die Zeit der kleinlichen Schikanen und der offenen Unterdrückung, der Verbote und wirtschaftlichen Schädigungen aller Bürger, die sich zu Deutschland bekantten, nunmehr ihr Ende erreicht hatte. Doppelt war aber die Freude, mit der das ganze deutsche Frankfurt die Nachricht von der Ernennung des Generals v. Westrem zum Polizeipräsidenten von Frankfurt vernahm.

General v. Westrem ist für das nationale, insbesondere das nationalsozialistische Frankfurt keine unbekante Persönlichkeit. Noch vor wenigen Tagen sprach er in einer öffentlichen Versammlung in einer der NS-Ortsgruppen. Als Gauredner ist er im ganzen Bereich des Gaues Hesse-Nassau-Euß bekannt und beliebt.

Jeder, der den früheren aktiven Offizier kennt, muß ihn schätzen. Als Menschen in seiner Lebenswürdigkeit und Hilfsbereitschaft, als Deutschen in seiner jederzeit bereiten Opferwilligkeit. Und wer mit ihm als Mitarbeiter oder als Lehrer zu tun hatte, der hatte Gelegenheit, in ihm einen erfahrenen und seine Materie gründlich beherrschenden Soldaten zu finden.

Generalmajor v. Westrem, der neue Polizeipräsident, ist der Typ jener Offiziere, die auch der Mannschaft gegenüber die Kameradschaft zu pflegen wußten. Als er nach seinem Ausschicken aus dem Heeresdienst in die SA eintrat, war es für ihn eine Selbstverständlichkeit, daß er zunächst als einfacher SA-Mann seinen Dienst tat. Hier fühlte er sich genau so, wie der jüngste seiner Kameraden, als Soldat in der großen Armee, die der Führer zur Erneuerung Deutschlands aufstellte.

Die ganze Vorbildung und die menschlichen und charakterlichen Eigenschaften des neuen Polizeipräsidenten befähigen ihn zu dem neuen, ihm übertragenen Amte. Die straffe soldatische Zucht, die ein Leben hindurch ihn umgab, deren Träger er selbst ist, und die persönliche Verbindlichkeit und Hilfsbereitschaft, die das Wesen des Polizeibeamten ausmachen müssen, werden ihn zu jeder Zeit seinen Beamten ein gutes Vorbild sein lassen. Seine politische Einstellung gibt uns die Gewähr, daß nunmehr in das Haus am „Platz der Republik“ ein deutscher Geist einziehen wird, und daß man es dort nicht mehr als seine Hauptaufgabe betrachten wird, deutsche, vaterlandsliebende Männer und Jüngens auszuschnüffeln, sondern alles nationale Streben zu stützen und zu fördern. Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, daß in der Person des neuen Polizeipräsidenten die Gewißheit gegeben ist, daß die Frankfurter Polizei von nun an in allen Dingen streng sachlich, und in gutem Sinne objektiv handeln und selbst geleitet wird.

Reinhard von Westrem zum Gutacker wurde am 29. April 1879 in Haus Hülgrath (Bezirk Düsseldorf) geboren. Er stammt aus einer alten Soldatenfamilie und trat, der Familientradition folgend, im Dezember 1895 in den Heeresdienst. Er gehörte zunächst dem Infanterieregiment 12 an und wurde nach seinen Beförderungen Regiments-, Brigade-, Divisions- und Korpsadjutant. Am Weltkrieg nahm Generalmajor von Westrem teil vom 1. August 1914 bis zum 4. Januar 1919. Am 20. Juli 1918 wurde er Major.

Zeitungsartikel aus dem Frankfurter Volksblatt vom 12. Februar 1933:

Am 13. Februar hatte Hermann Göring in seiner Eigenschaft als preußischer Innenminister auch den langjährigen Frankfurter Polizeipräsidenten Ludwig Steinberg entfernen lassen. Neuer Polizeipräsident wurde Generalmajor a. D. von Westrem zum Gutacker, der in Wiesbaden als Pensionär lebte, 1931 in die NSDAP eingetreten war und es bis zum SA-Standartenführer gebracht hatte. Das Frankfurter Volksblatt bezeichnete die »Beurlaubung« Steinbergs als »Befreiung von einem Alptraum«. Die Einsetzung von von Westrem sei eine »Freude für das nationalsozialistische Frankfurt«.

Juli die Neubildung von Parteien verboten worden war, wurde Deutschland mit der gesetzlichen Erhebung der NSDAP zur Staatspartei im Dezember 1933 auch formal zum Einparteienstaat.

Die NSDAP wurde zur Körperschaft öffentlichen Rechts erklärt. Auf diesem Weg wurden die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers zu einem Amt verschmolzen. Dies vollendete die Wandlung des Deutschen Reiches zum »Führerstaat«.

Zur Gleichschaltung gehörte auch die gesellschaftliche Ebene. Alle Gewerkschaften, Vereine und Organisationen wurden aufgelöst und an deren Stelle traten einheitlich organisierte NS-Institutionen wie zum Beispiel die Deutsche Arbeitsfront und die Hitlerjugend. 1936 folgte die gesetzlich geregelte Pflichtmitgliedschaft in den nationalsozialistischen Jugendorganisationen.

Auf die Gleichschaltung reagierten die betroffenen Vereine und Organisa-

tionen oftmals mit einer nachgiebigen Position. Einer Auflösung durch die Überführung in eine NS-Organisation konnte kein Verein und keine andere Organisation entgehen. Die, die sich nicht anpassten oder beugten, gingen in den Untergrund oder in den Widerstand.

Der Begriff der Gleichschaltung, so treffend er auch scheinen mag, entstammt der nationalsozialistischen Terminologie. Bei der Verwendung des Begriffes sollte dies immer mitbedacht werden.

DIE FRANKFURTER GEHEIME STAATSPOLIZEI

Die Geheime Staatspolizei, kurz Gestapo, gilt als eines der wichtigsten Herrschaftsinstrumente des Nationalsozialismus. Entstanden ist sie im Jahre 1933 im Zuge des Machtantritts der Nationalsozialist_innen. Sie ging aus der Umstrukturierung der politischen Polizei der Weimarer Republik durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) hervor. Wesentliche Aufgaben der Gestapo waren die Überwachung der Gesellschaft und die Verfolgung der Gegner_innen des NS-Regimes. Damit wurden aus politischen Gründen u.a. Kommunist_innen und Sozialdemokrat_innen und aus rassistischen Gründen insbesondere Jüdinnen und Juden von ihr verfolgt. Auch arbeitete die Gestapo eng mit der Reichskriminalpolizei zusammen und verfolgte Sinti und Roma, Homosexuelle und sogenannte »Asoziale«.

Die Frankfurter Gestapo überwachte, verfolgte und registrierte somit die tatsächlichen und vermuteten Gegner_innen des NS-Regimes und diejenigen, die als nicht der »Volksgemeinschaft« zugehörig eingestuft waren. Die Überwachung der Zwangsarbeiter_innen zählte besonders während des Zweiten Weltkrieges zu den Aufgaben der Gestapo. Misshandlungen, Erschießungen und Erhängungen waren an der Tagesordnung. Die Einweisung in Konzentrationslager konnte ebenso durch die Gestapobeamten selbst angeordnet werden.

Die Zentrale der Gestapo war das Geheime Staatspolizeiamt (Gestapa) bzw. ab 1939 das »Reichssicherheitshauptamt« in Berlin, dem die Staatspolizeistellen untergeordnet waren. Die Struktur der Gestapo bestand im Jahre 1933 zunächst aus drei Dezernaten: 1) Abwehr, 2) Außendienst und 3) Sonderaufträge, Sofortsachen, Registratur und Kanzlei. Ab 1937 bestand die Gestapo dann aus drei Abteilungen mit insgesamt 15 Referaten und 35 Sachgebieten. Die Aufgabenverteilung wurde ausdifferenziert. Zu den Abteilungen und Unterabteilungen gehörten u.a.: die Zentralbehörde, Schriftverkehr und Verwaltung, Personalangelegenheiten und Abteilungen, welche u.a. mit der Überwachung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden, politischen Gegner_innen, religiösen Institutionen, Sport-, Jugend- und Gesellschaftsvereinen, Homosexuellen, Emigrant_innen im Ausland, Sinti und Roma und der Überwachung der Wirtschaft beauftragt waren. Auch wurde unpolitische Kriminalität verfolgt sowie die öffentliche Meinung, Presse, Kunst, Kultur, Wissenschaft und Erziehung von der Gestapo durch einzelne Abteilungen überwacht.

Zum Wirkungsbereich der Frankfurter Gestapo gehörten der Bezirk Fulda/Werra und Wiesbaden. Um die Überwachung der Gesellschaft innerhalb dieses Gebietes in die Tat umsetzen zu können, arbeitete die Gestapo mit Spitzeln und V-Leuten zusammen. Damit die Spitz-

zel und V-Leute Kontakt zur Gestapo aufnehmen konnten, befand sich im Hauptpostamt auf der Zeil ein geheimes Postfach. Dort konnte jede_r geheime Mitarbeiter_in monatlich seinen/ihren Bericht hinterlegen. Die große Zahl der in diesen Berichten erfolgten Denunziationen ermöglichte es der Gestapo, unzählige Menschen in Konzentrationslagern und »Arbeitserziehungslagern« zu inhaftieren oder sie gleich hinzurichten.

Dienststellen, Haftstätten und Lager der Frankfurter Gestapo

Um die Überwachung organisieren zu können, befanden sich im Jahre 1936 die Diensträume der Frankfurter Gestapo im allgemeinen Polizeigebäude. Im Zuge des organisatorischen und personellen Ausbaus bezog die Gestapo am 20. Juli 1936 eigene Diensträume im Gebäude Bürgerstraße 22 (heute: Wilhelm-Leuschner-Straße). Mit diesem Umzug und der Trennung der Diensträume der Gestapo und des allgemeinen Polizeiapparates wurde die Abspaltung der Gestapo von der Polizeibehörde in die Praxis umgesetzt.

Parallel zu dieser Entwicklung verlief der personelle und organisatorische Ausbau der Frankfurter Gestapo. Mitglieder, die nicht in vollen Zügen mit der NSDAP konform waren, wurden entlassen und anstelle ihrer wurden

Schutzstaffel (SS)- und Sturmabteilungen (SA)-Leute eingestellt. Ab dem 1. April 1941 befand sich die Frankfurter Gestapo-Zentrale in der Lindenstraße 27. Dort wurden rund 140 Bedienstete beschäftigt. Im dortigen Keller waren 3 Haftzellen. Allerdings wurden die Häftlinge der Gestapo in der Regel nicht längere Zeit in diesem Gebäude festgehalten. Meist wurden die Häftlinge zu Verhören in die Lindenstraße gebracht. Inhaftiert wurden sie dann zunächst im hiesigen Polizeigefängnis in der Klapperfeldstraße, in der Untersuchungshaftanstalt in der Hammels-gasse und in dem Strafgefängnis in Preungesheim. Da die Anzahl der zur Haft Verurteilten stetig stieg, wurden weitere Haftstätten geschaffen. In Bockenheim (Rödelheimer Straße 10/12) wurde ab März 1942 ein sogenanntes Notgefängnis für mehr als 160 Gefangene eröffnet. Ein weiteres solches Gefängnis, in dem mehr als 300 Gefangene inhaftiert werden konnten, gab es seit November 1942 in der Gutleutstraße 13.

In Bezug auf die Überwachung, Inhaftierung und Folterung bis hin zur Ermor-

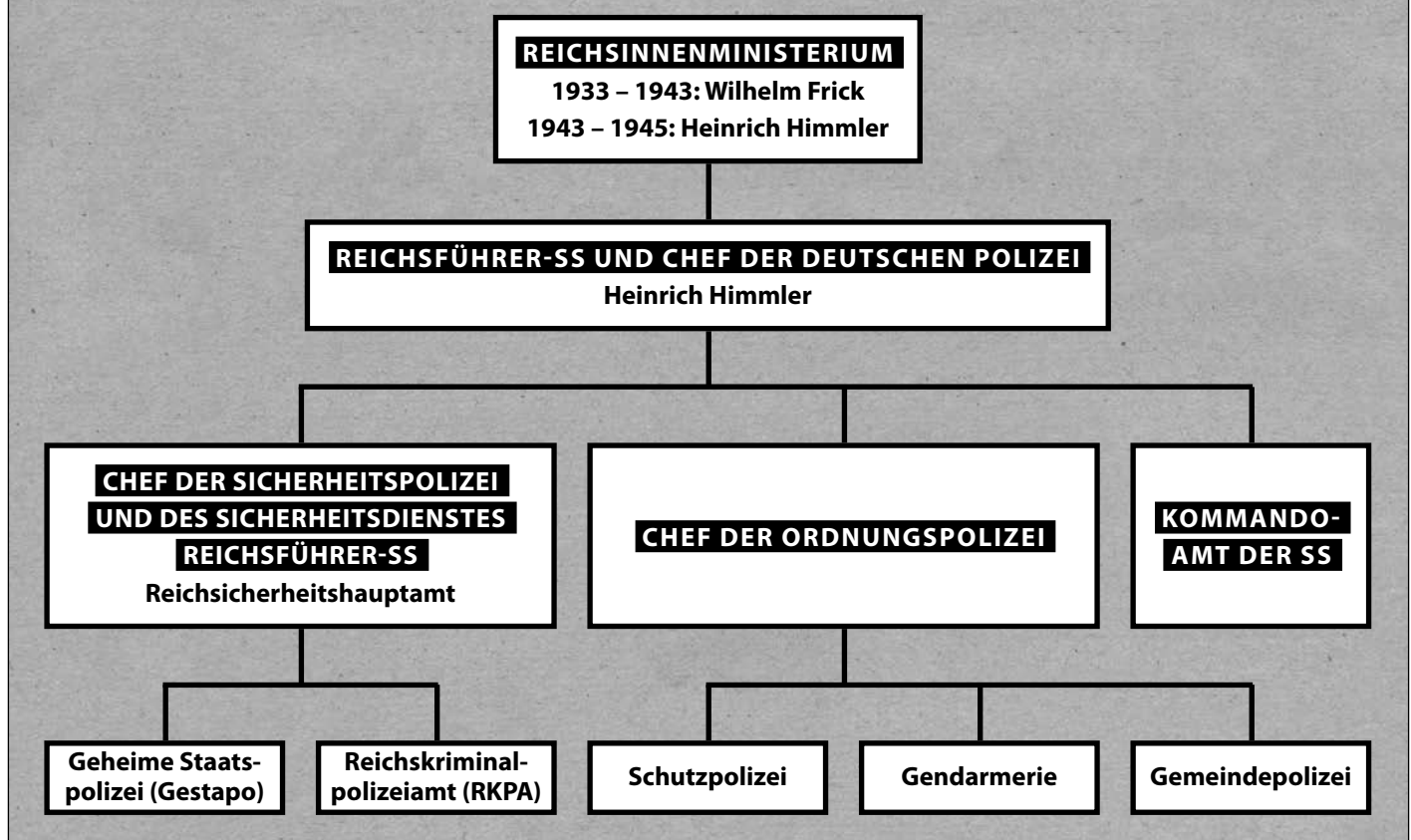
dung war die Frankfurter Gestapo für ihre besonders ausgeprägte Brutalität bekannt. Insbesondere bei der Deportation von rund 10.000 Frankfurter Jüdinnen und Juden, aber auch bei der Verfolgung von Antifaschist_innen ging die Gestapo weit über die Weisungen der Gestapo-Zentrale in Berlin hinaus. Personen, die Kontakt zu Kriegsgefangenen und verschleppten osteuropäischen Zwangsarbeiterinnen hatten, wurden in sogenannte »Arbeitserziehungslager« eingewiesen. Dass Häftlinge dort ausgepeitscht und ermordet wurden, blieb keine Seltenheit. Als weiteres Beispiel für die Brutalität der Frankfurter Gestapo sei der Bau eines zerlegbaren und transportablen Galgens genannt, mit welchem sie, um effizienter töten zu können, ganz Hessen durchfuhr und Menschen auf brutalste Weise erhängte.

Im Jahre 1940 übernahm die Frankfurter Gestapo weitere Aufgaben innerhalb des NS-Herrschaftsapparates. Dazu zählte unter anderem die Eröffnung und Organisation des »Arbeitserziehungslagers« für männliche Häftlinge in Hed-

dernheim, welches am 1. April 1942 eröffnet wurde. Hier wurden vorwiegend sogenannte ausländische »Zivilarbeiter« gefangen gehalten, denen »Arbeitsbummelei« und »Arbeitsverweigerung« vorgeworfen wurde. Ab 1943 wurde es auch als erweitertes Polizeigefängnis genutzt sowie als Durchgangslager für u.a. jüdische Häftlinge, die von dort deportiert wurden. Das Lager wurde damals auch als KZ Rhein-Main bezeichnet, da es als Hinrichtungsstätte der Gestapo bekannt war. Frauen wurden anfangs im »Arbeitserziehungslager« Watenstedt bei Salzgitter inhaftiert. Am 1. August 1944 jedoch errichtete die Frankfurter Gestapo ein eigenes Lager in der Nähe von Hirzenhain im Vogelsberg, welches sogleich die Bezeichnung »Erweitertes Polizeigefängnis für Frauen« erhielt.

Die Frankfurter Gestapo war ebenso an weiteren Stellen außerhalb des Stadtgebietes tätig, so zum Beispiel bei der Bewachung von Kriegsgefangenen in der Nähe von Rudesheim, bei der Durchführung von Verhören

AUFBAU UND STRUKTUR VON GESTAPO, SS UND POLIZEI



in einem Kriegsgefangenenlager in Oberursel, bei der Deportation sowjetischer Kriegsgefangener von Limburg in das KZ Buchenwald und bei der Sicherung des Führerhauptquartiers in der Nähe von Usingen. Im Jahre 1941 wurde die Frankfurter Gestapo durch zwei Referate erweitert: Die Druckschriftprüfstelle in der Herderschule an der Wittelsbacherallee und eine Quasi-Dependance bei der »Reichsvereinigung der Juden« Bezirksstelle Hessen/Hessen Nassau im Hermesweg 5-7. Weitere Diensträume befanden sich in der Straße Oberlindau 5 in Frankfurt am Main. Außendienststel-

len gab es in Wiesbaden, Wetzlar und Limburg. Um die Zusammenarbeit mit der Wiesbadener Abwehrstelle der Wehrmacht zu intensivieren, wurde ab Januar 1937 die Spionageabwehr der dortigen Außendienststelle der Gestapo ausgebaut. Die Auslandsbriefprüfstelle der Wehrmacht am Zoo wurde auch der Frankfurter Gestapo bestellt sowie die Zweigstelle Frankfurt des Forschungsamtes der Luftwaffe, welches im Wesentlichen für das Abhören der Telefonate verdächtiger Personen zuständig war.

Mit der Ernennung des Leiters der Frankfurter Gestapo, Reinhard Breder,

zum Kommandeur der Sicherheitspolizei Hessen im März 1945 zog sich die Gestapo aus Frankfurt zurück. Als Ausweichquartier wurde zunächst das Arbeitserziehungslager in Hirzenhain genutzt. Da es zu diesem Zeitpunkt jedoch noch als solches betrieben wurde, befahl der SS-Oberführer Trummler, dem Chef der Frankfurter Gestapo am 22. März 1945 das Lager zu räumen. Einige Tage später wurden die Insassen des Arbeitserziehungslagers am Waldrand nahe Glashütten durch die Gestapo ermordet. Das Kommando zog über Alsfeld weiter nach Seeburg bei Göttingen, wo es sich am 3. April 1945 vermutlich auflöste.

VERHÖRMETHODEN DER GESTAPO

In den Jahren 1933 bis etwa 1945 wurden Vernehmungen von Inhaftierten durch die Geheime Staatspolizei (Gestapo) im Polizeigefängnis in der Klapperfeldstraße durchgeführt. Diese Vernehmungen wurden unter anderem durch Bauer, Huber, Ludwig, Datz und Rühlemann geführt. Nach 1934 notierte eine weibliche Schreibkraft die Vernehmungsprotokolle mit.

ADOLF DIAMANT BERICHTET:

»Im Sommer des Jahres 1933 vergaß ein junger Mann in der Frankfurter Straßenbahn eine Mappe mit antifaschistischen Flugblättern sowie eine Druckmatrize zur Herstellung dieser Schriften, die in Eschersheim gedruckt wurden. Die Mappe gelangte in die Hände der Gestapo, die nicht lange nach den Personen fahnden mußte, die die Flugblätter vertrieben. Die Anschrift lag in der gefundenen Mappe. Es war ein Haus in Eschersheim. Die Gestapo machte sofort eine Hausdurchsuchung und nahm alle sich im Hause befindlichen Menschen fest. Nur eine Frau, die sich mit ihrem 10jährigen Sohn an der Ostsee befand, konnte nicht verhaftet werden.

So fuhren die Gestapobeamten Rühlemann und ein weiterer Beamter an die Ostsee, und nahmen die Frau und das

Kind fest und brachten sie nach Frankfurt. Das Kind kam zu einer Schwester der Frau, während diese in das Gefängnis Klapperfeld zur Verfügung der Gestapo eingeliefert wurde. Von dort wurde sie mehrere Male zu Verhören zur Gestapo geschafft. Man warf ihr »Vorbereitung zum Hochverrat« vor, um ein Geständnis zu erpressen, ließ man sogar einmal ihr Kind bei einem Verhör vorführen. Mittlerweile wurde auch der Hersteller und Verteiler der Flugblätter von der Gestapo gefaßt, und Ende des Monats Oktober 1933 wurde die Frau nach rund dreimonatiger Haft aus dem Gefängnis entlassen.«

DER NAZI-GEGER JOHANN SCHWERT AUS FRANKFURT BERICHTET VON SEINEM VEHÖR FOLGENDES:

»...klingelte es bei mir an der Tür und als ich öffnete, sah ich in die Mündung von zwei Pistolen, die mir entgegengehalten wurden. Ich wurde gefesselt, in das Klapperfeld-Polizeigefängnis gebracht und sofort verhört.

Der Gestapomann Bauer saß am Schreibtisch und zwei Gestapomänner standen hinter mir. Bei nicht sofortiger Beantwortung der mir gestellten Fragen, schlugen die beiden Gestapomänner gleich auf mich ein. Am Nebentisch saß

eine Sekretärin, die die Schreibmaschine bediente.

Es kam mehrere Male vor, dass, nachdem eine Vernehmung beendet war, und ich in die Zelle befördert wurde, ein anderer Gestapomann kam und dann wieder ein neues Verhör, mit Schlägen und Fußtritten begleitet, begann, sodass ich blutete. Diese Vernehmungen zogen sich etwa ein halbes Jahr lang hin.«

Die Verhörmethoden der Gestapo waren äußerst brutal und es kam immer wieder zu schweren Misshandlungen.

Im Polizeigefängnis Klapperfeld wurden tags und nachts Verhöre durch die Gestapo durchgeführt. Diese Verhöre konnten in drei Stufen aufgeteilt werden:

- 1) Beschimpfungen, Drohungen, Ohrfeigen, Fußtritte, schmerzhaftes Fesseln, Erpressungen durch das Nennen von Mitschuldigen
- 2) Mißhandlungen durch Gummischläuche, Würgen, das Aufhängen mit dem Kopf nach unten gefesselt, das Ausreißen von Haarbüscheln
- 3) Folterwerkzeuge und die Erpressung durch das Vorführen von Familienangehörigen.

NATIONALSOZIALISTISCHE VERFOLGUNG

MÖGLICHE GRÜNDE FÜR DIE INHAFTIERUNG IM KLAPPERFELD

Von den Nationalsozialist_innen wurden unzählige Menschen aus unterschiedlichen Gründen verfolgt. Wer aus welchen Gründen wann im Klapperfeld »saß«, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, allerdings ist es in vielen Fällen sicher und in anderen sehr wahrscheinlich, dass hier im Nationalsozialismus Menschen unter anderem aus folgenden Gründen inhaftiert waren:

POLITISCHE VERFOLGUNG

Sofort nach dem Machtantritt Hitlers im Januar 1933 machten sich die Nazis daran, ihre politischen Gegner auszuschalten (SPD, KPD, Gewerkschaften...). So wurde für politische Gefangene schon am 22. März 1933 das erste Konzentrationslager in Dachau errichtet. Allgemein nahm die Verfolgung aller Gegner_innen und Kritiker_innen der NS-Politik kontinuierlich zu.

ANTISEMITISMUS UND RASSISMUS

Auch die antisemitische und rassistische Verfolgung setzte sofort ein. Bereits im April 1933 organisierte das Regime mit der SA einen ersten »Judenboykott«, bei dem zahlreiche Geschäfte von jüdischen Inhaber_innen zerstört wurden. Nicht jüdische Deutsche wurden dazu aufgefordert, nicht mehr bei Jüdinnen und Juden zu kaufen. Es folgten unzählige Gesetze und Verordnungen, die das Leben der Jüdinnen und Juden immer weiter erschwerten und in der systematischen Deportation und Vernichtung gipfelten.

Von der rassistischen Verfolgung waren auch die Sinti und Roma betroffen, die als »Zigeuner« diskriminiert, verfolgt und ermordet wurden. Gleichermaßen entsprach es der zur Staatsideologie gewordenen Rassenideologie der Nazis die slawische Bevölkerung Osteuropas als minderwertig zu betrachten, was insbesondere für die ideologische

Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs von Bedeutung war. Viele Osteuropäer_innen wurden während des Kriegs zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt.

REINHALTUNG DER »VOLKSGEMEINSCHAFT«

Die Deutschen gehörten aus Sicht der Nazis zur germanischen »Herrenrasse«. Die nach diesem Ideal zu schaffende »Volksgemeinschaft« schloss all diejenigen aus, die ihren Normen nicht entsprachen. So wurden hunderttausende als behindert oder psychisch krank deklarierte Menschen systematisch ermordet oder zwangssterilisiert.

Auch wurden immer mehr Menschen als sogenannte »Asoziale« (Rechtssprache im NS) in Konzentrationslagern zur Zwangsarbeit gezwungen. Des Weiteren wurden auch Homosexuelle, in Konzentrationslager verschleppt, weil sie nicht in das Bild der deutschen »Herrenrasse« passten.

VERFOLGUNG VON JÜDINNEN UND JUDEN

Die Diskriminierung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden fand mit den Novemberpogromen 1938 auch in Frankfurt einen vorläufigen Höhepunkt. Synagogen wurden in Brand gesteckt, jüdische Geschäfte und Wohnungen geplündert und demoliert, deren Inhaber_innen und Bewohner_innen in vielen Fällen misshandelt. Frankfurter Bürger_innen sahen meist tatenlos zu oder beteiligten sich sogar.

In Folge der Pogrome wurden mehrere Tausend Jüdinnen und Juden aus Frankfurt in Konzentrationslager – zu meist nach Buchenwald oder Dachau – deportiert. Einige von ihnen waren bis zu ihrer Deportation im Klapperfeld inhaf-

tiert. Bekannt ist, dass in dieser Zeit zahlreiche jüdische Männer im Klapperfeld inhaftiert waren. Dort wurden ihnen die Haare und Bärte abgeschnitten, was insbesondere für besonders religiöse Juden eine besondere Demütigung darstellte.

Auch in den Folgejahren wurden weiterhin Jüdinnen und Juden im Klapperfeld inhaftiert. Für viele war hier die letzte Station vor der Deportation in die Konzentrations- und Vernichtungslager.

DIE »JUDENABTEILUNG«

Im obersten Stockwerk des Polizeigefängnisses befand sich die eigens eingerichtete sogenannte »Judenabteilung«,

die sich durch besonders miserable Haftbedingungen auszeichnete und unmittelbar der Gestapo unterstand.

Die Inhaftierten wurden in einem großen Raum in Käfige gesperrt. Es war gerade mal so viel Platz, dass der Länge nach eine und der Breite nach zwei Pritschen hineingepasst hätten. Sie waren durch Gittertüren verschlossen, so dass die jeweils gegenüberliegenden Verschläge gegenseitig einsehbar waren. Die Eingesperrten blieben hier oft mehrere Monate ohne Beschäftigung und ohne die Möglichkeit sich zu bewegen. Kurze Hofgänge bildeten die Ausnahme. Dabei hatten sie kaum Licht, denn die Fenster waren mit blauer Farbe ver-

dunkelt. Herrschte Überfüllung, wurden zwei Personen in einen Käfig gesperrt.

MISCHEHEN

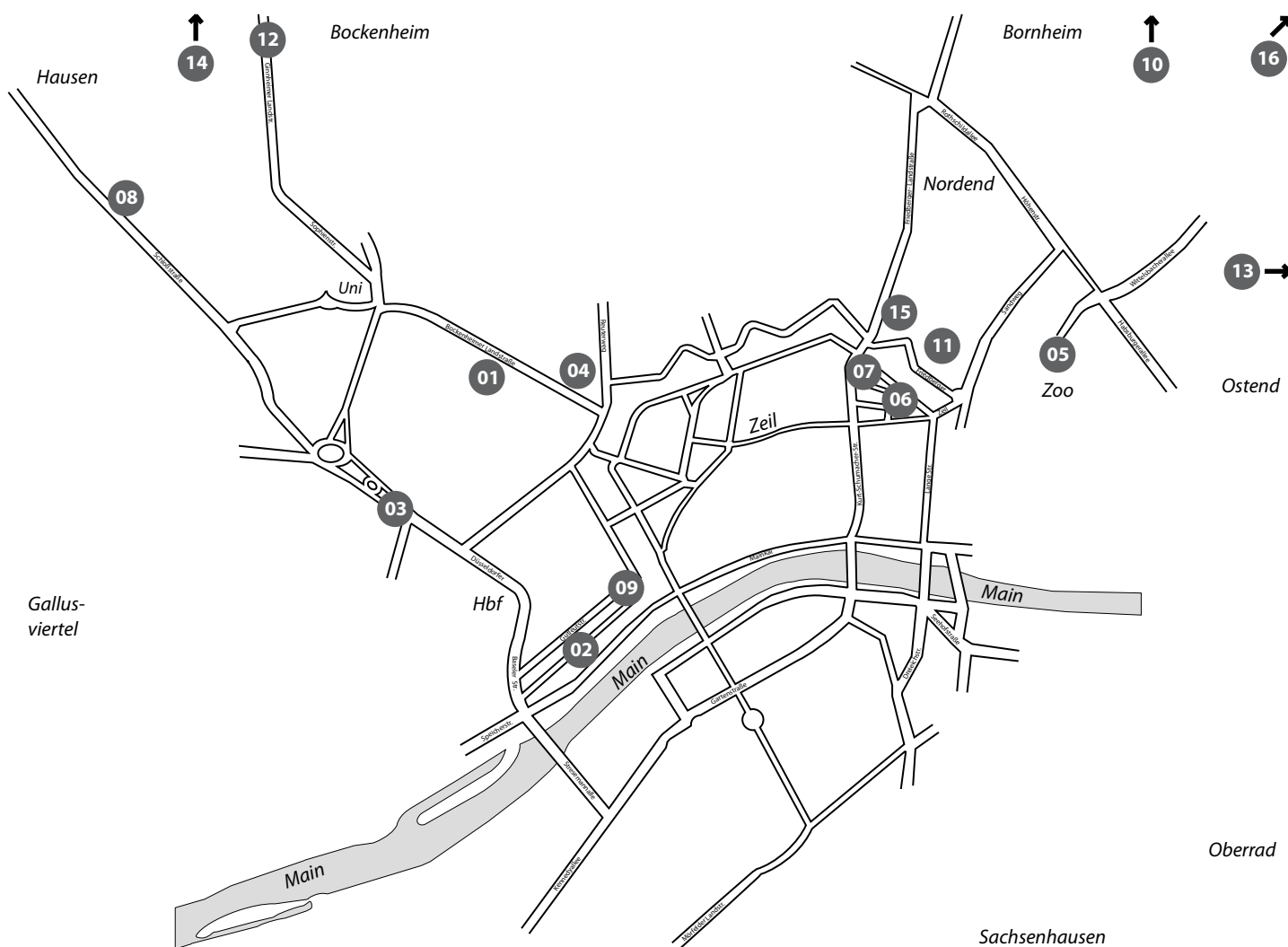
In der »Judenabteilung« waren vor allem Frauen aus sogenannten »Mischehen«. Jüdinnen und Juden, die in »Mischehen« lebten, wurden von den Nazis zu-

nächst verschont, nicht zuletzt weil sie mit Widerstand der Familien zu rechnen hatten.

Ab dem Frühjahr 1943 wurde auch von der Frankfurter Gestapo mit deren systematischer Verfolgung begonnen. Heinrich Baab, der in den Jahren 1942/43 Leiter des sogenannten Judenreferats der Frankfurter Gestapo war, brüstete

sich damit, mindestens 387 Frauen aus »Mischehen« liquidiert zu haben. Von diesen mussten viele monatelang in den Drahtkäfigen ausharren und wurden dann vom Frankfurter Hauptbahnhof in Sonderabteilen gewöhnlicher Züge meist nach Auschwitz deportiert. Die Angehörigen erhielten vielfach schon 14 Tage später die Nachricht von ihrem Tod.

ORTE DER UNTERDRÜCKUNG



01. Gestapozentrale (1941-1945), Lindenstraße 27
02. Gestapozentrale (bis 1941), Wilhelm-Leuschner-Straße 22 (damals: Bürgerstraße)
03. Gestapozentrale (bis 1936), ehemaliges Polizeipräsidium, Friedrich- Ebert- Anlage 11
04. Gestapo Diensträume, Oberlindau 5
05. Druckschriftprüfstelle, Wittelsbacherallee 6-12 (heute: Herderschule)
06. Polizeigefängnis Klapperfeld, Klapperfeldstraße 5
07. Untersuchungshaftanstalt, Hammelgasse 6-10
08. »Notgefängnis«, Rödelheimer Straße 10-12

09. »Notgefängnis«, Gutleutstraße 13
10. Strafgefängnis Preungesheim, Oberen Kreuzäckerstraße 4-8
11. »Sammel- und Durchgangslager«, Hermesweg 5-7
12. Konzentrationslager »Perlenfabrik«, Ginnheimer Landstraße 40-42
13. Zwangslager für Sinti und Roma, Dieselstraße 40
14. sogenanntes »Arbeitserziehungslager« Heddernheim, Oberschelder Weg, Heddernheim
15. SS-Kaserne, Mauerweg 1 (heute: Klingerschule)
16. Außenstelle des »Arbeitserziehungslagers« Heddernheim, Lager in Hirzenhain

JENNY UND RUTH ILLER: VERFOLGUNG UND FLUCHT IM NATIONALSOZIALISMUS

Jenny Iller wurde zusammen mit ihrer Tochter Ruth am 11. März 1943 in die Gestapo-Dienststelle in der Frankfurter Lindenstrasse einbestellt und dort verhaftet. Die Verhaftung erfolgte im Rahmen der 1942/1943 von der Frankfurter Gestapo durchgeführten »Aktion zur kalten Erledigung der Mischehen«. Ziel der Nazis war es, die jüdischen Ehepartner_innen sogenannter »Mischehen« zwischen Christen/Christinnen und Juden/Jüdinnen zur Deportation in die Konzentrations- und Vernichtungslager zu erfassen. Neben »einfachen Mischehen« zwischen jüdischen Männern und christlichen Frauen definierten die Nationalsozialist_innen eheliche Verbindungen zwischen »deutschblütigen« christlichen Männern und jüdischen Frauen, die vor den 1935 erlassenen »Nürnberger Rassegesetzen« geschlossen wurden, als »privilegierte Mischehen«.

Das »Privileg« dieser Ehen bestand nach den Richtlinien des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin in einem relativen Schutz vor Deportation und Ermordung. Die Frankfurter Gestapo ersann trotzdem Mittel und Wege dem so definierten Personenkreis habhaft werden zu können. So auch im Falle der Jüdin Jenny Iller. Neben den jüdischen Ehepartnerinnen sogenannter »privilegierter Mischehen« wurden gerade in Frankfurt oftmals auch die Kinder, die aus diesen Ehen hervorgegangen sind, als »Mischlinge« verfolgt und ermordet.

So kamen Jenny Iller, damals 48 Jahre alt, zusammen mit ihrer von den Nazis als »Mischling« eingestuft 19jährigen Tochter Ruth nach ihrer Verhaftung durch die Gestapo über eine Art Notgefängnis in der Gutleutstrasse wenig später in das Klapperfeld. Die Haftbedingungen waren grausam. Der Ehemann von Jenny Iller und Vater von Ruth kämpfte von Anfang an um



Fahndungsfoto der Frankfurter Gestapo von Jenny Iller: Bei einem Gestapo-Verhör nutzte Ruth Iller eine Chance, das Fahndungsfoto ihrer Mutter Jenny aus der Gestapo-Akte zu stehlen. Somit wusste niemand mehr, wie die Gesuchte ausgesehen hat. Mutter und Tochter gelang die Flucht und im Spessart erlebten beide im Mai 1945 die Befreiung durch die Amerikaner. Jenny Iller lebte bis dahin circa 2 Jahre im Untergrund. Ihre Tochter Ruth lebt bis heute in Frankfurt.

die Rettung seiner Familie. Von einem befreundeten Apotheker besorgte er ein relativ harmloses Gift, welches Fieber und Brechreiz verursachte. Dieses Mittel wurde durch die Hilfe einer Gefängniswärterin in die Gefängniszellen hineingeschmuggelt. Der Plan bestand darin, durch die Einnahme des Giftes in das Polizeikrankenhaus im Hermesweg eingeliefert zu werden und von dort aus zu fliehen.

Doch die Gestapo hatte bereits den Transportschein nach Auschwitz unterschrieben. So kam Ruth, die als erste das Gift eingenommen hatte, nach wenigen Tagen wieder zurück in das Klapperfeld. Auch ihre Mutter Jenny nahm das Gift wenige Zeit später ein, ihr aber gelang die Flucht mit Hilfe von Freunden aus dem Polizeikrankenhaus. Sie konnte kurz nach der Flucht erst einmal im Frankfurter Westend bei Freunden untertauchen. Ruth wurde etwas später auf Befehl aus Berlin aus dem Klapperfeld entlassen. Dieser Umstand lässt sich höchstwahrscheinlich auf die Intervention des Berliner Bischofs Wienken zurückführen, der sich besonders für die halb-jüdischen Kinder einsetzte.

Mit Hilfe des Ehemann und Vaters gelang den beiden über Umwege 1944 die Flucht aus Frankfurt. Mutter und Tochter versteckten sich bei einer hilfsbereiten Familie im Spessart. Bevor die Flucht von dort aus nach Wiesbaden weiterging, wo sie erneut bei Fluchthelfern unterkamen, ersannen die Eheleute Iller den Plan, einen Selbstmord von Jenny vorzutauschen. Dazu verstreute der Ehemann Kleider seiner Frau am Main.

Und dann nutzte Ruth bei einem weiteren Gestapo-Verhör die Chance und klappte das Fahndungsfoto ihrer Mutter aus der Akte, damit niemand mehr wusste, wie die Gesuchte ausgesehen hat.

Das tat sie, ohne den Plan ihrer Eltern zu kennen, die aus Schutz vor weiteren Verhören ihre Tochter erst einmal nicht einweihten.

Von Wiesbaden ging die Flucht wieder zurück in den Spessart, wo beide im Mai 1945 die Befreiung durch die Amerikaner erlebten.

Jenny Iller lebte bis dahin circa 2 Jahre im Untergrund. Ihre Tochter Ruth lebt bis heute in Frankfurt.

DAS PRINZIP DER SCHUTZHAFT IM NATIONALSOZIALISMUS

Angelehnt an das Preußische Gesetz, wurde das Prinzip der Schutzhaft im Nationalsozialismus eingeführt.

Mit der »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat« vom 28. Februar 1933 wurde die Grundlage der Schutzhaft im Deutschen Reich geschaffen. Sie stellte eine Reaktion auf den Reichstagsbrand dar. Die Grundrechte und auch das Recht des Einzelnen auf persönliche Freiheit wurden außer Kraft gesetzt.

Für die Geheime Staatspolizei wurde damit eine Möglichkeit der polizeilichen Willkür geschaffen, welche nicht an den Rechtsstaat gebunden war. Gerichtlicher Schutz stand den Inhaftierten nicht zu.

Ab dem Frühjahr 1933 waren vor allem Funktionär_innen der Arbeiterbewegung, Kommunist_innen und Jüdinnen und Juden von der Schutzhaft betroffen. Nach der Verhaftung wurden die betroffenen Personen in Gefängnissen und Konzentrationslagern inhaftiert. Die Dauer der Haft war sehr unterschiedlich. Die Nazis inhaftierten die Menschen für wenige Stunden, für Tage oder für mehrere Monate.

Seit Herbst 1933 sollte die Vollstreckung der Schutzhaft nur noch in Konzentrationslagern stattfinden. Dazu wurden die Betroffenen zunächst nach ihrer Verhaftung in einem Gefängnis wie dem Polizeigefängnis in der Klappfeldstraße inhaftiert. Nach dortiger Inhaftierung wurden die Menschen in unterschiedliche Konzentrationslager wie Dachau, Buchenwald und Ravensbrück deportiert.

Im Laufe der Zeit wurde die Schutzhaft als fester Bestandteil der NS-Repression auch auf Geistliche, »Asoziale«, Sinti und Roma, »Arbeitsscheue«, Homosexuelle, Bibelforscher_innen und viele andere angewendet.

Nach dem Kriegsbeginn im Jahre 1939 sollte eine Entlassung jener, die in

Schutzhaft genommen wurden, bis mindestens Ende des Krieges nicht mehr erfolgen.

Die Haftkosten in den Gefängnissen mussten von den Inhaftierten selbst übernommen werden.

0058
Herford, den 27. März 1940.

Der Oberbürgermeister
als Ortspolizeibehörde
Abt.-Nr. 20/1.
Es wird gebeten, obige Nummer in der Antwort anzugeben.

An
den Herrn Polizei-Präsidenten
in
Frankfurt (Main).

Betrifft: Schutzhaftkosten

Auf das dortige Schreiben vom 13. d. Mts.,
Gesch.-Zeichen W.4b, wird mitgeteilt, daß auf Grund des Runderlasses
des Herrn Ministers des Innern vom 4. 4. 1933 - II C II 23 Nr.215
VI/32 (Min.Bl.IV.I Nr.21 S.428) - der Haftkostenbetrag von 1,50 RM pro
Tag wie folgt in Anrechnung zu bringen ist:

Morgenkost	=	0,20 RM,
Mittagskost	=	0,50 RM,
Abendkost	=	0,40 RM,
Unterbringung (Sitzkosten)	=	0,40 RM.

In dem oben erwähnten Erlaß heißt es:
"Für den Tag des Zugangs und des Abgangs sowie bei Beendigung
der Haftdauer am Tage ihres Beginns sind die entsprechenden Teilbe-
träge für die verabfolgten Mahlzeiten und, falls die Haftdauer mehr
als 2 Stunden beträgt, die Sitzkosten einzuziehen. Fällt die Haftdauer
auf 2 Kalendertage, ist Verpflegung nicht verabfolgt, so ist bei einer
Haftdauer bis zu 2 Stunden nichts, sonst der Sitzkostenbetrag in An-
rechnung zu bringen."

Es

Es ergibt sich daher in vorliegendem Falle folgende Zusammen-
stellung:

Einlieferungstag des D. am 25.2.40 um 7 Uhr:

Morgenkost	=	0,20 RM,
Mittagskost	=	0,50 RM,
Abendkost	=	0,40 RM,
Sitzkosten	=	0,40 RM,
		<hr/>
	Sa.	= 1,50 RM.
		= 1,50 RM.
26. 2. 1940		
Abgangstag (27.2.) 0 Uhr bis 9 Uhr	= 9 Std:	
Morgenkost	=	0,20 RM,
Sitzkosten über 2 Std.	=	0,40 RM = 0,60 RM,
		<hr/>
Gesamtbetrag	=	3,60 RM.

Der Forderungsnachweis liegt wieder an.

1 Anlage.

Im Auftrage:
Mexer

Schutzhaftkosten: Menschen, die vom nationalsozialistischen Repressionsapparat unter dem Vorwand der »Schutzhaft« inhaftiert wurden, mussten die Haftkosten selbst übernehmen. Dieses Dokument vom 27. März 1940 gibt Auskunft über die Abrechnung der Schutzhaftkosten. So mussten für einen Tag 1,50 Reichsmark (RM) entrichtet werden. Die Kosten wurden aufgeschlüsselt in 0,20 RM für die Morgenkost, 0,50 RM für die Mittagskost, 0,40 RM für die Abendkost und 0,40 RM für die Sitzkosten.

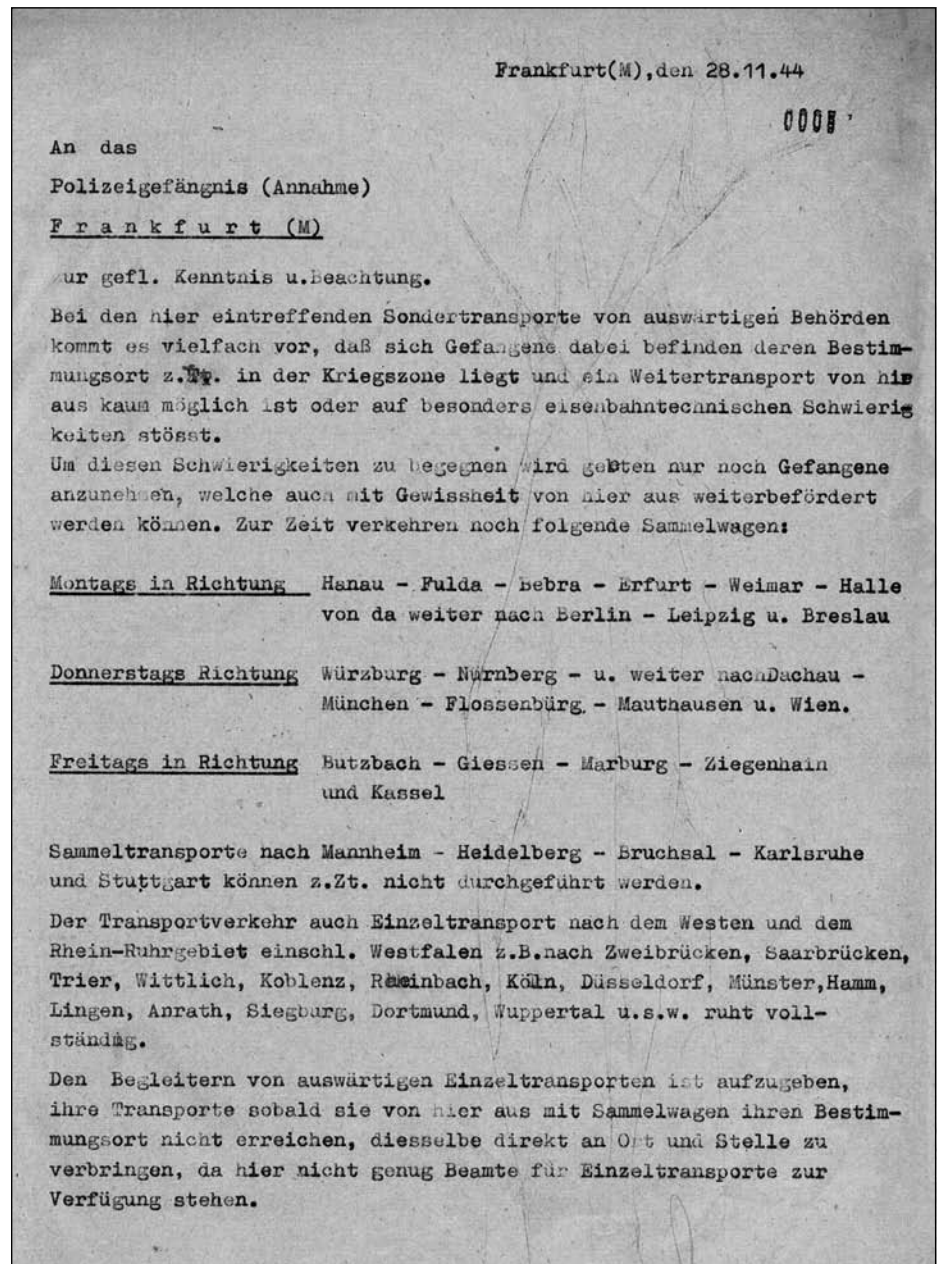
»AUF TRANSPORT GEHEN«

Menschen, die von den Nazis in Schutzhaft genommen wurden, wurden oftmals in Gefangenen-Sammeltransporten per Zug vom Gleis 16 des Frankfurter Hauptbahnhofes auf eine mehrtägige Fahrt geschickt, den sogenannten »Schubweg«. In den unterschiedlichen Gefängnissen des Deutschen Reiches wurden Häftlinge zusammengezogen um sie gemeinsam in Sammeltransporten abtransportieren zu können. Das Ziel war den Gefangenen meist unbekannt. In vielen Fällen bedeutete es den Tod.

Die unter katastrophalen Bedingungen stattfindende Fahrt dauerte meist mehrere Tage, manchmal sogar Wochen oder gar Monate und bestand aus zahlreichen Gefängnisstationen wie dem Polizeigefängnis Klapperfeld.

OTTO OESER BESCHREIBT DIESE FAHRT FOLGENDERMASSEN:

»Ich befand mich schon etwa fünf Wochen im Vechtaer Männergefängnis, als mich der Oberinspektor des Hauses vorführen ließ. Schon wieder etwas Neues, dachte ich. (...) Am nächsten Morgen ging es auf die Reise, zunächst nach Bremen. In einer großen Gemeinschaftszelle waren etwa 15 bis 20 Gefangene untergebracht, die alle auf ihren Weitertransport warteten. (...) Nächste Station war Hannover. Von dort ging es weiter nach Kassel. Hier hatte ich zum ersten Mal Berührung mit einer Gruppe Häftlinge, die aus dem KZ Buchenwald kamen und zum Teil ihrer Heimatgestapo überstellt werden sollten. (...) Weiter ging die Reise gen Süden. Tagelang schon war ich unterwegs mit den Gefangenentransportwagen der Reichsbahn. Von einem Güterbahnhof zum anderen. Nur gegen Abend wurden wir ausgeladen und in ein an der Strecke liegendes Gefängnis gebracht. Unser nächstes Ziel war Frankfurt. Der Personenzug mit dem Transportwagen hinten dran hielt in der Bahnhofshalle. Einzel holte man uns aus



Sammeltransporte vom Frankfurter Hauptbahnhof: Diesem Schreiben an die Annahme des Polizeigefängnisses vom 28. November 1944 ist zu entnehmen, an welchen Tagen die Sammeltransporte vom Frankfurter Hauptbahnhof in verschiedene Gebiete des Deutschen Reichs gingen. Durch den Krieg waren zu diesem Zeitpunkt die Infrastruktur und das Schienennetz nicht mehr uneingeschränkt nutzbar. Dadurch konnten die Sammeltransporte nicht mehr in alle Gebiete durchgeführt werden. Die Aufforderung, nur noch Gefangene im Polizeigefängnis aufzunehmen, bei denen der Weitertransport sichergestellt ist, gibt auch Auskunft über die Überbelegung des Polizeigefängnis zu diesem Zeitpunkt.

den Zellen des Waggons, und schon klickten die Stahlfesseln an unseren Handgelenken. Doch was war das? Zwei Polizisten standen auf dem Bahnsteig und hielten eine lange, schwere Eisenkette in den Händen. An diese Kette schloss man uns links und rechts mit unseren Fesseln an. So entstand ein langer

Kettenbandwurm, mit etwa 20 Beinen an jeder Seite. Das war eine Sensation für die Bahnreisenden, die eiligst herbeiströmten. So etwas mußte man doch gesehen haben! Schwerverbrecher, wie der brave Bürger sie sich vorstellte. Bleiche Gesichter mit unrasierten Stoppelbärten, den Kopf kahl ge-

schoren oder mit strähnigen, ungekämmten Haaren bedeckt. Ja, solche Menschen durften doch nicht frei herumlaufen! Dass wir bereits alle eine jahrelange Zellenhaft hinter uns hatten, dass wir schon tagelang unterwegs waren und in den Schubgefängnissen keine Gelegenheit hatten, unsere Haare zu pflegen und uns zu rasieren, wer von ihnen wußte das schon? So marschierten wir aus dem Bahnhofsgebäude hinaus, zur Aufnahme in die ›Grüne Minna‹, die uns

in das Frankfurter Polizeigebäude fuhr. Nach den üblichen Formalitäten brachte man uns in den Zellentrakt. Dort gab es wieder eine Überraschung. Zu beiden Seiten eines schmalen Ganges befanden sich kleine Einzelzellen. Diese besaßen jedoch zum Gang hin keine feste Wand, sondern ein Netzwerk aus Stahldraht. Jeder Zelleninsasse konnte somit sein Gegenüber bei all dessen Tätigkeiten beobachten. Während der auf der einen Seite mal auf's ›Töpfchen‹ musste, konnte

der andere von der gegenüberliegenden Seite ihn mit Muße bei seiner lebenswichtigen Beschäftigung betrachten. Das Fernsehen des armen Sünders. Weitere Stationen mit dem Schubwaggon waren Bruchsal, Stuttgart, Ulm und als letzte Etappe München. Von dort ging es am 10. Mai 1939 mit einem Polizeimannschaftswagen nach Dachau.«

Quelle: Oertel, Otto; Appellius, Stefan (Hrsg.): Als Gefangener der SS (S.75)

DIE BELEGUNG DES KLAPPERFELDS IN DEN JAHREN 1943 UND 1944

Im Jahre 1943 waren am Tag durchschnittlich 173 Männer und 147 Frauen inhaftiert. Das heißt: Es wurden durchschnittlich 320 Menschen am Tag im Klapperfeld inhaftiert. Im Januar 1943 waren es 179 Männer und 97 Frauen. Am 19. Januar 1944 waren bereits 269 Männer und 162 Frauen, also insgesamt 431 Menschen im Polizeigefängnis Klapperfeld inhaftiert. Am 21. Januar 1944 waren 247 Männer und 161 Frauen, also insgesamt 408 Menschen im Klapperfeld inhaftiert. Am 22. Januar 1944 waren 265 Männer und 160 Frauen, also insgesamt 425 Menschen im alten Polizeigefäng-

nis Klapperfeld inhaftiert. In den Jahren 1943 und 1944 war das Polizeigefängnis in der Klapperfeldstraße somit stark überbelegt.

Die oft brutale Behandlung der Inhaftierten durch die Nazis, die miserablen hygienischen Bedingungen in Verbindung mit der starken Überbelegung waren verantwortlich für das Ausbrechen vieler Krankheiten.

DIE ÜBERBELEGUNG WIRD VON EINEM ANGESTELLTEN IM KLAPPERFELD WIE FOLGT BESCHRIEBEN:

»Sammelzellen mit mehreren Betten (36) 80 Gefangene auf 60,39 qm. Überwiegend besitzen die [Inhaftierten] nur das, was sie am Körper tragen. Fast alle werden tagsüber zu Arbeiten außerhalb des Polizeigefängnisses eingesetzt. Nach einem Regen schlafen die Gefangene mit der nassen Kleidung, wie die übrigen Gefangenen angekleidet auf Strohsäcken ohne Bettwäsche. In jeder Zelle ist eine Ventilationseinrichtung eingebaut. Diese ist jedoch nur für eine normale Belegung vorgesehen. Aus den Zellenfenstern kann der Gestank nicht entweichen, da sie zu klein sind. Da die Verdunkelung unbedingt durchgeführt werden muss, können während der Nacht die Fenster nicht ganz geöffnet werden. Die schlechte Luft durchzieht naturgemäß, besonders stark während der Nacht, das ganze Haus. Der Gestank wird dann noch zu Kübelzeiten, das heißt morgens und mittags, beim Ausleeren der Fäkalienkübel, zur Unerträglichkeit.«

Wanzen, Läuse und Flöhe befanden sich überall im Polizeigefängnis. Fleckfieber brach aus. Es gab nicht genug Kleidung für die Inhaftierten, waschen konnte man im Polizeigefängnis nicht und die Küche war nur auf 200 Portionen eingestellt. So gab es zusätzlich zu den schlechten hygienischen Bedingungen vermutlich nicht genug zu Essen.

0007

Der Polizeipräsident in Frankfurt (Main)
Funkspruch - Fernspruch - Fernschrift

Der Polizeipräsident Abfender I(W) 2 a	Aufgenommen	Befördert
angenommen durch <i>[Handwritten Signature]</i>	von <i>[Handwritten Signature]</i>	an <i>Rvst. Bln</i>
am 30. 11. 43 um 01045	am <i>[Handwritten Signature]</i>	am 30. 11. um 22.55
	durch <i>[Handwritten Signature]</i>	durch <i>[Handwritten Signature]</i>

P.P. Ffm. Nr. 2040 30/10 1085

An den Leiter des Gefangenen-Sammeltransportwesens beim Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern Reichssicherheits Hauptamt B e r l i n S-W- 11 Prinz Albrechtstr.8

Nach den hier vorliegenden Meldungen sind die Polizeigefängnisse Berlin, Köln, Düsseldorf, Hannover, Magdeburg, Kassel, Metz und Karlsruhe bis auf weiteres gesperrt. Infolgedessen ist eine Weiterleitung von Transportgefangenen nach den genannten Orten und darüber hinaus nicht möglich. Es entstehen dadurch große Haftraum-schwierigkeiten, zudem die täglichen Einlieferungen durch die Kriminal- und Geh. Staatspolizei ständig zunehmen, sodaß die Räumlichkeiten des Pol. Gefängnis und dessen Ausweichstellen nicht mehr ausreichen, um Transportgefangene aufzunehmen. Ich bin daher gezwungen, das Pol. Gefängnis Frankfurt (M) bis auf weiteres erneut zu sperren.

Der Polizeipräsident *[Handwritten Signature]*

11. Del. Nr. 146 10 5 43

Sperrung des Polizeigefängnis für Transportgefangene: Aufgrund von massiver Überbelegung ist das Frankfurter Polizeigefängnis ab 1943 immer wieder gesperrt worden.

Quelle: HHstAW Abt.407 Nr.882, S. 35ff

ZUSTÄNDE IM KLAPPERFELD

Das Polizeigefängnis Klapperfeld galt sowohl denjenigen, die es nicht von innen gesehen hatten, als auch jenen, die es aus dieser Perspektive kennen lernen mussten, als besonders unangenehmer Haftort.

Im Vergleich mit dem Untersuchungsgefängnis Hammelsgasse beschreiben ehemalige Häftlinge die Situation im Polizeigefängnis Klapperfeld mehrfach als weitaus unangenehmer. Begründet wird dies damit, dass es im Untersuchungsgefängnis in der Hammelsgasse sauberer war, die Verpflegung offenbar besser war und man sich sogar Bücher aus der hauseigenen Bibliothek ausleihen konnte.

Im Klapperfeld war das anders. Insbesondere für die Jahre 1942 bis 1945 weisen diverse Quellen auf besonders dramatische Zustände hin. Das Gefängnis war offenbar ständig überfüllt, was unter anderem auch darauf zurückzuführen ist, dass Häftlinge aus anderen Städten für einige Zeit dort untergebracht wurden, ehe sie weiter transportiert wurden.

Ein Gefängnisarzt beschreibt die Situation in einem Bericht vom Januar 1944 als so dramatisch, dass er selbst die kurzzeitige Begehung als eine Zumutung empfindet und schließlich droht, seiner Beschäftigung dort nicht mehr nachzugehen, wenn keine Änderung eintritt.

Die Zellen waren hoffnungslos überfüllt, aus den Kübeln, die es anstelle von Toiletten gab, zog ein unerträglicher Gestank durch das ganze Haus, das Ungeziefer tummelte sich und viele der Häftlinge trugen nichts als Lumpen.

Schreiben an den leitenden Polizeiarzt in

Frankfurt am Main: Am 22. Januar 1944 droht der im Klapperfeld diensthabende Arzt mit der Niederlegung seines Dienstes, sollte sich an den anhaltend miserablen hygienischen Zuständen nichts ändern.

Polizeiarzt
des
Pol.-Gefängnisses
Frankfurt (Main)

Johns! *Ilw* *22.1.44* *38*

Herrn Pol. Präs. vorlegen

Seite 2.

An den Leitenden Pol.arzt in Frankfurt am Main.

3. Bunkkammer

Meldung: Eine am 21.1.44 21 Uhr erfolgte Besichtigung der Pol. Gefängnisse, Klapperfeldstr und Gutleutstr auf ihre hygienischen Belange ergab folgendes Bild:

Fast sämtliche Räume sind so überbelegt, dass auf sehr vielen Schlafstätten 2 Personen liegen müssen, teilweise aber auch auf der Erde oder oben auf den Bratzellen.

Das Schlimmste ist das völlige Fehlen einer Lüftung und der daraus resultierende Geruch, ein Wort viel zu milde, sondern wahrhaft pestilenzartige Gestank, der ohne jede Uebertreibung direkt Erbrechen erregt.

So fand ich z.B. in einem Raum mit 181 ccm Inhalt 66: in Worten sechsund sechzig Gefangene untergebracht. Die Notdurft bleibt in nur oberflächlich zugedeckten Gefäßen während der ganzen Nacht im Raum. Gegen Morgen nimmt dieser Gestank unerhorteste Formen an. Und diese Luft durchzieht das ganze Haus, sie setzt sich gerat in die Kleider, dass ich bei nur 1/2 Std tägl Beschäftigung im Haus grösste Mühe habe, sie loszu werden.

Herr Hauptmann Kleinstäuber sagte, dass dieser Zustand ein Dauervorgang wäre und er sich keinen Rat einer Aenderung wüsste, wegen des enormen Durchganges, der Ueberbelegung und Verdunkelung.

In diesem Hause waren vor kurzem zwei Fleckfieberkranke festgestellt, Ausserdem fange ich mir nur all zu oft ein Ungeziefer, da viele Gefangene unvorstellbare Lumpen tragen.

Jeder Dienst bei der Truppe, in Lazaretten ist nicht zu vergleichen mit dem in Gefängnissen, wo derartige Zustände herrschen. Es kann einem Arzt einfach nicht zugemutet werden, tätig zu sein, wenn hier nicht allergründlichst Wandel geschaffen wird.

Und dazu eins: So etwas im Kulturzentrum einer Stadt wie Frankfurt M. an einem Ort, den sehr viele Ausländer passieren! Es muss Wasser auf die Mühle unserer Feinde sein, wenn sie derartige Zustände kritisieren dürfen. Handelt es sich doch um Räumlichkeiten, wo Menschen und nicht Tiere untergebracht werden, die zunächst nur festgenommen und noch nicht verurteilt sind.

Seite 2.

Aber auch auf die dort beschäftigten deutschen Beamten ist Rücksicht zu nehmen, denn dauernd in einer Luft arbeiten müssen, die schlimmer als Kloakengeruch ist, ist eine Zumutung, die nicht so bleiben kann.

Ich bedaure ausserordentlich hier Zustände zur Sprache bringen zu müssen, die ich nicht so erwartet hatte.

Von hygienischer Seite muss hier die dringendste Forderung sofortiger Abstellung erhoben werden.

Dieser Bericht ist nicht mit einem Worte übertrieben. Da ich mit meinem Namen alles im Gefängnis decken muss, mache ich meine weitere Tätigkeit von der Abstellung aller Mängel abhängig.

Solkov.

Pol. Vertr. Arzt
San Stelle 2.

KONTAKT ZU ANGEHÖRIGEN

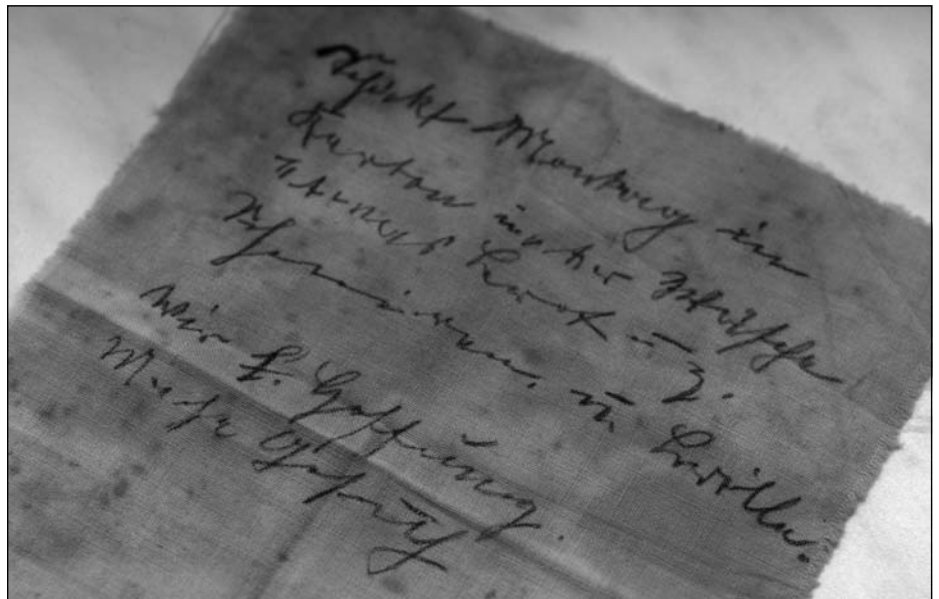
Der Kontakt zur Außenwelt war für Inhaftierte des Klapperfelds nur nach besonderer Genehmigung möglich. Nur selten gelang es dank besonders gewitzter Ideen von Inhaftierten und Angehörigen, Nachrichten an dem Gefängnispersonal vorbeizuschmuggeln. Eine andere Chance bot sich, wenn Wärter_innen einen Funken Menschlichkeit zeigten und ein Auge zu drückten.

Gelegenheit dazu gab es zweimal pro Woche, wenn es den Angehörigen gestattet war, frische Wäsche zu bringen und Gebrauchte abzuholen. Allerdings war auch dafür eine entsprechende Erlaubnis der Gestapo nötig.

Beispiele für Methoden der Nachrichtenübermittlung, die die Wärter_innen nicht bemerken sollten, sind etwa das Einnähen von Botschaften in den Saum der Wäsche, das Einritzen von Nachrichten in Seife oder das Verstecken in Zahnpastatuben.

Durch einen auf Toilettenpapier an ihren Mann und ihren Sohn geschriebenen Kassiber, den eine etwa am 24. Februar verhaftete Frau aus dem Polizeigefängnis herausschmuggeln konnte, erfuhren ihre Angehörigen über den weiteren Fortgang folgendes:

»Mein lieber Karl und Hansel! Dies sind die letzten Zeilen, die ich an Euch richte. Heute habe ich mit noch vielen andern den Lagerzettel unterschrieben. Heute sind es auch acht Wochen, dass ich hier bin. Wir kommen voraussichtlich nach Auschwitz bei Kattowitz in Oberschlesien. Behaltet mich lieb, bleibt mir treu, ich werde alles versuchen, um durchzuhalten. Wenn auch die Arbeit noch so schwer ist, so will ich alles tun, um mein Leben zu erhalten, denn ich will und muss wieder zu Euch kommen. Meine Strafe ist ungebührliches Benehmen bei [dem städtischen Gestapobeauftragten] Holland, wo Du selbst dabei warst und ich hätte mich getarnt und nicht als Jüdin zu erkennen gegeben und [es] würde dadurch das Judengesetz



Kassiber von Cäcilie Breckheimer aus dem Polizeigefängnis Klapperfeld: Auf einem Stoffzettel geschrieben, konnte Cäcilie Breckheimer folgende Nachricht heimlich an ihren Mann Wilhelm und ihren Sohn Wolfgang übermitteln: »Schickt Montag in Karton unter Wäsche etwas Brot u. z. Schmierer u. Brille. Wir h. Hoffnung. Mache Gesuch.« Cäcilie wurde im Februar 1943 verhaftet, erst in das Polizeigefängnis gebracht und dann in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz verschleppt, wo sie im Juli 1943 angeblich an »allgemeiner Körperschwäche« starb. Wolfgang Breckheimer hatte Tage lang vor dem Knast verharrt, immer den geheimen Familienpfiff pfeifend, in der Hoffnung ein Lebenszeichen der Mutter zu erhalten. Ein Interview mit ihrem Sohn Wolfgang gibt es auf: www.klapperfeld.de

gefährdet sein. Im Grunde genommen ist es eine Aktion. Kann man nichts dazu, dass man als Jude geboren ist. Der Transport ist schlimm, durch viele Gefängnisse, bis man an Ort und Stelle ist. Aber auch das muss durchgehalten werden. Wenn Du von mir kein Lebenszeichen bekommst, so darf ich nicht schreiben, ich bin immer in Gedanken bei euch und vergesse euch nie. [...] Nun bleibt gesund und vergesst mich nicht, lieber Hansel, halte treu zum Vater und gebe Gott, dass wir unseren Lebensabend noch zusammen verbringen können. Viele tausend innige Grüße und Küsse Eure stets an Euch denkende tieftraurige Mutter.«

Viele Angehörige streiften insbesondere in den Abendstunden um das Gefängnis und versuchten den Inhaftierten durch Pfliffe oder Lieder zu zeigen, dass sie da sind. Wenn keine Aufseher_innen da waren, gelang es den Inhaftierten manchmal, auf entsprechende Weise zu antworten.

Zu einem weiteren Treffpunkt für Angehörige wurde der Frankfurter Hauptbahnhof, da schnell bekannt wurde, wann Deportationen stattfanden. So wurde versucht die festgenommenen Angehörigen, die mit Hunden eskortiert und oft mit Tritten zu den Zügen befördert wurden, noch ein letztes Mal zu sehen.

Quellen: Monica Kingreen: »Die Aktion zur kalten Erledigung der Mischehen« – die reichsweit singuläre systematische Verschleppung und Ermordung jüdischer Mischehepartner im NSDAP – Gau Hessen – Nassau 1942/1943. In: Norbert Kampe/Peter Klein (Hg.): NS-Gewaltherrschaft. Beiträge zur historischen Forschung und juristischen Aufarbeitung. | Monica Kingreen: Die Verschleppung und Ermordung hessischer »nichtarischer« Christen. In: Hermann Düringer/Hartmut Schmidt (Hg.): Kirche und ihr Umgang mit Christen jüdischer Herkunft während der NS-Zeit – dem Vergessen ein Ende machen. | Elsie Kühn-Leitz: Mut zur Menschlichkeit. Vom Wirken einer Frau in ihrer Zeit. Dokumente, Briefe und Berichte. Hrsg. von Klaus Otto Nass. Bonn 1994. | Monica Kingreen (Hg.): »Nach der Kristallnacht«. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1938-1945. | Abschrift des Kassibers von Martha Rammler, HHStA Wiesbaden, Abt. 461-37048/3 Bl. 786.

WÄRTER_INNEN IM KLAPPERFELD

Den Berichten ehemaliger Häftlinge ist zu entnehmen, dass ihre Situation in bedeutendem Maße von den ›Launen‹ der Wärter_innen abhing. Während die einen strengstens auf die Einhaltung der Regeln achteten, drückten andere hin und wieder ein Auge zu und verhinderten beispielsweise das Schmuggeln von Nachrichten nicht oder nahmen bei kleineren Übertretungen nicht sofort Strafmaßnahmen vor. Wobei einzelne Wärter_innen durchaus unterschiedlich agierten und einzelnen ›arischen‹ Häftlingen Vorteile gewährten, jüdischen Häftlingen gegenüber aber umso strenger waren.

»BIESTIGKEITSUNTERRICHT«

Um das Gefängnispersonal auf Linie zu bringen, mussten alle Beschäftigten im

Klapperfeld auf Anweisung des obersten Gestapo-Chefs Heinrich Himmler jeden Werktag von 12-13 Uhr zum Schulungsunterricht. Die Häftlinge sprachen von »Biestigkeitsunterricht«, wie Elsie Kühn-Leitz berichtet.

DER WACHDIENST

Das Bewachen der Inhaftierten im Polizeigefängnis Klapperfeld wurde von Wärter_innen übernommen. Für diesen Dienst gab es drei Schichten, unterteilt in Wache, Ruhezeit und Bereitschaft.

Der Vormittagsdienst ging von 6 bis 13 Uhr. Der Nachmittagsdienst ging von 13 bis 22 Uhr. Der Nachtdienst ging von 22 bis 6 Uhr. Der Dienstantritt hatte 10 Minuten vor Schichtbeginn zu erfolgen. Der Nachmittags- und Nachtdienst

musste zwischen 17.30 Uhr und 5.30 Uhr alle 1 ½ Stunden die Kontrolluhren stechen. Das Laden und das Entladen der Pistolen des Wachdienstes erfolgte an der eigens dafür vorgesehenen Ladestelle. Dies geschah vor und nach dem Dienst unter der Aufsicht des Wachhabenden.

Zusätzlich zu den gewöhnlichen Diensten gab es auch noch einen Sonderdienst der in dringenden Fällen zum Dienst herangezogen wurde, etwa wenn es zu einer Überbelegung, einer Masseneinlieferung oder zu einem großen polizeilichen Aufsichtsdienst z.B. bei Deportationen kam. Erst wenn das nicht reichte, sah die Dienstordnung es vor, dass die Wachtmeister_innen im Bereitschaftsdienst hinzugezogen wurden.

Quelle: HHStAW Abt. 407, Nr. 784

ALLTAG IM KLAPPERFELD?

Es liegen zwar einige Gefängnisordnungen vor, die einen klar strukturierten einheitlichen Alltag im Klapperfeld beschreiben, allerdings wird allein anhand der wenigen bisher gefundenen Berichte von ehemaligen Gefangenen deutlich, dass dieser unter Umständen sehr unterschiedlich ausfiel.

So waren die Dauer der Haft und der Umgang mit den Gefangenen insbesondere vom Haftgrund abhängig. Während einige Häftlinge »nur« die un-

angenehme Erfahrung von Haft und Isolation machten, wurden andere nachts zu Verhören geholt und auch gefoltert. Während einige danach noch über ihre Erfahrungen in der Haft berichten konnten, wurde viele andere vom Klapperfeld aus deportiert und wir wissen nicht, welche Erlebnisse sie hier gemacht haben. Das gilt auch für diejenigen, die noch im Gefängnis ums Leben kamen.

An dieser Stelle finden sich Ausschnitte aus Berichten von Menschen, die alle

während des NS aber zu unterschiedlichen Zeiten und aus unterschiedlichen Gründen im Klapperfeld-Gefängnis inhaftiert waren.

Eine Ausnahme bildet das Interview mit Wolfgang Breckheimer, der selbst erst nach dem NS im Klapperfeld in Gewahrsam war. Er berichtet aber unter anderem über die Inhaftierung seiner jüdischen Mutter und über die verzweifelten Versuche einer letzten Kontaktaufnahme.

ELSIE KÜHN-LEITZ

Elsie Kühn-Leitz war von der »Deutschen Arbeitsfront« in der Firma ihres Vaters, der Ernst Leitz GmbH in Wetzlar, als Unterlagerführerin eingesetzt. Die Firma ist auch heute noch international bekannt für die Herstellung der Leica-Kamera.

In ihrer Funktion als Unterlagerführerin war Elsie Kühn-Leitz für ein seit 1942 zum Unternehmen gehörendes Lager zuständig, in dem Osteuropäer_innen untergebracht waren, die Zwangsarbeit verrichten mussten. Die Ernst Leitz

GmbH stellte in Form hochwertiger optischer Geräte kriegswichtiges Material her. Am 10. September 1943 wurde Elsie Kühn-Leitz (zu diesem Zeitpunkt 40 Jahre alt) zum Verhör in die Gestapo-Hauptzentrale in der Lindenstraße in

Frankfurt am Main geladen. Nach zwei-stündigem Warten, in denen zunächst ihr Vater vernommen wurde, verhörten zwei junge Gestapo-Beamte sie selbst stundenlang.

»Ich erwiderte zum Schluss nur, dass ich mich vielleicht gegen ein von Menschen aufgestelltes Gesetz vergangen hätte, aber niemals gegen das göttliche Gesetz, denn vor Gott sind alle Menschen gleich, ob Juden, Christen oder Heiden, und das Gesetz der Menschlichkeit habe mich zu diesem Tun veranlasst, ich hätte also nichts zu bereuen.«

Es folgte ihre Festnahme unter dem Tatvorwurf der »übertriebenen Humanität« gegenüber den ihr unterstellten Ostarbeiterinnen und der Beihilfe zur Flucht einer Jüdin über die Grenze. Nachdem sie in Gestapo-Begleitung ihre notwendigsten Habseligkeiten von zu Hause holen durfte und sich von ihren Kindern und dem Ehemann verabschieden konnte, schlossen sich gegen 21 Uhr abends die Türen des Frankfurter Polizeigefängnisses in der Klapperfeldstrasse 5 hinter ihr. Sie war auf unbestimmte Zeit inhaftiert. Elsie Kühn-Leitz erging es dabei noch vergleichsweise gut, was sie in Bezug auf die Gestapo-Verhöre auch selbst berichtete. Die gesonderte Behandlung führt sie darauf zurück, dass sie ein Mitglied der Leitz-Familie war, hinter der eine Weltfirma gestanden habe. Außerdem verfügte die Familie Leitz über Kontakte zu Personen, die sich für die Gefangene einsetzten, wie etwa Direktor Willy Hof, der als Wegbereiter und Initiator der Reichsautobahn gilt. Durch ihn und Bestechungsgelder ihres Vaters erhielt sie im Polizeigefängnis eine bevorzugte Behandlung. So war sie beispielsweise in einer besseren Zelle untergebracht, erhielt Zugang zu Büchern, konnte tagsüber in der Nähstube arbeiten und durfte bei Bombenangriffen in den Keller.

Elsie Kühn-Leitz beschreibt ausführlich die Haftbedingungen im Klapperfeld – sowohl ihre, als auch die anderer. Auch wenn sie aus ihrer Perspektive schreibt, lässt sich zumindest erahnen, was die Haft für die anderen Häftlinge bedeutet haben muss.

ELSIE KÜHN-LEITZ ÜBER IHRE HAFT IM KLAPPERFELD

Situation, Tagesablauf und Haftbedingungen in der Frauenabteilung 1943

Aufnahme: In der Aufnahme wurden alle Sachen, die sie bei sich trug, registriert. Nur das Waschzeug und die Decke durfte sie behalten, wobei zerbrechliche und spitze Gegenstände abgegeben werden mussten. Daraufhin wurde sie in die Frauenabteilung gebracht, wo sie sich nackt ausziehen musste und von Kopf bis Fuß »untersucht« wurde. Im Anschluss brachte eine ihr wohl gesonnene Wärterin sie in die beste zur Verfügung stehende Einzelzelle, die nach hinten zum kleineren der Höfe lag.

»Meine Zelle war 1,65 x 3,00m groß. Es war darin ein Klappbett mit einem Holzwollsack, in dem, wie sich später herausstellte, viele Wanzen und Läuse waren, die besonders bei Nacht eine rege Tätigkeit entfalteten. Auf dem Bett lag eine schmutzige graue Wolldecke. Ein sogenannter Kübel zur Erledigung der Notdurft stand in einer Ecke. Ferner war in der Zelle ein kleiner Holzocker, ein ganz kleiner aufklappbarer Tisch und ein kleines Regal zum Ablegen der Waschsachen sowie Waschsüssel und ein Metallbecher zum Trinken.«

Der Tag begann morgens in der Frühe um 4 Uhr. Um diese Uhrzeit standen die Dienst habenden Wachtmeisterinnen auf und weckten das Küchenpersonal, die sogenannten Kalfaktoren – Häftlinge, die entsprechende Tätigkeiten verrichten mussten, was ihnen auch die Möglichkeit bot, sich etwas von den Lebensmitteln zu organisieren.

Wecken und Kübel leeren: Gegen 5 Uhr morgens wurden dann alle Gefangenen geweckt. Die Dienst habende Wachtmeisterin ging herum und schloss jede Zelle auf. Dann mussten die Insassen ihren Kübel nehmen, um ihn im Kübelraum zu leeren und zu säubern. Auch wenn in diesem Raum ein unerträglicher Gestank herrschte und das Sprechen mit den anderen Gefangenen grundsätzlich verboten war, wurde dieser Zeitpunkt oft für den Tausch von Essen und ein paar aufmunternden Wor-

ten genutzt. Nach dem sogenannten »Kübeln«, ging es zum Wasserholen, um sich im Anschluss zu waschen und die Zelle zu putzen. In den meisten Fällen beschränkte sich das Putzen darauf, die Holzwolle zurück in den Sack zu stopfen. Die Betten mussten nach dem Aufstehen an die Wand hochgeklappt werden und durften erst abends wieder herunter gelassen werden. Tagsüber war das Hinlegen streng verboten.

Frühstück: Gegen 6 Uhr wurden die Zellen wieder aufgeschlossen und alle Insassinnen mussten in Reih und Glied antreten, um ein trockenes Stück Brot und dünnen Kaffee in Empfang zu nehmen.

Jeden Morgen: Nach dem Waschen und »Kübeln« wurden von den Wachtmeisterinnen all diejenigen mit Namen ausgerufen, die noch an diesem Tag zur Gestapo oder in das Polizeipräsidium mussten. Die Ausgerufenen wurden im Gemeinschaftsraum zusammengepfercht und dann nach und nach mit dem Gefangenentransporter, der »grünen Minna«, ausgefahren.

Hofgang: Zwischen 10 und 11 Uhr stand der vorgeschriebene Hofgang auf der Tagesordnung. Die Inhaftierten wurden für 20 Minuten in den Innenhof geführt. Der Hofgang der Männer fand meist zwischen 5 und 7 Uhr statt und war durch gleichmäßige Exerzierschritte hörbar. Wenn die Wärter_innen keine Zeit oder keine Lust hatten oder schlechtes Wetter war, fiel der Hofgang aus. Auch beim Hofgang war das Sprechen streng verboten.

Über den Tag hinweg war es strengstens untersagt sich auf das Bett zu setzen oder sich hinzulegen. Jede Zelle war mit einem Guckloch ausgestattet durch das die Wärter_innen das Geschehen in der Zelle jederzeit kontrollieren konnten. Alle zwei Wochen durfte man einen Brief nach Hause schreiben und sich mit der Erlaubnis der Gestapo zusätzliche Lebensmittel bringen lassen. Bücher waren ebenfalls nur mit einer Genehmigung zu bekommen, die Elsie Kühn-Leitz nach einiger Zeit erhielt.

Essen: *»Es war fast jeden Tag dieselbe dünne Wassersuppe mit ein paar Kartoff-*

fein, Weißkraut, selten Wirsing, gelegentlich Rotkraut und öfters Kohlrabistückchen. Zweimal in der Woche schwammen auch fein gemahlene Fleischstückchen darin herum.»

Abend: Um 17 Uhr wurde die letzte Mahlzeit verteilt. Sie bestand meist aus Malzkaffee und trockenem Brot – zweimal pro Woche gab es Weißkäse dazu und das Brot wurde durch Nudeln oder Brei ersetzt.

NÄHSTUBE

Nach etwa 8 Wochen wurde es Elsie Kühn-Leitz durch die Fürsprache von Willy Hof erlaubt, von 7.00 Uhr morgens bis um 18.00 Uhr abends in der Nähstube zu arbeiten. Die Nähstube

befand sich in den oberen Stockwerken in einem größeren Raum zum Hof hin. Die hier eingesperrten Frauen mussten beispielsweise Bettzeug oder Gefängniskleidung flicken. Außerdem mussten Puppen und Stofftiere für das sogenannte »Winterhilfswerk des Deutschen Volkes« gebastelt werden. Obwohl dies eine Form von Zwangsarbeit darstellt, war diese Tätigkeit für Elsie Kühn-Leitz vergleichsweise angenehm, weil es ihr die Möglichkeit gab, der Enge und Einsamkeit der Zelle zu entkommen.

BOMBARDIERUNG

Während der Bombardierung war es im Gefängnis besonders schrecklich, denn die Häftlinge mussten eingesperrt in

ihre Zellen miterleben, wie um sie herum Bomben einschlugen. Als ausgebildete Sanitätshelferin gelang es Elsie Kühn-Leitz jedoch, erneut mit Hilfe von Herrn Hof, während der Bombardierungen in den Luftschutzkeller gebracht zu werden. Zu Bombeneinschlägen im Klapperfeld kam es laut Elsie Kühn-Leitz erst nach ihrer Entlassung, Ende November 1943. Im Männertrakt starben dabei mehrere Gefangene und auch Wachtmeister.

Quelle: Kühn-Leitz, Elsie: Mut zur Menschlichkeit. Vom Wirken einer Frau in ihrer Zeit. Dokumente, Briefe und Berichte. Herausgegeben von Klaus Otto Nass. Bonn 1994.

KALFAKTOREN IM KLAPPERFELD

Kalfaktor ist eine Bezeichnung für Hilfskräfte oder Bedienstete, die sogenannte »einfache« Arbeiten verrichten. Die weiblichen Kalfaktoren im Klapperfeld waren insbesondere für die Küchenarbeit zuständig.

Elsie Kühn-Leitz beschreibt die besondere Lage dieser Frauen wie folgt:

»Es waren meist sehr hübsche Mädchen, die aus dem Frauengefängnis von Höchst kamen, also richtig zu Gefängnis verurteilte Frauen, fast alle, weil sie Umgang mit

ausländischen Arbeitern oder Kriegsgefangenen gehabt hatten, was als schweres Verbrechen im Dritten Reich galt. Der Polizeihauptmann des Gefängnisses suchte sich diese Mädchen im Frauengefängnis speziell auf ihr besonders gutes Aussehen aus, sie bekamen Einheitstracht, graue Kleider und weiße Schürzen und zum Teil Häubchen, lebten in einem Teil gesondert, hatten allerlei Vergünstigungen, besonders hinsichtlich der Ernährung, machten auch bei dem Polizeihauptmann sauber

und hatten sozusagen innerhalb des Gefängnisses Bewegungsfreiheit. Sie waren die adretten, netten und belebenden Elemente des Gefängnisses, verrichteten aber auch Spitzeldienste für die Beamten.«

Weitere Quellen zu der Situation der Kalfaktoren sind bisher leider noch nicht bekannt.

Quelle: Kühn-Leitz, Elsie: Mut zur Menschlichkeit. Vom Wirken einer Frau in ihrer Zeit. Dokumente, Briefe und Berichte. Herausgegeben von Klaus Otto Nass. Bonn 1994.

KARL VEIDT

Karl Veidt war Pfarrer der Paulskirche. Er gilt als Deutschnationaler und war vor 1933 Mitglied der Deutschen Nationalen Volkspartei (DNVP), für die er bis 1929 im Reichstag saß. Er distanzierte sich zwar vor 1933 von der Partei wegen deren Annäherungen an Hitler, übte allerdings auch nach 1933 keine dezierte Kritik an den Nationalsozialisten. Auseinandersetzungen führte er nur kirchenintern.

Dennoch wurde Veidt zweimal von der Gestapo verhaftet und ins Polizeige-

fängnis Klapperfeld gebracht: Das erste Mal für 4 Tage am Tag nach Fastensonntag 1937 und das zweite Mal im Februar 1941 für 4 Wochen.

DIE ERSTE VERHAFTUNG 1937

Nach der ersten Verhaftung wurde Veidt gemeinsam mit seinen Kollegen Fricke und Klein zur Vernehmung in die Bürgerstraße vorgeladen. Von dort wurden sie anschließend ins Polizeigefängnis Klapperfeld gebracht. Grund für die

Verhaftung war offenbar eine ein halbes Jahr zurückliegende Rede Veidts, deretwegen ihm Defaitismus und Untergrabung des deutschen Wehrwillens vorgeworfen wurde, weil er darin unter Bezug auf Dibelius die Frage des Kriegs vom christlichen Standpunkt aus nicht allein mit der Pflicht gegen Volk und Vaterland und im Gehorsam gegen die Obrigkeit sah.

»Die Vernehmung nahm zum Teil erregte Formen an. Zum Schluß wurde mir erklärt, ich sei verhaftet. Auch die beiden

anderen Mitbrüder verfielen der Verhaftung. Fricke als Mitverfasser der Erklärung, Klein, weil er sie verlesen hatte. Man verfuhr im übrigen glimpflich mit uns. Wir wurden in der »grünen Minna« ins Gefängnis gebracht. So machte ich zum ersten Mal Bekanntschaft mit dem Polizeigefängnis in der Klapperfeldstraße.

Es ist ein eigenartiges Gefühl, wenn man zum ersten Mal als Gefangener erlebt, wie sich Gefängnistor und Zellentür vor einem öffnen und hinter einem schließen. Ich wußte aber, wer ich war, und war ganz getrost. Fricke hatte von einem Beamten gehört, wir würden etwa 10 Tage in Haft bleiben. Ich hatte an dem Tage ziemlich gehungert. An der Pforte mußte ich alles abgeben, was ich in der Tasche hatte, bekam die Hosenträger und den Schlips abgenommen. Meine Frau wurde angerufen, zwei meiner Kinder brachten mir warme Kleidung und etwas Wäsche ins Gefängnis. In der Zelle sah ich mich ein bißchen um, 3.50 m in der Länge, etwa 2 m breit, links die Pritsche, bei Tag hochgekippt, bei Nacht herunter. Rechts an der Wand eingelassen ein Tisch, ein Stuhl, beide bei Nacht hochgeschlagen, weil bei heruntergelassenem Bett sonst kein Raum gewesen wäre. Das kleine Fenster in unerreichbarer Höhe. Die schwere Holzpritsche hatte als Unterlage nur eine stark durchgelegene Matratze, die man sich erst zurechtliegen mußte, so daß in der ersten und zweiten Nacht kaum an Schlaf zu denken war. Uhr, Taschenmesser sowie ein Neues Testament konnte ich trotz meiner Bitte nicht bekommen. Zum Glück hatte der Beamte, der meine Taschen abfühlte, meinen Amtskalender, in dem die Losungen standen, nicht gefunden. Diese kurzen Worte der Heiligen Schrift, die gerade in jenen Tagen gut auf meine Lage paßten, haben mich wunderbar gestärkt. Tageslauf: 6 Uhr aufstehen, Zelle reinigen, dann schwarzen Kaffee mit trockenem Brot, etwa 11 Uhr Spaziergang von einer halben Stunde auf dem kleinen Gefängnishof, 1 Uhr Mittagessen, 5 Uhr Abendessen. Um 6 Uhr konnte man die Pritsche herunterlassen und sich hinlegen. Ungefähr alle halbe Stunde wurde von außen das Licht an der Decke angedreht, damit der Beamte durch das Guck-

loch an der Tür einen Blick hereinwerfen konnte. Die schlimmsten Feinde, die einen Gefangenen belasten, sind die Ungewißheit, die Untätigkeit und die Unmöglichkeit, die Tageszeiten festzustellen. Auch der Verzicht auf sonstige selbstverständliche Gepflogenheiten wirkt quälend. Man kann sich keine Nägel schneiden, man ist gezwungen, die Pellkartoffeln mit den Fingernägeln zu schälen. Bei meiner späteren Haft lernte ich einige Tage das Untersuchungsgefängnis kennen, in dem man es in manchen Beziehungen besser hatte.

So bekam man z.B. für das Essen ein Besteck, das dann sofort wieder abgeholt wurde. Für Raum und Zeiteinteilung hatte ich bald eine besondere Methode. Ich stellte fest, wieviel Schritte ich in meiner Zelle für einen Zeitraum von 72 Pulsschlägen brauchte und wie oft ich dabei in meiner Zelle hin- und herzugehen hatte; damit konnte ich erstens leicht berechnen, wieviel Schritte ich für 10 Minuten, eine halbe Stunde oder eine Stunde brauchte und welche Entfernungen ich dabei zurücklegte. So konnte ich in Gedanken Gänge in meiner Gemeinde oder in der Umgegend von Frankfurt machen. Das bedeutete eine große Kraftquelle. Es kamen die Gedanken an die Lieben zu Hause und an die Gemeinde dazu. So versuchte ich innerlich, die Eintönigkeit und die schweren Gedanken zu überwinden. Diese erste Haft endete schon nach vier Tagen. Wir drei Verhafteten hatten am darauffolgenden Sonntag unsere Konfirmation. Bei der Konfirmation, die ich zu halten hatte, waren zwei meiner Kinder beteiligt. Dieser Umstand hat bei unserer verhältnismäßig schnellen Entlassung mitgewirkt. Wir wurden mit scharfen Verwarnungen in Freiheit gesetzt. Später sollte ich die Gefängniszelle etwas gründlicher kennenlernen.«

DIE ZWEITE VERHAFTUNG 1941

»Erst im Gefängnis erfuhr ich den Grund meiner Verhaftung: Begünstigung eines Halbjuden durch Falschbeurkundung eines Ahnenpasses. Als ich hörte, daß es sich nur um den Paß, nicht um Politisches oder Kirchenpolitisches handele, war ich



sehr beruhigt, und ich wußte, daß bei der Beurkundung des Passes nichts Unrechtes geschehen sein konnte.* Wieder kam die übliche Prozedur an der Pforte. Diesmal ließ man mir nichts, was mir die Eintönigkeit der Zelle hätte erleichtern können. Die einzige Ausnahme bildeten zwei Zeitungen und einige Hefte der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft, die mir meine Frau durch einen hilfreichen Polizeibeamten in die Zelle schmuggelte. Ich wußte ihren Inhalt fast auswendig, als ich aus der Zelle kam. Meine Töchter, Klärchen und Hede, hatten mir inzwischen einen anderen Anzug gebracht. Als sie mich durch die eiserne Gittertür von fern sahen und mir »Papa« zuriefen, klang es mir wie Engelsestimmen. Dann nahm mich Zelle 43 wieder auf. Wiederum derselbe unheimliche Augenblick, in dem sich die eiserne Tür hinter einem schließt, die nur von außen wieder geöffnet werden kann.«

*Auch die weiteren Ausführungen Veidts in seinen Memoiren deuten darauf hin, dass er die Unterzeichnung des Ahnenpasses nicht als bewusste Hilfeleistung verstanden hat, sondern nur deshalb unterzeichnete, weil er auf die genaue Prüfung der Unterlagen durch seine Gemeindegemeindeführerin vertraute.

Quelle: Werner Becher (Hg.): Karl Veidt (1879–1946). Paulskirchenpfarrer und Reichstagsabgeordneter, Darmstadt und Kassel 2006

HERBERT »BERRY« WESTENBURGER

Herbert »Berry« Westenburger wurde als 18-jähriger von der Gestapo verhaftet, weil er zur bündischen Jugend gehörte. Nach dem Verbot sämtlicher Jugendorganisationen außer der Hitlerjugend 1933, gründeten etwa 20 Jugendliche, die sich der Hitlerjugend (HJ) nicht anschließen wollten, die »autonome Jungenschaft Frankfurt«. Sie machten Fahrten und veranstalteten gemeinsam Sing- und Leseabende. Dabei verfolgten sie keine politischen Ziele. Dennoch gerieten sie immer wieder in handgreifliche Auseinandersetzungen mit HJlern, die einen eigenen Streifendienst eingerichtet hatten.

Aufgrund immer strengerer Kontrollen der NS-Behörden und zum Schutz vor Übergriffen durch die HJ, gründete »Berry« mit einigen Freunden den »Bündischen Selbstschutz«. Deren intensive Vernetzungsarbeit mit Bündischen in anderen Städten Deutschlands sollte aber nicht allzu lange währen, denn im September 1938 verhaftete die Gestapo zahlreiche Mitglieder, darunter auch Herbert Westenburger.

»Berry« war in verschiedene Städte gereist und wurde von der Gestapo gesucht, als er am 23. September 1938 nach Frankfurt zurückkam. Seine Mutter, die bereits von der bevorstehenden Verhaftung wusste, versuchte ihn noch zu warnen, indem sie sich mit ihm nicht zu Hause, sondern in einem Café traf. Doch kurze Zeit später betraten zwei Gestapo-Beamte das Café, nahmen Berry fest und brachten ihn ins Polizeigefängnis Klapperfeld.

ANKUNFT IM KLAPPERFELD

»Da saß ich nun und wußte gar nicht, wie mir geschah. Über das »Klapperfeld« hatte ich bisher nur Greuelgeschichten gehört. Die Gestapo hätte hier das Sagen, die Verhafteten würden manchmal über Wochen und Monate festgehalten.

Tag und Nacht, hieß es, würden Verhöre durchgeführt, oft auch geprügelt. »Sonderbehandlung« nannte man das. Die Gestapo führte keine Einganglisten, so daß niemand genau wissen konnte, wie viele Menschen im »Klapperfeld« festgehalten wurden.«

DIE ZELLE

»Die Dämmerung ließ nur noch die Umrisse des spärlichen Zellenmobiars erahnen. Tisch, Hocker, Wandregal und einen Eisenkübel mit Deckel. Aus letzterem roch es in der Septemberwärme übel. Auf den Ruf »Kübeln!« mußten die Inhaftierten dieses Ungetüm vor die Zellentür hieven. Eine Wasserkanne, deren Inhalt dem Waschen und Spülen diente, wurde später dazugestellt. Das Bett, wenn man es überhaupt so bezeichnen konnte, war eine Holzpritsche. Schwere Scharniere an der Wandseite ermöglichten ein Hochklappen. An Kopf- und Fußende befanden sich je eine dicke Kette, die das freischwebende Brettergestell in der Waagerechten hielten. Hochgeklappt rastete ein Schnappverschluss, ähnlich dem an Kofferschlössern, hörbar ein. Von 7.00 bis 19.00 Uhr durfte das Bettgestell nicht herabgelassen werden. Man saß tatsächlich seine Zeit ab. Sprüche und Kalendarien, eingeritzt in die dunkelgrüne Wand, konnte man nach dreimaligem Lesen auswendig daherbeten. Zoten und Unschuldsbeteuerungen – bei einigen wenigen mußte ich schmuzzeln. »Otto M. war auch hier.« – »Na, und?« meinte ein anderer dazu. Doch das half bewußtem Otto recht wenig.

Der eine singt, der andere pfeift, ein dritter übt sich in Kniebeugen, Liegestützen und Atemübungen, um die Eintönigkeit des Zellendaseins zu überbrücken.«

KONTAKT MIT ANDEREN

»Der Tag verlief ziemlich eintönig. Hofgang, Verhöre, in der Zelle rumsitzen, aber

auch Schikanen aller Art. Abends war man froh wieder eingeschlossen zu werden. Der abendliche Einschluß war ein ersehnter Augenblick. Denn nach Einbruch der Nacht hingen die Inhaftierten an den Zellenfenstern und riefen sich quer über den Hof Nachrichten zu. Der unten patrouillierende Beamte konnte so viel schreien, wie er wollte, und mit Bestrafung drohen – er ertete nur Hohngelächter, weil im Dunkel der unbeleuchteten Hausfassade nicht auszumachen war, wer gerade etwas gerufen hatte.

Auch ich hing am Fenster. Zuerst war es sehr schwierig, aus diesem Stimmengewirr etwas herauszuhören. Ich versuchte es mit Pfeifen. Unser Gruppenpfeiff war Teil des ukrainischen Lieds »Gehe nicht, o Gregor...« Und kaum zu glauben, ich erhielt eine Antwort aus dem Dunkel. Der Hofposten schrie wütend gegen unser Pfeifen an. Gegröle ringsum und der Ruf: »Halt's Maul, du Drecksack!« ließen ihn vorerst verstummen. »Janek, bist du da irgendwo?« versuchte ich es noch mal.

»Hier oben, Berry. Der Lange liegt zur Straßenseite und kann uns nicht hören, erkannte ich Berts Stimme über mir. Gegröhle und Rufen, das wütende Schimpfen des Hofpostens und der Lärm einer Ju 52, die am nächtlichen Frankfurter Himmel auftauchte, machte eine Verständigung unmöglich. Aber Bert ließ nicht locker.

»Hugo und Pit sind auch hier. Schon über ,ne Woche. Kopf hoch, Alter, wird schon schiefgehen.«

Ich sprang im gleichen Moment vom Hocker, den ich unter das Fenster gerückt hatte. Gerade noch rechtzeitig, bevor meine Zellentür aufflog. Der alte, gutmütig wirkende Polizeibeamte drohte mit dem Finger.

»Junge, laß dich nicht am Fenster erwischen, sonst muß ich Meldung machen. Und das hätte Folgen. Die lassen nicht mit sich spaßen. Ich tue hier auch nur meine Pflicht, jetzt hau dich in die Koje und halt Ruhe.«

[Die Bündischen trugen alle Spitznamen, die bürgerlichen Namen lauteten »Janek«/«der Lange» = Johannes Warczinski; »Pit« = Kurt Schmidt; »Bert« = Norbert Pampel; »Knö« = Hugo Härtling]

GESTAPO-VERHÖR

»Am Montagmorgen war es dann soweit. Ich wurde um sieben Uhr vom »Klapperfeld« in die Bürgerstraße verfrachtet. Dort befand sich die Frankfurter Gestapoleitstelle. Die Häftlinge wurden

durch einen unscheinbaren Hintereingang eingeliefert und in enge Eisenkäfige gezwängt. Es gab keine Sitzgelegenheiten; sie mußten stehen oder hocken – in einem Käfig, der vielleicht doppelt so breit war wie ein Spind. Stundenlang, auch tagelang und nicht selten im Dunkeln. Dieser Käfig ging mir durch den Kopf, als ich zwischen zwei Beamten auf dem Rücksitz durch die Frankfurter Innenstadt kutschiert wurde. Aber mir blieb diese Tortur erspart, denn in der Bürgerstraße angekommen, fuhren wir mit einem Aufzug in den dritten Stock. »Zimmer 31, Referat 11, Mondorf«, stand an der Tür.

»Da haben wir ihn ja.« Der Mann hinter dem Schreibtisch war Mondorf. Es war derselbe, der mich drei Tage vorher festgenommen hatte, mittelgroß, bleich und mit dem damals üblichen kurzen Haarschnitt. Wortlos spannte er einen Bogen Papier in die Schreibmaschine.

»Name, geboren, wo? Beruf? Name des Vaters, Name der Mutter, geborene?« Dann drehte er das Blatt ein wenig höher und begann vorzulesen.

»Vorgeführt, erscheint der Vorgenannte und gibt, mit dem Gegenstand der Vernehmung bekannt gemacht und zur Wahrheit ermahnt, an.« Ich war vollkommen verdutzt. Was sollte das alles? Außerdem hatte er mir nicht erklärt, was der Gegenstand der Vernehmung sein sollte. Ich konnte es mir nur denken. Dann ging es los.

»Und nun zur Sache. Wer gehört zu der Organisation, außer dir und deinen Frankfurter Freunden? Na, wird's bald?« Jemand stand hinter mir, ich konnte ihn nicht sehen, hörte aber, wie er hin und her ging. Bei jeder Antwort blieb er mit einem Ruck

stehen, als ob er nur so zuhören könnte. Mondorf schaute ab und an über mich hinweg und schüttelte den Kopf, wenn ihm meine Antwort nicht gefiel.

»Was, nur gesungen und gewandert? Das gibt's doch nicht, der Kerl lügt ja, ohne rot zu werden.« Doch was sollte ich machen, es entsprach der Wahrheit. Ich starrte auf das Führerbild, das damals in jeder Amtsstube zu hängen hatte. Es hing ziemlich schief an der Wand, schon etwas verblichen und mit Mückenschiß auf der Scheibe.

»Wir sperren dich ein, bis du schwarz wirst. Im KZ wirst du schon reden lernen, ich versprech's dir. Also los jetzt, Namen will ich hören, verstehst du, Namen!« Er schwieg eine Weile, dann brüllte er drohend los.

»Warum hast du so viele Stempel in deinem Fahrtenbuch, aus jeder Stadt, hast wohl Post dort hinterlegt, was?« Dabei nahm er mein Fahrtenbuch und hielt es triumphierend hoch.

»Nein, ich sammle die Stempel nur, um zu beweisen, daß ich tatsächlich in der Stadt gewesen bin. Die Stempel von der Reichspost hab ich genommen, weil sie ein Tagesdatum haben. Das ist alles.«

»Das ist doch alles Quatsch, Datumsstempel! Einer von euch war doch in der kommunistischen Jugend. Und der Koebel – wie heißt der bei euch doch gleich – Tusk. Der war auch dabei. Also los, wer gab euch die Anweisungen?« So vergingen viele Stunden. Mal leise und eindringlich, mal laut und brüllend versuchten Mondorf und der andere, etwas aus mir herauszuquetschen, das wir wirklich nicht getan hatten.

»Abführen, in den Keller mit ihm«, schrie Mondorf irgendwann, knallte den Aktendeckel zu und schlug mit der Faust auf den Tisch. Ich wurde von einem Gestapobeamten eine Kellertreppe hinuntergeführt – in den Eisenkäfig. »Aber nur für kurze Zeit, dann gab es was zu futtern. Gegen Abend brachte man mich wieder zurück ins »Klapperfeld«. An der Pforte traf ich Pit, der in Begleitung von zwei Beamten an mir vorbeistolperte. Er sah zerzaust und verweint aus. Ihn und die anderen hatte man schon vor 10 Tagen festgenommen. Nun kam er wohl dran. Die Verhöre waren

also noch nicht abgeschlossen. Sie schienen tatsächlich von der Idee besessen, uns zu kommunistischen Widerstandskämpfern zu machen. Wenn sie das schafften, dann landeten wir alle in Dachau oder Buchenwald.«

»GERICHTSVERHANDLUNG«

»Inzwischen hatte meine Mutter frische Wäsche gebracht und einen Rechtsanwalt aufgetrieben, der mich herauspauken sollte. Ein hoffnungsloses Unterfangen, solange die »Ermittlungen« nicht abgeschlossen waren. Zwei Tage später wurde ich in einen großen Raum gebracht, der neben dem Zellentrakt lag. Mondorf, ein Richter und jemand, der Protokoll führte, erwarteten mich.

»Herbert Westenburger, auf Grund deines Vorlebens besteht Flucht- beziehungsweise Verdunkelungsgefahr. Weitere Untersuchungshaft ist also gerechtfertigt und angezeigt.« Der Richter nickte, Mondorf drehte sich zum Protokollanten und fuhr fort: »Überstellung bis auf weiteres in die Untersuchungshaftanstalt Hammelsgasse.« Das war's, dachte ich, Untersuchungshaft, das kann ja heiter werden. Wieder in der Zelle, sah ich durch die halboffene Tür, wie sich Bert und Hugo, die ebenfalls ihre wenigen Habseligkeiten zusammenpackten, etwas zuriefen.«

Nach einigen Tagen wurden »Berry« und seine Freunde in das Untersuchungsgefängnis in der Hammelsgasse überstellt, wo die Haftbedingungen besser waren.

Am 5. November 1938 wurden sie aber wieder zurück ins Polizeigefängnis Klapperfeld gebracht, »auf Schub«, wie es hieß. Schließlich wurden sie im Frühjahr 1939 (vermutlich im April) plötzlich entlassen. Das Verfahren wurde aber erst am 9. Oktober 1939 endgültig eingestellt.

Quellen: Westenburger, Herbert: Wir pfeifen auf den ganzen Schwindel. Versuche jugendlicher Selbstbestimmung. Baunach 2008, S. 83-98. | Westenburger, Herbert: Platoff preisen wir den Helden. In: Matthias G. Von Hellfeld (Hg.): Davongekommen! Erwachsenen werden im Holocaust. Frankfurt 1990, S. 36-70.

DIE ZEITZEUG_INNEN

Im Rahmen unserer Recherchen zur Geschichte des ehemaligen Polizeigefängnisses Klapperfeld bekamen wir die Chance, zwei Gespräche mit Zeitzeug_innen zu führen.

Die auf Video aufgezeichneten Zeitzeug_innengesprächen mit Hans Schwert und Ria und Wolfgang Breckheimer sind in unserer Ausstellung im Klapperfeld zu sehen.

Hans Schwert, Mitglied der KPD, wurde 1937 von der Gestapo inhaftiert und im Klapperfeld verhört, misshandelt und gefoltert. Wolfgang Breckheimer gehörte der Bewegung der »Edelweißpiraten« an. Seine jüdische Mutter wurde 1943 ins Klapperfeld gesperrt, nach Auschwitz deportiert und ermordet. Zu den Videointerviews informieren Kurzbiografien und Materialsammlungen

über das Leben und die politische Arbeit der Zeitzeug_innen während des Nationalsozialismus.

Die beiden Kurzbiografien sind auf dieser und der folgenden Seite abgedruckt. Neben einem Besuch unserer Ausstellung können beide Videos auch auf unserer Website zur Geschichte des Klapperfelds angesehen werden: www.klapperfeld.de

LEBENS LAUF WOLFGANG BRECKHEIMER

Wolfgang Breckheimer kam 1926 in Frankfurt am Main zur Welt. Er wuchs in dem Arbeiterstadtteil Riederwald in einem sozialdemokratisch geprägten Elternhaus auf. 1922 hatte sein Vater, der Holzarbeiter Wilhelm Breckheimer, die Jüdin Cäcilie Segalowitsch geheiratet. Sie war als Waisenkind in einem SAJ Kinderheim aufgewachsen und eine selbstbewusste, junge Frau. Wolfgang Breckheimer absolvierte eine Ausbildung als Buchdrucker. Durch das in Kraft treten der Nürnberger Gesetze war dies für ihn als »jüdischen Mischling« nur über die geheimen freundschaftlichen Kontakte seiner Mutter zum »Führsorgeamt« möglich. In dieser Zeit bekam Wolfgang Breckheimer in seiner Berufsschulklasse Kontakt zu den »Edelweißpiraten«, einer Gruppe von Jugendlichen, die Zwang und Drill, wie er in der uniformierten Hitler-Jugend (HJ) praktiziert wurde, kategorisch ablehnten. Sie trugen gerne bunte Schals und lange Haare, trafen sich in ihrer Freizeit zum Wandern, Diskutieren, Musizieren, und Tango tanzen. Es war 1942 als er ihnen durch seine kritischen Äußerungen zum Krieg und die langen Haaren aufgefallen und eingeladen worden war. Die Gruppe fuhr oft in den Taunus, wo sie versteckt ihre Zeltlager organisierten. Wolfgang Breckheimer schreibt über

seine Zeit als »Edelweiß-Pirat«: »Hier verlor ich das sonst vorherrschende Ohnmachtsgefühl. In der Gemeinschaft der Gruppe strömte mir Kraft und Hoffnung auf eine Zeit ohne Konzentrationslager und für persönliches Glück zu.« Zweimal schaffte er es mit viel Glück nur knapp einer Verhaftung durch die SA zu entgehen. Seine Mutter Cäcilie Breckheimer bekam einen Tag nach Wolfgangs 17. Geburtstag eine Vorladung in die Lindenstrasse in Frankfurt, das Hauptquartier der Gestapo, in sogenannter »eigener Sache«. Sie wurde im Februar 1943 verhaftet, erst in das Polizeigefängnis »Klapperfeld« gebracht und dann in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz verschleppt, wo sie im Juli 1943 angeblich an »allgemeiner Körperschwäche« starb. Wolfgang Breckheimer hatte Tage lang vor dem Knast verharrt, immer den geheimen Familienpfeiff pflegend, in der Hoffnung ein Lebenszeichen der Mutter zu erhalten.

Immer wieder kam es zwischen der Gruppe von »Edelweißpiraten« der Wolfgang Breckheimer angehörte und den HJ-Streifen zu kleineren Auseinandersetzungen. Im Winter 1944 wurde das Haus in der Raiffeisenstraße 25 von einer Fliegerbombe getroffen. Wolfgang Breckheimer überlebte im Keller. Im Januar des darauffolgenden Jahres (1945) wurde er

als »jüdischer Mischling ersten Grades« zur »Organisation Todt« (Die Organisation Todt (OT) war eine uniformierte technische Einheit, die im Krieg den Einsatz von »Fremdarbeitern«, Gefangenen oder auch »Mischlingen« und »Versippten« organisierte und überwachte) einberufen und später zur Zwangsarbeit nach Osterode im Harz verschleppt. Dort half er den Brüdern Lappe bei der Flucht aus dem Lager. Deswegen wurde er in das Gefängnis von Halberstadt verlegt. Dort erlebte er die Befreiung durch amerikanische Truppen.

Wolfgang Breckheimer engagierte sich nach dem Krieg bei der FDJ. Dort lernte er auch seine zukünftige Frau Ria Breckheimer kennen. In den ersten Jahren nach dem Krieg war er ein weiteres Mal von staatlicher Repression betroffen und wurde auf dem Römer bei einer Demonstration gegen den Umgang der BRD mit der Vergangenheit in dem Gewahrsam »Klapperfeld« inhaftiert. Er setzt sich noch heute für die Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus und den Kampf gegen die heutigen Neonazis ein.

Das Video des Interviews mit Ria und Wolfgang Breckheimer und einen Text zu den »Edelweißpiraten« gibt es auf www.klapperfeld.de

LEBENS LAUF HANS SCHWERT

Hans Schwert kam im Jahre 1907 als uneheliches Kind in Nürnberg zur Welt. In armen Verhältnissen wuchs er bei Großeltern und Tante in Pfaffendorf (Franken) auf. Hier lernte er auch seine zukünftige Frau Amalie kennen.

Nachdem Hans Schwert die Volksschule absolviert hatte und seiner Familie das Geld für eine weiterführende Schule fehlte, begann er im Alter von 14 Jahren im Nachbarort eine Lehre als Maurer. Gleichzeitig trat er in die vor Ort einzige Gewerkschaft, einem christlichen Gewerkschaftsbund, ein.

Am Ende seiner Lehre 1927 übersiedelte Hans Schwert nach Frankfurt/Main. Hier fand er trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage in der Weimarer Republik Anstellung und trat in die Bau-gewerkschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) ein. Zwei Jahre später heiratete er Amalie.

Bald machten sich die Folgen der Wirtschaftskrise bemerkbar: Die Möglichkeiten Arbeit zu finden wurden immer schwieriger. Amalie Schwert machte sich bei ihren gelegentlichen Arbeiten als sogenannte Zugehfrau einen Namen und brachte einige Lebensmittel nach Arbeitsaufenthalten von ihrem Dorf nach Frankfurt. Dennoch reichte es kaum zum Leben. In dieser Zeit entschieden sich Amalie und Hans Schwert bewusst gegen Kinder: Einerseits weil ihre wirtschaftliche Lage schlecht war, andererseits weil das politische Engagement Hans Schwerts folgenreich sein konnte. Hans Schwert war Gewerkschafter und trat in die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) ein. Die Einschätzung, dass Amalie möglicherweise einst als alleinerziehende Mutter dastehen könnte, ließ sie von ihrem Kinderwunsch zunächst Abstand nehmen. Um sich weiterzubilden, begann er die Marxistische Arbeiterschule zu besuchen. Was er hier erfuhr, prägte ihn sehr, war ihm »auch später im antifaschistischen Kampf eine große Stütze«.

Ab dem 2. Mai 1933 hatten die Nazis die Gewerkschaftshäuser in Beschlag genommen. Damit veränderte sich Schwerts Arbeit in der KPD. Zusammen mit anderen Gewerkschafter_innen gründeten sie neue Gewerkschaftsgruppen in den Adler- und den Teweswerken sowie in der Eisenbahnerwerkstatt vor Ort. Außerdem versuchten sie den antifaschistischen Widerstand dadurch zu stärken, dass sie geheime Treffen mit ausgesuchten Personen organisierten. Ihr Wahlspruch lautete »Wenn es nicht anders geht nach Vorschrift, wenn möglich sabotieren«. Bis zum Jahr 1935 funktionierte diese konspirative Arbeit für Hans Schwert gut.

Doch im August 1936 wurde Hans Schwert verhaftet. In jenen Tagen wurden Gewerkschafter_innen, deren Namen von bereits Verhafteten gegebenenfalls durch Folter erzwungen wurden, im großen Stil verhaftet und wiederum verhört und gefoltert – so auch Hans Schwert. Von ehemaligen Kollegen stark belastet, brachte ihn die Gestapo ins Klapperfeld. Hier wurde er Tag und Nacht vernommen und wiederholt brutal zusammengeschlagen. Insgesamt behielt ihn die Gestapo ein Jahr lang dort. Dennoch gab er in der ganzen Zeit keinen Namen, keine Verbindung und keine relevanten Informationen preis.

In Kassel, wo Fälle behandelt wurden, die von der Gestapo als gefährlich eingestuft worden waren, wurde ihm daraufhin der Prozess gemacht. Er wurde wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu 10 Jahren zusätzlicher Haft verurteilt. Dem Urteil folgte eine Odyssee durch insgesamt 14 Gefängnisse und Lager, in denen er 5 Jahre in Einzelhaft verbringen musste, bis er 1945 in Ulm von den US-amerikanischen Streitkräften befreit wurde.

Dem folgte die Rückkehr nach Frankfurt, wo er fortan zunächst im Institut zur Erfassung von Kriegsschäden arbei-

tete. Nach der Geburt seiner Tochter Doris war er im Wohnungsamt tätig und ab 1952 im Sozialversicherungsamt, wo er bis zu seiner Pensionierung 1972 blieb. Bei seiner Arbeit wurden ihm wegen seiner offenen kommunistischen Gesinnung viele Steine in den Weg gelegt. Dennoch wurde er 1968 Mitglied der neu konstituierten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Neben Beruf und DKP-Tätigkeit beteiligte sich Hans Schwert unter anderem an der Mitbegründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Hessen und wurde Personalratsvorsitzender des Versicherungsamts, der er bis zu seiner Pensionierung blieb.

Nach seiner Pensionierung kämpfte er gegen das Berufsverbot von Mitgliedern der DKP, von dem auch seine Familie direkt betroffen war. Seiner Tochter Doris war es wegen ihrer Mitgliedschaft verboten worden, Lehrerin zu werden.

Seit den 80er Jahren arbeitete Hans Schwert im Seniorenausschuss der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) mit, saß im Kreisvorstand der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) und wurde Mitglied von deren hessischem Landesvorstand. Hans Schwert tritt seit 1987 immer wieder als Zeitzeuge auf. Für sein antifaschistisches Engagement bekam er die Johanna-Kirchner-Medaille verliehen. Er lebt heute im hohen Alter von 102 Jahren nach wie vor in Frankfurt.

Das Video des Interviews mit Hans Schwert und einen Text zur KPD gibt es auf www.klapperfeld.de

»EVAKUIERUNG« DER GEFÄNGNISSE

Als im März 1945 die amerikanischen Truppen in die Nähe von Hessen kamen und den Rhein überschritten, entschlossen sich die Nazis, ihr Quartier von Wiesbaden und Frankfurt in das Arbeitserziehungslager Hirzenhain im Vogelsberg zu verlegen.

Zunächst vernichtete die Geheime Staatspolizei (Gestapo) tausende von Akten. Die Inhaftierten in der Frankfurter Gestapo-Zentrale sollen, einem Zeugenbericht zufolge, alle ermordet worden sein.

Den Angehörigen der Gestapo wurden falsche Kennkarten und Personalausweise ausgehändigt, damit sie sich getarnt auf die Flucht begeben konnten. In der Zeit vom 15. bis 18. März 1945 flüchteten Mitglieder der Gestapo aus Frankfurt in Richtung Hirzenhain.

Das dortige Arbeitserziehungslager sollte vor dem Eintreffen der Nazis geräumt werden.

In der Nacht vom 23. auf den 24. März 1945 wurden 49 Frauen aus dem Polizeigefängnis Klapperfeld mit der Bahn in das Arbeitserziehungslager in Hirzenhain auf dem Gelände der Breuer-Werke verschleppt. Auf dem Weg zum Lager konnten fünf Frauen fliehen. Die übrigen 44 wurden, vermutlich wegen der Überfüllung der Baracken, in den Wasserturm auf dem Gelände des Lagers gesperrt. Die zur Zwangsarbeit nach Frankfurt verschleppten Frauen kamen aus Russland, Polen, Frankreich, Luxemburg und Deutschland.

Am 26. März 1945 wurden die Frauen zu einem vermeintlichen »Entlassungstransport« gesammelt, welcher angeblich nach Büdingen gehen sollte. Begleitet von vier oder fünf SS Männern brachte man die Frauen jedoch nicht nach Büdingen sondern in Richtung Glashütten.

In einem Waldstück nahe des Ortsausgangs von Hirzenhain hatten am Vortag Häftlinge auf Anweisung der SS eine Grube ausgehoben. Es wurde be-



Luftaufnahme der östlichen Innenstadt, ca. 1945: In der Mitte der linken Bildhälfte ist das Polizeigefängnis zu sehen. Im Gegensatz zum alten Polizeipräsidium ist dieses nur leicht zerstört worden.

hauptet, dort solle ein Benzinlager angelegt werden.

Die 44 Frauen wurden von der Gestapo zu der Grube gebracht und erschossen. Wenig später fand die Ermordung weiterer Inhaftierter aus dem Arbeitserziehungslager an eben dieser Grube statt. Insgesamt ermordete die SS an diesem Tag 87 Frauen und Männer.

Am 25. März 1945, einen Tag nach der Verschleppung der Frauen aus dem Polizeigefängnis nach Hirzenhain, wurden alle Frankfurter Gefängnisse geräumt und die Insassen auf einen langen Fußmarsch in den Tod geschickt.

EIN ZEUGE BERICHTET:

»Wir wurden zu etwa 200 Mann aus allen Frankfurter Gefängnissen gesam-

melt und zum Ostbahnhof nach Hanau transportiert. Wir wurden gefesselt zu Fuß nach Aschaffenburg gebracht. Wir kamen aber nicht ganz nach Aschaffenburg. Wir wurden in Richtung Alzenau geschleppt. Wir kamen in einen Wald ... und ich entkam. Über den Verbleib der anderen Gefangenen behaupten die Amerikaner, es seien 150 Tote gefunden worden. Von diesem ganzen Transport habe ich niemand in Frankfurt getroffen...«

Am 29. März 1945 befreiten die amerikanischen Truppen Frankfurt am Main.

Quellen: Adolf Diamant: Gestapo Frankfurt a. M., Frankfurt 1988 | Michael Keller: »Das mit den Russenweibern ist erledigt«, Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit, Massenmord und Bewältigung der Vergangenheit in Hirzenhain 1943-1991, Friedberg 1991

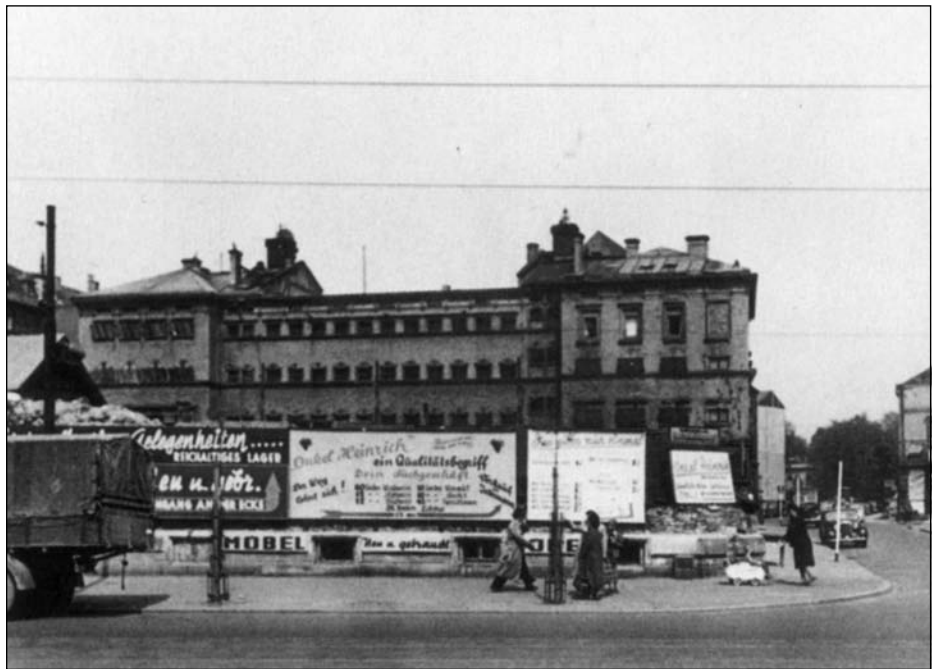
DAS KLAPPERFELD AB 1945

Einen Monat vor dem Einzug der amerikanischen Armee in Frankfurt entschieden sich die Siegermächte im Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta für die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen. Die Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und die USA verwalteten demnach jeweils voneinander getrennte Bereiche. Der alliierte Kontrollrat, mit Sitz in Berlin, war das oberste Regierungsorgan der Siegermächte. Er bestand aus vier Oberbefehlshabern der jeweiligen Armeen.

Frankfurt am Main gehörte zur amerikanischen Zone und unterstand der Verwaltung der amerikanischen Militärregierung. Auch das Polizeigefängnis Klapperfeld wurde von den Amerikanern übernommen, um Nazis und straffällig gewordene Menschen zu inhaftieren.

Die Mehrzahl der politischen Häftlinge wurden anfangs im Klapperfeld inhaftiert. Doch reichte der Platz schon bald nicht mehr aus und vier Wochen nach dem Einzug in Frankfurt musste das Gefängnis in der Hammels-gasse als Ausweichquartier wieder hergestellt werden, wovon man zunächst wegen stärkerer Bombenschäden absah. 150 Häftlinge wurden aus dem Polizeigefängnis Klapperfeld in die Hammels-gasse überführt.

Im Klapperfeld war der Sanitätsraum durch eine Bombe zerstört worden, Fensterscheiben waren nicht mehr vorhanden und auch die sanitären Anlagen waren für die Verhältnisse nicht ausreichend. Zudem war das Polizeigefängnis Klapperfeld durch die starke Überbelegung und die schlechte Behandlung der Inhaftierten während des NS so stark verlaust, dass im April 1945 eine Entlausung durch das Rote Kreuz mit DDT-Puder stattfinden musste. Vorher konnte aufgrund von Wassermangel im Polizeigefängnis keine Entlausung stattfinden.



Aufnahme des ehemaligen Polizeigefängnis, 1951: Die Ruine des alten Polizeipräsidiums ist fast vollständig abgetragen. Von der Zeil aus Blick man zu dieser Zeit direkt auf das Polizeipräsidium. Heute wird das Klapperfeld wieder von den Bau des Oberlandesgerichts verdeckt.

Das Gefängnis wurde von den Amerikanern mit Wanzen ausgestattet, um die Nazis vor ihren Prozessen abhören zu können.

Die Verhaftungen in den ersten Kriegswochen erfolgten meist aufgrund anonymer Anzeigen. Grundsätzliche Richtlinien für politische Verhaftungen bestanden zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Die ersten Verhaftungen fanden am 7. April 1945 statt, die ersten Verhöre am 11. und 12. April 1945.

Im April arbeiteten 20 geschulte Kriminalpolizisten und 30 Angestellte im Polizeigefängnis Klapperfeld. Unter den Angestellten befanden sich mehrere ehemalige KZ-Insassen.

Im Laufe des Aprils 1945 beschloss die amerikanische Militärregierung, dass keine anonymen Anzeigen mehr angenommen werden dürften. Wenn eine Anzeige aufgenommen werden sollte, musste man von nun an seinen Personalausweis vorzeigen.

Im April 1945 befanden sich 460 Häftlinge im Polizeigefängnis Klapperfeld,

darunter 440 politische. Im Mai 1945 waren 615 Menschen im Klapperfeld inhaftiert, 533 Männer und 82 Frauen. Der Anteil der politischen Häftlinge ist bisher noch nicht bekannt.

Die politischen Häftlinge durften am Tag eine halbe Stunde in den Hof an die frische Luft.

Im September 1945 beschloss die amerikanische Militärregierung, die staatlichen Gefängnisse nach einer vollständigen Entnazifizierung der verschiedenen Städte unter eine eigene verwaltungsmäßige Leitung zu stellen. Die Wachmannschaften sollten einheitliche Uniformen bekommen und bewaffnet werden.

Des Weiteren sollte eine mit anderen Landesgefängnissen einheitliche neue Gefängnisordnung erlassen werden. Weiterhin aber wurden die Gefängnisse von MP's (amerikanische Militärpolizei) kontrolliert.

LITERATUR- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS

LITERATUR

Architekten- und Ingenieur-Verein (Hg.): Frankfurt a.M. und seine Bauten, Frankfurt a. M. 1886

Cremer-Schäfer, Helga; Steinert, Heinz: Straflust und Repression: Zur Kritik der populistischen Kriminologie, Münster 1998

Diamant, Adolf: Gestapo Frankfurt a. M., Frankfurt 1988

Foucault, Michel: Überwachen und Strafen, Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt am Main 1977

Frankfurter Historische Kommission (Hg.): Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen (Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission Bd. 17), Sigmaringen 1991

Kingreen, Monica: »Die Aktion zur kalten Erledigung der Mischehen« – die reichsweit singuläre systematische Verschleppung und Ermordung jüdischer Mischehepartner im NSDAP – Gau Hessen – Nassau 1942/1943. In: Norbert Kampe/Peter Klein (Hg.): NS-Gewaltherrschaft. Beiträge zur historischen Forschung und juristischen Aufarbeitung, Berlin 2005

Kingreen, Monica: Die Verschleppung und Ermordung hessischer »nichtarischer« Christen. In: Hermann Düringer/Hartmut Schmidt (Hg.): Kirche und ihr Umgang mit Christen jüdischer Herkunft während der NS-Zeit – dem Vergessen ein Ende machen, Frankfurt a.M. 2004

Kingreen, Monica (Hg.): »Nach der Kristallnacht«. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1938-1945. Frankfurt a.M. 1999

Knöbl, Wolfgang: Polizei und Herrschaft im Modernisierungsprozeß. Staatsbildung und innere Sicherheit in Preußen, England und Amerika 1700 – 1914, Frankfurt am Main 1998

Kühn-Leitz, Elsie: Mut zur Menschlichkeit. Vom Wirken eine Frau in ihrer Zeit. Dokumente, Briefe und Berichte. Hrsg. Von Klaus Otto Nass. Bonn 1994

Machtan, Lothar; Ott, René: »Batzebiel!« Überlegungen zur sozialen Protestbewegung in den Jahren nach der Reichsgründung am Beispiel der süddeutschen Bierkrawalle vom Frühjahr 1873, in: Heinrich Volkmann, Jürgen Bergmann (Hg.): Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin Bd. 44), Opladen 1984, S. 128-166

Keller, Michael: »Das mit den Russenweibern ist erledigt«. Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit, Massenmord und Bewältigung der Vergangenheit in Hirzenhain 1943-1991, Friedberg 1991

Oertel, Otto; Appelius, Stefan (Hrsg.): Als Gefangener der SS, Oldenburg 1999
Sachße, Christoph; Tennstedt, Florian (Hrsg.): Bettler, Gauner und Proleten. Armut und Armenfürsorge in der deutschen Geschichte, Frankfurt a. M. 1998

Rusche, Georg/Kirchheimer, Otto: Sozialstruktur und Strafvollzug, Frankfurt am Main 1981

Simon, Jürgen: Kriminalbiologie und Zwangssterilisation. Eugenischer Rassismus 1920-1945, München 2001

Starke: Die Behandlung der Gefangenen, in: Erwin Bumke: Deutsches Gefängniswesen. Ein Handbuch, Berlin 1928

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Bd. 3. Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914, München 1995

Westenburger, Herbert: Platoff preisen wir den Helden. In: Matthias G. Von Hellfeld (Hg.): Davongekommen! Erwachsenwerden im Holocaust. Frankfurt 1990

Westenburger, Herbert: Wir pfeifen auf den ganzen Schwindel. Versuche jugendlicher Selbstbestimmung. Baunach 2008

Wachsmann, Nikolaus: Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat, München 2006

Winkelmann, Arne; Förster, Yorck (Hg.): Gewahrsam: Räume der Überwachung, Heidelberg 2007

ABBILDUNGEN

Umschlag, S.7: AK-Geschichte | S. 11: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Frankfurt_Am_Main-Zeil-Neue_Zeil-Polizeipraesidialgebäude-um_1888.jpg&filetimestamp=20090309224722 (01.09.2010) | S. 12: Bibliothek der Gothe-Universität | S.13, S.14: Architekten- und Ingenieur-Verein (Hg.): Frankfurt a.M. und seine Bauten, Frankfurt a. M. 1886 | S.16: AK-Geschichte | S.17: Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstands, Frankfurt am Main (Aus: Arbeiterjugendbewegung in Frankfurt 1904 – 1945; Material zu einer verschütteten Kulturgeschichte, Eine Ausstellung im historischen Museum Frankfurt; Frankfurt 1978) | S.18: Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt am Main (Aus: Presse- und Informationsamt der Stadt Frankfurt am Main: Frankfurt 1933 – 1945 unterm Hakenkreuz, Frankfurt a. M. 1999 | S. 19: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW) Abt. 407 Nr. 804 | S. 20: Stadtarchiv Frankfurt a.M. Magistratsakten 5860 | S. 22: AK-Geschichte | S. 25: AK-Geschichte | S. 26: Privatarchiv von Eric Brück | S. 27: HHStAW Abt. 407 Nr. 833 | S. 27: HHStAW Abt. 407 Nr. 833 | S. 28: HHStAW Abt. 407 Nr. 883 | S. 29: HHStAW Abt. 407 Nr. 834 | S. 30: HHStAW Abt. 407 Nr. 882 | S. 31: Privatarchiv von Wolfgang Breckheimer | S. 35: http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Veidt (01.09.2010) | S. 40, S. 41: Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt a. M. (Aus: Gewahrsam. Räume der Überwachung; Hrsg. Arne Winkelmann und Yorck Förster; Kehler Verlag Heidelberg und Deutsches Architekturmuseum (DAM), Frankfurt a. M., 2007

Die Gefangenen können mit ihrem
arbeiten innerhalb des Polizeigefäng-
nisordnung herangezogen

Es ist den Gefangenen verboten:

- a) aus den Fenstern zu sehen,
- b) Tische, Betten und Sitzgelegenheiten
- c) im Polizeigefängnis zu lärmern
- d) Zellenwände, Türen und Inventar
- e) mit Gefangenen anderer Zellen
- f) Gegenstände mit anderen Gefangenen
- g) die Lagerstätten in der Zeit
- h) sich bei dem Aufenthalt im Freigang
- i) Speisereste, Papier oder sonstige

EINE PUBLIKATION DES ARBEITSKREIS GESCHICHTE DER INITIATIVE FAITES VOTRE JEU!

STAND: SEPTEMBER 2010

SCHUTZGEBÜHR: 3,- € | SPENDEN ERWÜNSCHT!

WEITERE INFOS ZUR GESCHICHTE DES KLAPPERFELDS AUF: WWW.KLAPPERFELD.DE

AKTUELLES PROGRAMM IM KLAPPERFELD UND INFOS ZU FAITES VOTRE JEU! AUF: WWW.FAITESVOTREJEU.TK